

Deutscher Reporterpreis 2018

**Die 8 nominierten Texte
in der Kategorie
„Hauptstadt-Preis“**

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

1) Marc Neller: Die Zuckerkrieger (17624)	03
2) Kate Connolly: Wie weit kommt man in Berlin-Neukölln, wenn man Englisch und wirklich nur Englisch spricht? (33024)	18
3) Lorenz Maroldt und Harald Martenstein: Ins Scheitern verliebt (75586)	26
4) Peter Müller: Ein herrliches Leben (85047)	43
5) Peter Dausend: Mitten im Beben (91543)	49
6) Bernd Ulrich: Zeit zu gehen? (95648)	58
7) Christoph Hickmann: „Geil“ (96536)	65
8) Sabine am Orde und Christina Schmidt: Was machen die hier?	77

Die Zuckerkrieger

Ein CDU-Bundestagsabgeordneter und ein Cheflobbyist der Zuckerindustrie stehen im Zentrum eines erbitterten Streites. Dem einen geht es um fettleibige Kinder und Millionen diabeteskranke Bürger, dem anderen um ein Milliardengeschäft. Alles dreht sich um eine Frage, die Ärzte, Wissenschaftler und Politiker umtreibt: Wie schädlich ist Zucker?

Von Marc Neller, Welt am Sonntag, 03.06.2018

Der Tag, an dem Günter Tissen die Schlacht um die Wahrheit in die deutsche Hauptstadt trägt, beginnt mit einem lauten Donnern draußen im Flur. Tissen steht in einem leeren Büro, in dem noch der schwere süßliche Geruch von Wandfarbe und Teppichkleber hängt, Blick auf den Berliner Gendarmenmarkt. Auf dem Flur laufen Männer mit Latzhosen und Akkuschaubern umher, die Regale montieren und Umzugskisten aufeinanderstapeln. Einer ihrer Kistentürme ist gerade eingestürzt. Tissen zuckt mit den Schultern und lächelt fein.

Er strahlt etwas Unerschütterliches aus. Er hat ein Gesicht, das man irgendwie zu kennen glaubt, dabei ist nichts an ihm auffällig. Er ist 50 Jahre alt, hat grau meliertes Haar, das er gescheitelt trägt, und eine Vorliebe für hellblaue Hemden und Anzüge in gedeckten Farben. Er ist nicht groß und nicht klein, nicht dünn und nicht dick. Er könnte in einer Versicherung arbeiten, Finanzbeamter sein oder Manager eines Unternehmens. Seine freundliche Unauffälligkeit ist eine seiner wirkungsvollsten Waffen.

Tissen, Hauptgeschäftsführer der Wirtschaftlichen Vereinigung Zucker, ist Deutschlands oberster Zuckerlobbyist. Er vertritt 30.000 deutsche Zuckerrübenbauern

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

und deutsche Zuckerhersteller, von denen einige zu den zehn größten der Welt gehören und die die Lebensmittelunternehmen beliefern, Bäcker und Konzerne wie Nestlé oder Coca-Cola. Tissens Aufgabe ist es, seriös aufzutreten, Allianzen zu schmieden und in vertraulichen Runden, in Gesprächen mit Ministern, Abteilungsleitern und Fachpolitikern in Berlin und Brüssel sicherzustellen, dass die Menschen möglichst viel Zucker zu sich nehmen.

Lange lief alles nach Plan, die Zuckerfirmen und die Lebensmittelkonzerne meldeten Jahr für Jahr Milliardenumsätze, doch in den vergangenen Monaten ist etwas passiert. Tissen steht nun im Zentrum eines Kampfes, in dem es um die Gesundheit von Zigmillionen Menschen in Deutschland und Europa geht und um die Milliardenengeschäfte der Nahrungsmittelindustrie. Dieser Kampf dreht sich um eine Frage, die einfach klingt, aber nicht ganz so einfach zu beantworten ist: Macht Zucker krank?

Die Frage ist nicht neu, Forscher diskutieren sie seit Jahrzehnten. Was neu ist, sind die Antworten.

Jedes Jahr steigt die Zahl der Menschen, die krankhaft fettleibig sind oder an Diabetes leiden, weltweit. In Europa hat sie sich seit den Achtzigerjahren mehr als verdoppelt. Die Weltgesundheitsorganisation spricht längst von einer "Epidemie" und hält Zucker für eine der wesentlichen Ursachen. Wissenschaftler und Ärzte, Fachgesellschaften, Krankenkassen und Verbraucherschützer sehen Zucker als gefährlich an, Fernsehköche drehen Filmdokumentationen über die Gesundheitsgefahren, Politiker sorgen sich um die Zukunft ganzer Gesellschaften. Großbritannien, Frankreich, Mexiko und etliche andere Länder verlangen deshalb von den Herstellern stark gezuckerter Getränke neuerdings eine Sondersteuer.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Denn ständig gibt es neue Studien und Daten, die den Verdacht erhärten, dass Zucker viel mehr mit Fettleibigkeit, Bluthochdruck und Herz-Kreislaufkrankheiten, mit Leberschäden, Diabetes und Krebserkrankungen zu tun hat als lange angenommen.

Das bringt die gesamte Lebensmittelindustrie in Bedrängnis. Es erklärt, warum Tissens Zuckerlobbyverband seinen Sitz gerade von Bonn nach Berlin verlegt hat. Dort und in Brüssel werden Gesetze vorbereitet, werden Meinungen gemacht, die darüber entscheiden, ob eine der wichtigsten Industrien der Welt ihre Geschäfte weiterbetreiben kann wie bisher. Oder ob es ihr bald ergeht wie den Tabakkonzernen.

Die waren über viele Jahrzehnte so mächtig wie sonst vielleicht noch die großen Autohersteller und Energiefirmen. Dann aber kamen Rauchverbote, Steuern und Werbeverbote, so begann ihr schleichender Niedergang. Heute ist die Erinnerung daran, dass bis vor ein paar Jahren in allen Restaurants und Kneipen noch geraucht wurde, vergilbt wie ein altes Foto.

"Die Tabakindustrie ist ein gutes Beispiel", sagt Dietrich Monstadt. Seine dunkle Stimme dröhnt durch sein Bundestagsabgeordnetenbüro. Monstadt, ein Mann mit kahlem Schädel und großen Händen, Sohn eines Bauern, Gesundheitspolitiker der CDU, ist so ziemlich in jeder Hinsicht das Gegenteil von Tissen, kräftig, laut, manchmal ungeduldig. Sie sind sich ein paarmal persönlich begegnet, zuletzt auf einer Podiumsdiskussion. Spätestens da war beiden klar, dass sie nicht viel gemeinsam haben.

Sie sind Gegenspieler im Kampf um den Zucker, der mithilfe wissenschaftlicher Studien ausgetragen wird, aber auch mit Tricks und frisierten Fakten.

Monstadt glaubt, dass die Bundesregierung, also auch seine Partei, dringend handeln muss. Er will Gesetze, die die Menschen schützen und die Industrie

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

verpflichten, gesündere Lebensmittel anzubieten, mit weniger Zucker. Tissen war in den vergangenen Monaten sehr damit beschäftigt, genau das zu verhindern.

Monstadt ist kein Mediziner, der sich für jede wissenschaftliche Studie, für jedes noch so kleine wissenschaftliche Detail interessiert, das irgendwo auf der Welt ein Forscherteam über die Auswirkungen des Zuckerkonsums herausgefunden hat. Er hat Jura studiert und als Anwalt gearbeitet, ihn interessiert das Gesamtbild, das sich aus den wissenschaftlichen Erkenntnissen ergibt, den gut gesicherten.

Die Daten sind eindeutig. Menschen brauchen den Zucker nicht, der Essen oder Getränken beigemischt wird. Ihr Körper kann den Zucker, den ihr Gehirn benötigt, selbst herstellen, zum Beispiel aus den Kohlenhydraten, die in Brot oder Nudeln stecken. Trotzdem setzen die Hersteller 70 verschiedene Zuckerarten, Sirupe und Süßungsmittel ein, um Essen und Getränke herzustellen. Diese Stoffe sind unterschiedlich ungesund, gesund ist keiner. Wer zu viel zugesetzten Zucker isst und trinkt, kann leicht Karies bekommen, schädigt seine Zellen, Organe, das Herz und nimmt zu. Er riskiert auch, dass er einen Herzinfarkt erleidet, einen Schlaganfall oder schwer erkrankt.

Das ist inzwischen der wissenschaftliche Konsens. Die Mehrheit der Fachwelt sieht es so, Forscher und Mediziner in aller Welt, die britische Gesundheitsbehörde, die Gesundheitsbehörde der USA, die Weltgesundheitsorganisation. Allerdings gibt es, wie so oft in der Wissenschaft, keinen unwiderlegbaren Beweis.

Er legt die Hand auf seinen Bauch,

es ist Zeit für seine Geschichte

Monstadt sinkt in eine schwarze Ledercouch, die in seinem Büro steht. Er sagt: "Für mich besteht kein Zweifel mehr daran, dass zu viel Zucker krank macht." Es ist der

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Moment, in dem Monstadt die Hand auf den Bauch legt, der sich unter seinem Hemd wölbt. Es ist Zeit für seine Geschichte.

Er war mal sehr sportlich, hat Wasserball gespielt, hochklassig, und Handball. Er aß gern Nudeln, Pizza und italienisches Eis, große Portionen, er trank Cola, Limonade und Trinkjoghurts. Solange er viel trainierte und spielte, war das kein Problem. Als er Ende zwanzig war, kam das erste Kind, wenig später kamen die ersten Jobs als Anwalt, da blieb für den Sport keine Zeit mehr. Monstadt saß die meiste Zeit des Tages in seinem Büro, aß Mars, Schokolade und Gummibärchen. Wenn der Stress zunahm, wurden die Süßigkeiten mehr.

Vor gut zehn Jahren, inzwischen war Monstadt ein Anwalt, der aus dem Ruhrpott in den Osten rübergemacht und in Schwerin eine große Gemeinschaftskanzlei mitgegründet hatte, diagnostizierte ein Arzt einen Diabetes Typ 2. Und als ein Ernährungsberater ihm aufzählte, welches Essen und welche Getränke er ab sofort unbedingt meiden sollte, sah Monstadt sein bisheriges Leben an sich vorüberziehen. Seither spritzt er Insulin, bis zu fünfmal am Tag.

Wie Monstadt die Dinge sieht, ist er selbst der beste Beweis dafür, welchen Schaden zu viel Zucker im Essen anrichten kann.

Monstadt hat diese Geschichte wieder und wieder erzählt. Er setzt sie ein, um Wähler, Parteifreunde und den Koalitionspartner zu überzeugen, die SPD. Sie ist eines seiner wirkungsvollsten Argumente. Ein Grund, warum die Bundesregierung in ihren Koalitionsvertrag geschrieben hat, dass sie "gezielt Volkskrankheiten bekämpfen" will.

Monstadt hat den Vertrag mit ausgehandelt. Wenn er erklären soll, was die Regierung vorhat, klappt er nacheinander Daumen, Zeigefinger, Mittelfinger aus. Erstens "nationale Diabetesstrategie", zweitens "Aktionsplan", drittens

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

"Reduktionsstrategie". Was nach viel gutem Willen und träger Bürokratie klingt, ist für den Zuckerlobbyisten Günter Tissen eine große Gefahr.

Denn die große Koalition denkt nun über Gesetze nach, die Unternehmen zwingen, ihren Kunden verständlicher zu erklären, was sie in ihr Essen mischen. Sie will nicht mehr, dass die Hersteller im Kinderfernsehen für ungesunde Lebensmittel werben dürfen. Außerdem wollen viele ihrer Abgeordneten, dass Deutschland von den Herstellern eine Steuer auf Limonaden und andere stark gezuckerte Getränke verlangt.

Tissen sitzt in seinem neuen Büro auf der Kante seines Schreibtischs, die Arme verschränkt, und macht ein skeptisches Gesicht. Manche der Pläne kommen ihm bekannt vor. Sie erinnern daran, wie es damals bei den Zigarettenkonzernen begann und bald darauf auch der Getränkeindustrie mit ihren Alkopops, Getränken, die halb Limonade, halb starker Alkohol waren. Reihenweise hatten sich Jugendliche damit an den Rand eines Komas gesoffen, bis die Bundesregierung eine Sondersteuer einführte. Schon nach wenigen Monaten war es, als hätte es Alkopops nie gegeben.

Andererseits liegen viereinhalb Jahre hinter ihm, in denen ein deutscher Minister für Landwirtschaft und Verbraucherschutz zwar Pläne und Strategien ausgerufen hat, aus denen dann aber nichts wurde.

Das hatte viel mit dem damaligen Minister zu tun, aber auch mit Tissen. Christian Schmidt, ein Mann der CSU, galt als schwach, selbst in der eigenen Partei. Und wenn es darauf ankam, wusste Tissen, was er zu tun hatte und was zu sagen.

Tissen kennt dieses Ministerium, das über die Zukunft der Lebensmittelindustrie maßgeblich entscheidet, wahrscheinlich besser als die Minister. Er hat dort 20 Jahre verbracht, erst als wissenschaftlicher Mitarbeiter, später als Regierungsdirektor. Eine Zeit lang hat er zudem Landesminister, Bundesminister und die EU beraten. Vor sechs

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Jahren wechselte er die Seiten und wurde Zuckerlobbyist. Sein ganzes bisheriges Berufsleben hatte sich Tissen damit beschäftigt, ob und wann der Staat in die Wirtschaft eingreifen muss. Nun kümmert er sich darum, dass sich der Staat aus seinen Geschäften raushält.

Vor gut drei Jahren fing der Minister Schmidt an zu überlegen, wie er Deutschland ein bisschen gesünder machen kann. Die EU drängte, es gab einen Beschluss des Bundestags, Schmidt sollte ihn umsetzen. Er sollte sicherstellen, dass die Hersteller künftig weniger Zucker, Fett und Salz in ihre Ferticlebensmittel mischen, in Joghurts, Soßen, Tiefkühlpizzen und Hunderte andere Produkte. Doch schon wenig später konnte man das Gefühl haben, dass die Sache allein eine Angelegenheit zwischen Schmidt und der Zuckerlobby war.

Der Minister und seine Staatssekretäre trafen sich mit den Chefs der führenden Zuckerfirmen, des Süßwarenverbands und mit Tissens Verband der Zuckerhersteller. Innerhalb von zwei Jahren gab es 17 Termine, in den Teilnehmerlisten steht kaum ein Name so oft wie der Tissens. Und wenn der Minister dann in einer Fernsehtalkshow saß oder ein Interview gab und erklären sollte, für welche Politik er steht, dann klang er wie Tissen und die anderen Vertreter der Zuckerindustrie.

Es bringe nichts, sagte der Minister, wenn die Menschen plötzlich auf Zucker verzichteten. Sie äßen stattdessen dann Sachen mit mehr Fett oder Eiweiß, das sei schließlich auch nicht gut. Auch eine Steuer bewirke nichts. Außerdem sollten Politiker den Menschen nicht vorschreiben wollen, was sie essen dürften und was nicht.

"Es scheint gerade der Zeitgeist zu sein, Zucker für alle Probleme verantwortlich zu machen", sagt Tissen in seinem Büro. Zeitgeist, das Wort benutzt er oft. Wenn er es ausspricht, stößt er verächtlich Luft durch die Nase oder tupft mit Zeigefinger und Mittelfinger ironische Anführungszeichen in die Luft. Eigentlich, so sieht es Tissen, sei alles doch ganz einfach. Die Deutschen werden dick, weil sie sich zu wenig bewegen

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

und zu viel essen. Das sagen ja schließlich auch die, die ständig behaupten, dass Zucker so gefährlich ist, sogar dieser Monstadt von der CDU. Warum, fragt Tissen deshalb, hat er trotzdem das Gefühl, dass niemand die Wahrheit hören will?

Wenn er durch die Fensterfront seines Büros nach draußen blickt, kann er das Landwirtschaftsministerium fast sehen. Er braucht etwas mehr als fünf Minuten, um dorthin zu laufen, zum Bundestag ist es nicht viel weiter. Trotzdem scheint es, als würde sich die Politik, als würde sich Deutschland immer weiter von ihm, seinem Verband und dem Zucker entfernen. Überall trifft Tissen nun auf Menschen, die von Zucker sprechen, als handelte es sich um eine verbotene Substanz.

Es gibt ja nicht nur Dietrich Monstadt, der die Industrie staatlich regulieren will, als wäre er nicht in der Union, sondern bei den Grünen oder den Sozialdemokraten. Im Landwirtschaftsministerium hat seit ein paar Wochen eine Ministerin das Sagen, Julia Klöckner von der CDU, eine Frau, von der Tissen noch nicht weiß, was sie vorhat. Sie scheint zwar eine Zuckersteuer abzulehnen, aber mit Monstadt im Gespräch zu sein, was nicht unbedingt ein gutes Zeichen ist. Es gibt außerdem die EU in Brüssel, die von ihren Mitgliedsstaaten Pläne verlangt, wie sie erreichen wollen, dass die Qualität von Lebensmitteln besser wird. Da sind, auch ungünstig, die Medien, die zunehmend kritisch berichten. Und da sind große Supermarktketten wie Rewe, Spar oder Lidl, die neuerdings Joghurt, Brot und Frühstücksflocken ihrer Eigenmarken mit deutlich weniger Zucker anbieten, offenbar mit großem Erfolg.

Tissen ist deshalb im Dauereinsatz. Er sucht das Gespräch mit Politikern. Er tritt im Fernsehen auf, Plasberg, "Mittagsmagazin" und wer sonst noch alles anruft. Er schreibt Gastbeiträge in großen deutschen Zeitungen und twittert. Es gab in den vergangenen Monaten kaum einen Medienbericht, der sich kritisch mit dem vielen Zucker in Nahrungsmitteln befasste, ohne dass Tissen öffentlich darauf antwortete. Manchmal, wenn es ihm geboten scheint, arbeitet Tissen auch mit Guerillamethoden.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Als die Grünen vor anderthalb Jahren im Bundestagswahlkampf steckten, fuhr Tissen zu ihrem Bundesparteitag nach Münster und baute dort einen Stand auf. Als eine Frau zu ihm kam und sagte, dass sie Zucker meide, sagte Tissen, dass es auf den Feldern deutscher Zuckerrübenbauern die höchsten Sozialstandards weltweit gebe, keine Kinderarbeit. Außerdem gebe es kaum ein natürlicheres Süßungsmittel aus heimischer Produktion als Rübenzucker.

Er führt einen seiner tricks auf,

halb Aktivist, halb Zauberer

Und als sich, im vergangenen Sommer, in Berlin-Mitte ein paar Hundert Menschen zu einem "Zuckerreduktionsgipfel" trafen, organisiert von Deutschlands größter Krankenkasse, hatte sich Tissen unauffällig ins Publikum gemischt. Er war ursprünglich nicht eingeladen, die Krankenkassen haben ein Interesse daran, dass die Menschen weniger Süßes essen, denn die Folgen kosten sie jedes Jahr Hunderte Millionen Euro. Tissen hatte im letzten Moment noch dafür gesorgt, dass er doch auftreten durfte.

Nun wartete er auf den richtigen Augenblick, stieg auf die Bühne, nahm sich das Mikrofon und erzählte seine Geschichte vom Marmorkuchen. In einen guten Marmorkuchen, sagte er, gehörten Butter, Eier, Mehl, Milch, Kakao und natürlich Zucker. Wenn man weniger Zucker benutze, brauche man dafür mehr von den anderen Zutaten. Und dann rechnete Tissen vor, dass Mehl so viele Kalorien wie Zucker hat, Butter sogar noch mehr.

Tissen ist gut darin, eine Botschaft so zu vermitteln, dass jeder sie versteht. Der Marmorkuchen gehört zu seinem Standardrepertoire, Journalisten und Politiker kennen diese Geschichte. Je länger Tissen sie erzählt, desto unbedenklicher wird der Zucker im

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Kuchen und desto trügerischer der Schluss, ohne Zucker wären alle Menschen gesünder.

Als Tissen die Bühne wieder verließ, war es, als hätte er den Zucker und all die kritischen Studien der Wissenschaft beinahe zum Verschwinden gebracht, halb Greenpeace-Aktivist, halb Harry Houdini, der Zauberer.

Der Kampf um den Zucker, den Tissen und Monstadt führen, ist auch die Geschichte eines organisierten Verwirrspiels. Sie beginnt in den 60er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts in den USA.

Damals suchten Wissenschaftler in Amerika und Europa nach einer Erklärung dafür, warum sich Herzkrankheiten, an denen Tausende Patienten starben, seit einiger Zeit in einer Geschwindigkeit ausbreiteten, als wären sie eine rätselhafte Seuche. Ernährungsforscher fanden zwei mögliche Erklärungen, daraus entwickelte sich eine Art Glaubenskrieg, angeführt von zwei Vorkämpfern.

Der eine, Ancel Keys, Amerikaner, glaubte, dass tierische Fette im Essen das Herz angriffen, schließlich ließen sie den Cholesterinspiegel steigen. Der andere, John Yudkin, Brite, hielt dagegen industriell hergestellten Zucker für das größere Problem. Die Menschen nahmen schließlich Fette auf, seit sie aßen, also seit Urzeiten. Der industriell hergestellte Zucker dagegen kam erst Mitte des 19. Jahrhunderts in ihr Essen.

Einige Zeit duellierten sich Keys und Yudkin mit Vorträgen auf Kongressen und mit Artikeln, die in renommierten Fachzeitschriften erschienen; Zeitungen, Magazine, Radio und Fernsehen berichteten über ihre Forschungsergebnisse. Irgendwann schien es, als könnte sich Yudkin mit seiner Ansicht durchsetzen.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Da sah die amerikanische Zuckerlobby den Moment gekommen, eine geheime Operation zu starten, Codename "Projekt 226", die sie seit einiger Zeit vorbereitete. Yudkin gefährdete ihre Geschäfte, jemand musste seine Ergebnisse unglaubwürdig machen. Also beauftragte die Sugar Research Foundation, eine von der Zuckerindustrie finanzierte Organisation, einen Ernährungswissenschaftler namens Mark Hegsted damit, Yudkins Forschung zu widerlegen. Die Studien, die er dafür auswerten sollte, suchte der Chef der Lobbyisten selbst aus. Der ließ auch durchblicken, welches Ergebnis er erwartete. Er bot Hegsted umgerechnet mehr als 40.000 Euro für seine Dienste.

Hegsted, Professor der amerikanischen Eliteuniversität Harvard, war der perfekte Kandidat für diesen Auftrag. Er hatte in der Wissenschaftswelt einen sehr guten Namen. Er hielt es eher mit Keys, erregte also keinen Verdacht. So kam es, dass "Projekt 226" die Wirkung entfaltete, die sich die Zuckerbosse vorgestellt hatten.

Das geheime "Projekt 226" erfüllte

die Hoffnungen der Zuckerbosse

Die Studie, die Hegsted mit ein paar Kollegen erstellt hatte, erschien im Jahr 1967. Zucker im Essen war demnach etwas, worüber sich die Menschen keine Sorgen machen mussten. Der Rest ist schnell erzählt.

Hegsted wurde wenig später Ernährungsbeauftragter der US-Regierung. Seine Ergebnisse, veröffentlicht in einem der angesehensten Wissenschaftsmagazine der Welt, bestimmten die wissenschaftlichen Debatten und beeinflussten die Ernährungsleitlinien, die Regierungen in den USA und Europa jahrzehntelang herausgaben. Sie sind der Grund, warum Ärzte und Fachgesellschaften weltweit mehr als 40 Jahre lang fettarme, dafür aber zuckerreichere Ernährung empfohlen haben. Sie erklären, warum Yudkin nicht mehr auf Kongresse eingeladen wurde und auch warum die Menschen bis heute in neun von zehn Fällen unterschätzen, wie viel Zucker sich in vielen Nahrungsmitteln

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

verbirgt, und erst allmählich ein Bewusstsein dafür entwickeln, wie gefährlich das für sie sein kann.

Lange Zeit glaubte die Welt, es wäre alles zwangsläufig so gekommen, als hätte sich in einem wissenschaftlichen Streit eben die Seite mit den besseren Belegen durchgesetzt. Doch Keys gilt inzwischen als wissenschaftlicher Scharlatan, der Studienergebnisse manipulierte. Vor allem aber fanden Gesundheitsforscher aus den USA vor gut zwei Jahren in Archiven alte Briefe und andere Unterlagen, die das "Projekt 226" dokumentieren. Seither sieht der vermeintliche Lauf der Dinge eher wie eine große, folgenreiche Verschwörung einer mächtigen Industrie aus.

Fälle wie dieser nutzen Dietrich Monstadt, dem Gesundheitspolitiker der CDU, und machen es dem Zuckerlobbyisten Günter Tissen schwerer, mit seinen Argumenten zu Politikern und Medien durchzudringen. Denn sie zeigen, was in der Schlacht um den Zucker auf dem Spiel steht, welche Macht die Industrie hat und dass sie bei der Wahl ihrer Waffen nicht zimperlich ist.

Tissen hat einen Stapel Papier vor sich auf dem Tisch liegen, Hochglanzbroschüren, neuere Studien. Er legt großen Wert darauf, dass er und sein Verband sich auf die wissenschaftlichen Erkenntnisse namhafter Institute stützen. Er hält sich an die Fakten, soll das heißen.

"Zucker", sagt Tissen und formt mit seinen Händen eine Raute, eine Geste der Mächtigen, "macht an sich weder dick noch krank." Anders als es immer behauptet werde, nähmen die Menschen heute nicht mehr Kalorien und nicht mehr Zucker zu sich als früher.

Es ist eines seiner wichtigsten Argumente. Es ist seine Erklärung dafür, warum Zucker unmöglich an den zunehmenden Volkskrankheiten schuld sein kann. Denn wenn

die Menschen nicht mehr Zucker essen und trinken als früher, dann kann er sie wohl kaum immer kranker machen.

Tissen und sein Verband fanden diese Information so wichtig, dass sie sie im vergangenen Jahr in einem Schreiben an Bundestagsabgeordnete verschickt haben. Sie haben außerdem eine Pressemitteilung verfasst, die sie an Dutzende Redaktionen gemailt und auf die Internetseite des Lobbyverbands gestellt haben. Natürlich nannten Tissen und sein Verband auch Institute und deren Untersuchungen, die angeblich alles belegen.

Die Sache ist nur, dass sie das nicht tun.

Jene Studie, die angeblich beweist, dass die Deutschen heute nicht mehr Kalorien aufnehmen als früher, bildet in Wahrheit nur die Veränderungen in der Zeit von 2006 bis 2012 ab, es geht also um sechs Jahre in der jüngeren Vergangenheit.

Das Bundesinstitut, auf das sich die Zuckerlobbyisten zudem bezogen, stellte klar, dass die die Daten falsch interpretiert hatten. Zudem besagen offizielle Zahlen der Vereinten Nationen, der EU und der Bundesregierung, dass die Deutschen heute deutlich mehr zugesetzten Zucker verbrauchen als in den 60er-Jahren.

Je länger man Tissen dazu befragt, desto unruhiger wird er. Er fängt an, auf seinem Stuhl herumzurutschen, ruft seine Sekretärin herein, steht auf, um in einem Büro nebenan um irgendetwas zu bitten.

Nach und nach stellt sich heraus, dass er nur den weißen Haushaltszucker meint, wenn er von Zucker spricht. So sieht alles viel harmloser aus. Es ist, als gäbe es all die

anderen Zuckerarten und zuckerhaltigen Süßungsmittel nicht, die die Industrie ins Essen mischt, auf ihren Verpackungen aber nicht als Zucker führt.

Und wenn Tissen erwähnt, dass die angesehene Deutsche Gesellschaft für Ernährung die zuckerkritische Haltung der Weltgesundheitsorganisation übrigens mit Skepsis betrachte, dann sagt er das Wesentliche nicht. Diese Kritik bezieht sich auf Details, grundsätzlich sind sich beide Organisationen einig, dass Menschen so wenig wie möglich gezuckerte Sachen essen und trinken sollten, wenn sie gesund bleiben wollen.

So geht das eine ganze Weile.

Tissen und sein Verband hantieren gern mit Daten, die im Gewand wissenschaftlicher Genauigkeit daherkommen. Sie benutzen einen Ausschnitt der Wirklichkeit, der ihnen vorteilhaft erscheint, klein genug, um unliebsame Wahrheiten in ihr Gegenteil zu verkehren. Die anderen Verbandsvertreter und Unternehmensmanager der Nahrungsmittelwirtschaft machen es ähnlich, ihre Argumente sind die gleichen, oft klingen sogar ihre Sätze gleich.

"Früher", sagt Dietrich Monstadt in seinem Berliner Abgeordnetenbüro, "waren es die Tabakkonzerne, die teilweise mit falschen Zahlen und irreführenden Angaben gearbeitet haben, sodass die Menschen nicht erfahren haben, wie schädlich ihre Produkte in Wahrheit sind. Heute ist es die Zuckerwirtschaft." Er glaubt deshalb nicht, dass die Wirtschaft von selbst etwas unternimmt, obwohl sie das gern beteuert. Sie hatte lange genug Zeit, findet er.

Ihm geht einer von Tissens Sätzen nicht mehr aus dem Kopf, den er neulich gelesen hat. Der Staat habe kein Recht vorzuschreiben, was schmecken darf und was

nicht. Es war, als hätte er gesagt, dass Politiker wohl kaum Übergewicht verbieten können.

Monstadt lacht ein sarkastisches Lachen. Es sind ja nicht nur Männer wie Tissen, die so tun, als wolle er den Deutschen die Freiheit nehmen, zu essen, was sie wollen. In seiner Partei, der Union, gibt es Kollegen, die es ähnlich sehen. Trotzdem ist er guter Dinge. Er hat einen neuen Gesundheitsminister und eine neue Landwirtschaftsministerin, beides Parteifreunde, beide jung, beide aufgeschlossen, die Sache anzugehen.

Monstadt will Fakten schaffen. Tissen sät Zweifel. So lange es Zweifel gibt, kann er hoffen, dass alles bleibt, wie es ist.

Wie weit kommt man in Berlin-Neukölln, wenn man Englisch und wirklich nur Englisch spricht?

Im Sommer beschwerte sich der CDU-Politiker Jens Spahn, dass in Berlin-Neukölln zu viel Englisch geredet wird. »Guardian«-Reporterin KATE CONNOLLY macht den Praxistest: In Brautmodenläden, Hipster-Cafés und an der berüchtigten Rütli-Schule

Von Kate Connolly, Die ZEIT, 04.12.2017

Ich bin erst seit zehn Minuten im deutschesten aller Warenhäuser, dem Karstadt am Hermannplatz in Berlin-Neukölln, und habe mich schon bei unterschiedlichsten Verkäuferinnen nach der Kompatibilität von Spielzeugeisenbahnschienen, der Herkunft von Make-up-Döschen oder nach einer ganz bestimmten Ausführung einer irischen Handtasche erkundigt. Alles auf Englisch. In der Confiserie reichen sich drei Angestellte meine Frage nach einer sehr speziellen Schokoladenmarke weiter, bis einer dann in äußerst passabler Aussprache antwortet: »Ziz is not in our range. I am sorry.« Alles sehr freundlich, sehr geduldig und für Berliner Verhältnisse sogar mit einer erstaunlichen Wärme.

So beginnt mein kleines Experiment um 10 Uhr morgens an einem herrlichen Herbsttag des Jahres 2017. Der konservative CDU-Politiker Jens Spahn hatte sich beschwert, dass man in manchen Berliner Restaurants nur noch auf Englisch bedient werde, etwa in Neukölln. In jenem Neukölln ausgerechnet, vor dessen türkischen und arabischen Parallelgesellschaften der Ex-Bürgermeister Heinz Buschkowsky immer gewarnt hatte. Und auch Spahn beklagt ja an anderen Tagen, er sehe dort zu viele Kopftücher. Nun sollen also plötzlich die Hipster das Problem sein, weil sie zu viel Englisch reden.

Ich mache die Gegenprobe: Wie weit kommt man als englische Muttersprachlerin in Neukölln, wenn man Englisch und wirklich nur Englisch spricht? Ist der weltweit bekannte Problembezirk tatsächlich schon so rundum global aufgestellt, wie Spahn behauptet?

Am Hermannplatz ist Markt, die Verkäufer an den Ständen rufen durcheinander, auf Deutsch, Türkisch und Arabisch. Die Leute schlendern durch die Sonne. Hussein schenkt einem Obdachlosen in Khaki-Jacke und mit Rucksack einen Kaffee ein. Er scheucht ihn mit den Händen weg, als der mit seinen letzten 30 Cent bezahlen will. Hussein hat aus einem VW-Campingbus den Coffee Bus Berlin gemacht. Das Dach lässt sich aufschieben und wird zur Tafel hinter dem Tresen, der aus der Seite des Busses ragt und auf der all die Kaffeesorten stehen, die er anbietet: Lattes, Macchiatos, Americanos und Cappuccinos. »Laktosefrei, koffeinfrei, mit Sojamilch, ohne, wie auch immer Sie wollen«, zählt er in perfektem Englisch auf. Wenn er mit Kunden spricht, wechselt Hussein vom Türkischen ins Englische, manchmal streut er sogar ein wenig Spanisch ein. »In diesem Teil der Stadt sollte man Englisch sprechen können«, sagt er mit seinem amerikanischen Akzent. »Aber die meisten hier sprechen auch Deutsch, und die, die es noch nicht können, kommen manchmal nur deshalb her, um es zu lernen.« Deutschlernen sei in den vergangenen Jahren stärker in Mode gekommen.

Hussein, 36, wurde im türkischen Antalya geboren und zog vor zwölf Jahren nach New York. Dort lernte er seine Frau kennen. Vor eineinhalb Jahren beschlossen sie, von New York nach Berlin zu ziehen. An seinem Deutsch arbeitet er noch.

Die Hochzeitskleider im Brautmodengeschäft an der Ecke Weserstraße haben die unterschiedlichsten Farbtöne und kosten meist zwischen 289 und 299 Euro. Eine Verkäuferin kommt aus einem Hinterzimmer und versichert, sie spreche »wenig Englisch«, allerdings reicht es, um uns aufzufordern: »Not photograph and not touch.« Oben gebe es mehr »married dresses«.

Wir folgen weiter der Weserstraße. Immer tiefer soll sie uns nach Neukölln hineinführen.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Vasiliki, eine in Griechenland geborene Berlinerin, trägt ein T-Shirt mit dem Slogan: »Was heißt schon okay?« Sie betreibt den Alpha and Omega International Afroshop. Hier gibt es Kosmetik für dunkle Hauttöne, veganes Make-up und ein großes Angebot von Haar-Extensions und Perücken, von Pink bis Knallrot, außerdem afrikanische, südamerikanische oder europäische Lebensmittel, Mango-Bier etwa, Malta Guinness oder Rotkäppchen-Sekt. Vasiliki spricht Englisch mit einem schweren Akzent. Sie hat es sich größtenteils selbst beigebracht, im Gespräch mit ihren Kunden, die von überallher kommen.

Wird ihrer Ansicht nach zu viel Englisch gesprochen in Neukölln?

»Wenn hier etwas viel gesprochen wird, dann Türkisch oder Arabisch«, sagt sie. »Zu viel kann man aber gar nichts sprechen. Ist doch sowieso völlig egal, welche Sprache du sprichst. Wer behauptet, etwas werde zu viel gesprochen, der hat doch nur Angst vor Menschen.«

Ihr Englisch ist wirklich sehr deutsch, aber je länger wir uns unterhalten, desto besser kann ich ihr folgen.

Ich merke, dass ich mein Englisch anpasse. Ich verschlucke Artikel und vereinfache die Grammatik, alles ganz unterbewusst, sodass auch mein Englisch deutscher klingt.

Manchmal frage ich mich, ob ich in all den Jahren, die ich jetzt schon mit Ausländern Englisch spreche, deren Varianten des Englischen angenommen und dabei mein britischstes Englisch verlernt habe.

Mittlerweile ist es fast 11.30 Uhr, und Ahmo trinkt im Weser Eck sein zweites Bier. Die Wände sind holzgetäfelt und mit Bierhumpen verziert, in der Ecke dudelt ein Spielautomat. Ahmo ist halber Bosnier und entschuldigt sich, dass er nicht rasiert ist und auch kein Englisch spricht. Wobei: »Warum sollte ich mich eigentlich entschuldigen? Ich spreche ganz passables Serbisch. Und meine Englischlehrer waren alle Nieten.« Gegen all die Touristen, die Englisch sprechen, hat er nichts. »Was mich aufregt, sind Restaurants, die keine deutschen Speisekarten haben. Das werde ich in meinem Land ja wohl noch erwarten dürfen. Ich frage den Kellner, was das bitte schön ist da auf der Karte, und die starren mich nur an.« Das habe in den vergangenen

sieben, acht Jahren zugenommen, sagt er. »Manchmal ist es mir ein bisschen viel, all das Kultimulti oder wie das heißt.«

Annett, die Wirtin, schwer tätowiert, die Haare rosa, sitzt hinter dem Tresen, isst ein Plunderstück aus einer Papiertüte und stimmt ihm zu: »Du kriegst ja hier kaum noch 'ne Currywurst. Wenn Touristen nach einem Restaurant mit deutschem Essen fragen, haben wir keine Ahnung, wo wir die hinschicken sollen.«

»Nicht mal Cevapcici kriegst du noch«, sagt Ahmo.

»Verkehrte Welt«, sagt Annett. »Die Politiker bekommen hier einfach nichts in den Griff. Die steigenden Mieten nicht. Die Zuwanderung. Und ihnen fehlt das Rückgrat, um deutsche Speisekarten durchzusetzen.« Sie selbst wohnt mittlerweile irgendwo draußen, weil die Miete in Neukölln zu hoch war. »Verkehrte Welt«, sagt Annett. »Verrückt.«

Als wir wieder draußen sind, kommt Troy Lopez die Straße heruntergestrahlt. Er ist Jamaikaner, groß und sportlich, nimmt die Kopfhörer aus den Ohren und nickt: »Klar spreche ich Englisch. Aber wir sind hier in Deutschland. Ich würde also vorschlagen, wir sprechen Deutsch.«

Es ist das erste Mal an diesem Tag, dass ich mit einem anderen englischen Muttersprachler Deutsch rede. Es fühlt sich immer noch seltsam an, obwohl einem das in Berlin natürlich häufiger passiert.

Troy Lopez erklärt mir sein Konzept von Sprache, Heimat und Verantwortung. »Wenn du irgendwo lebst, musst du die Sprache von dort lernen. Sonst verstehst du doch nichts. Du verstehst die Politiker nicht, deine Nachbarn.« Er ist seit 23 Jahren in Berlin. »Heutzutage«, sagt er, »wird hier viel zu wenig Deutsch gesprochen.« Berlin ist im Grunde selbst schuld, sagt Lopez. Es erwartet von den Neuen nicht, dass sie Deutsch lernen. In Paris, wo er auch mal gelebt hat, sei das ganz anders. Pariser bestehen darauf, dass du Französisch sprichst, sonst reden sie erst gar nicht mit dir. Lopez ist 52 und arbeitet als Küchenchef in einem jamaikanischen Restaurant namens RosaCaleta. Er erwartet von all seinen Kellnern, dass sie Deutsch sprechen. Manche tun sich noch etwas schwer, gibt er zu. »Man muss den Mut dazu haben«, sagt er. »Aber die Kunden werden es einem danken.«

Bisher habe ich noch kein einziges richtiges Hipster-Café entdeckt. Aber im Hertha-BSC-Fantreff Herthaner beschwert sich der Wirt über die Touristen, die auf Englisch oder Spanisch ihr Bier bestellen. »Die führen sich auf, als gehörte ihnen das hier alles.« Er überlegt kurz: »Na ja, vieles gehört ihnen ja auch. Die kaufen hier alles auf und machen Ferienwohnungen draus.«

Die Gäste im Fantreff sind von schweren Rauchschwaden umhüllt. Auch ein Zimmermann, 54, schon in Rente, regt sich über die Touristen auf: »Die machen Lärm und Müll. Im Sommer kannst du nicht mal mehr die Fenster aufmachen, so laut feiern die. Sorry«, sagt er, »aber die Engländer sind die Schlimmsten.« Er kenne niemanden, der in eine dieser Hipster-Kneipen gehe und sechs oder sieben Euro fürs Bier zahle, sagt er. »Die Engländer«, ergänzt sein Kumpel neben ihm, »das sind wirklich die Schlimmsten. Du erkennst sie schon am Gang. Wie die die Straße runterlaufen.«

Vielleicht nähern wir uns jetzt langsam der Parallelwelt, die Jens Spahn meint. Die Ressentiments jedenfalls werden stärker. Aber irgendwie scheint es bei alledem mindestens so sehr um Unterschiede im Einkommen oder den Einstellungen zu gehen wie um die Sprache.

Draußen auf der Straße, im milden Herbstwetter, wird Deutsch mit unterschiedlichsten Akzenten gesprochen. Keine Spur Englisch.

Wie eigentlich, frage ich mich, kann Jens Spahn sicher wissen, dass gerade zwei Deutsche Englisch miteinander sprechen? Darüber hatte er sich ja beschwert, über die »anbiedernde Bereitschaft«, an hippen Orten auf die eigene Sprache zu verzichten.

»Ich spreche jeden auf Englisch an«, sagt Alex, 38, der aus Nürnberg stammt und in einem italienisch-deutschen Café arbeitet. »Manche unserer Bedienungen sprechen nur Englisch.« Alex ist nicht besonders groß und sieht ein wenig italienisch aus. Sein Englisch hat einen interessanten Akzent, von dem ich nicht genau sagen kann, wo er herkommt. Es ist jedenfalls kein typisch deutscher Akzent.

Eine Spezialität des Hauses sind Maultaschen. Da hat Alex manchmal Übersetzungsschwierigkeiten. Er nennt sie dumplings, was zwar Knödel heißt oder auch Dampfnudel, aber vermutlich eine ganz ordentliche Annäherung ist.

Jetzt sind wir also tatsächlich mitten auf der berühmigten »Hipster-Meile«, wir mussten die Weserstraße dafür nur einige Hundert Meter runterlaufen. Der Kontrast zu der Eckkneipe wenige Schritte weiter könnte nicht größer sein.

Jens Spahn, now we're talking!

Vor dem Café stoße ich fast mit einer älteren türkischen Frau zusammen, die ein Kopftuch trägt, mit den Händen wedelt und » No English, nur Turkish – bisschen Deutsch« ruft, bevor sie weiterritt.

Am Eingang der berühmigten Rütli-Schule, die vor mehr als zehn Jahren als Oberproblemschule im Problembezirk Schlagzeilen machte, treffen wir auf zwei hässliche Frösche. Als Skulptur glotzen sie uns an. Für einige ist der Unterricht gerade aus, ein Junge umkreist zwei Mitschüler auf seinem Fahrrad. »Kann kein Englisch«, raunzt er mich an. Er heißt Wassim, ist elf Jahre alt und hat zwei Stunden Englisch die Woche. »Scheiß auf Englisch«, ruft er, »hass ich, brauch ich nicht.« Dann reißt er sein Lenkrad hoch, macht einen Wheelie und fährt er auf seinem Fahrrad davon.

Die zwei Jungs, die er umkreist hat, heißen Chechmus und Yaruk. Chechmus ist 13, boxt und sieht mindestens fünf Jahre älter aus. Yaruk, der 18 ist und etliche Jahre jünger wirkt, sagt, er möchte gern Zimmermann werden. Sie sprechen eine Art amerikanischen Slang, den sie aus Filmen haben, sagen sie. »Englisch ist echt nützlich«, sagt Chechmus. »Finde ich auch«, sagt Yaruk. Als Zimmermann, sagt er, werde er es aber kaum brauchen.

Zurück auf der Pannierstraße sind wir schnell wieder mitten in Hipsterhausen. In den Schaufenstern wird »Ostseeschaumseife« oder »Zungenbrecher Burger« angeboten. Im Schwabylon gibt es schwäbische Küche. Da ist eine Croissanterie und der Friseursalon Shagi.

Jens Spahn? »Typisch CDU«, sagt eine Barista in einem Café. Viele Leute, die im Café abhingen, erklärt sie, seien vor allem da, um Deutsch zu lernen. Ich solle bloß nicht denken, die verträdelten hier ihren Tag.

Auch Karol, 36, ist Barista. Er könnte sich jedoch nichts Schlimmeres vorstellen, als als Hipster bezeichnet zu werden. Er arbeitet in einem Laden namens Two & Two, der französische Spezialitäten und japanische Schreibwaren verkauft. Hier gilt: » No

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Laptop on weekends. No Credit Cards. Danke.« Das Danke in diesem Hinweis wirkt wie das einzige kleine Zugeständnis an die Tatsache, dass wir in Deutschland sind.

Karol sagt, er arbeite hart und versuche trotzdem, ein bisschen Spaß zu haben. Sein makellostes Englisch kann ich kaum verorten. Er stammt aus einem kleinen Dorf nahe Wrocław im Südwesten Polens. Seit fünf Jahren ist er in Berlin. Englisch hat er von kanadischen Freunden gelernt. »Du kommst mit Englisch gut zurecht, schwierig wird es nur, wenn du zum Amt musst«, findet er.

Der Karani-Kaffee aus Kenia, den er ausschenkt, wird hier als »blumig und fruchtig« angepriesen. Die Madeleines kosten 80 Cent, ein japanischer Bleistift 20 Euro. »Ich versuche ständig, mein Deutsch zu verbessern, aber jedes Mal, wenn ich anfangen, Deutsch zu reden, wechseln alle sofort ins Englische. Vielleicht sollte ich nach München ziehen, wenn ich wirklich Deutsch lernen will.«

»Beware of Pickpockets«, steht auf einem Schild vor dem Restaurant Roamers, das »Coffee and booze« verkauft. Auf der Speisekarte: »Skillet feast« oder »staggering egg plates«.

Der Koch Tait hat nach Feierabend keine Lust, Deutsch zu lernen. »Freizeit ist Freizeit, da werde ich ganz sicher keinen Deutschkurs besuchen.« Er ist 24 und Brite. Wegen mangelnder Deutschkenntnisse werde man als Mieter abgezockt, da ist er sicher. Das Kleingedruckte könne ja keiner lesen. Schon sei die Miete wieder gestiegen. Dass sich Alt-Neuköllner über Zugezogene wie ihn beschwerten, weil sie die Mieten nach oben treiben, dafür hat er nur Verachtung übrig: »Die verdienen ganz sicher deutlich besser als wir – und wenn nicht, müssen sie vielleicht ein bisschen härter arbeiten.«

Es mag daran liegen, dass ihm mein Blick nicht gefällt, jedenfalls verschwindet er plötzlich zügig in die Küche, und unsere Unterhaltung endet abrupt. Die Spahnsche Parallelwelt wieder.

Die Arroganz des britischen Kochs ärgert mich. Umso mehr bin ich gerührt von all den Menschen aus Neukölln und der Welt, die es mit mir auf Englisch probiert haben, so anstrengend es für manche war. Und es wärmt mein Herz ein wenig, wenn

ich englischen oder anderen Muttersprachlern zuhöre, die es ganz vorsichtig auf Deutsch probieren.

Auf der Sonnenallee entdecke ich zwischen Spätis und Wettbüros die Shisha-Bar Infiniti Café. Hier riecht der Rauch nach Apfel und Vanille, nach Minze oder Zitrone. Infiniti, woher kommt dieser Name?, frage ich den Besitzer Ali, 36 Jahre alt, der auf einem Ledersofa sitzt und an einer Pfeife zieht. »Das ist doch Englisch, oder?«, sagt Ali. »Es bedeutet Unendlichkeit. Unendliche Gastfreundschaft, unendliche Liebe, unendliches Glück.« Er bläst den Rauch aus, bis er fast darin verschwindet.

Am Nachmittag, unser Experiment dauert mittlerweile viereinhalb Stunden, kommen wir bei einem Kiosk auf der Sonnenallee an, vor dem Elfriede Delika auf einem Sofa sitzt, neben einem Mann, der tief in ein Sudoku versunken ist und dabei an seinem Bier nippt. Delika hat eine weinrote Steppweste an und zieht an einem Zigarillo. Anfangs etwas widerwillig, beginnt sie von ihrer schweren Kindheit zu erzählen, von ihrer Zeit als Hausmeisterin auf einem Friedhof und von ihrem Wunsch jetzt, mit 80 Jahren, in ihren eigenen vier Wänden zu sterben. Sie hat es in der Schule nie gelernt und spricht kein Wort Englisch. »Vielleicht im nächsten Leben«, sagt sie. Dass andere in Neukölln Englisch sprechen, stört Delika überhaupt nicht. Sie wedelt mit ihrem Zigarillo. »Es ist schön, dass die kommen. Mal gab es Zeiten, in denen niemand nach Berlin kommen wollte. Und alle sind Menschen. Lass die Leute reden, was sie wollen. Hauptsache, die reden.«

Ins Scheitern verliebt

Die Berliner Mängelliste ist lang: Der Müll und die Schulden türmen sich, die Verwaltung funktioniert nicht und schiebt ihr Scheitern auf »Softwareprobleme«, Berliner Polizisten besaufen sich beim G20-Gipfel, und der Hauptstadtflughafen wird vielleicht nie eröffnet werden. Viele Bewohner haben den Eindruck, die Stadt verachte sie und biete ihnen keine gemütliche Heimat. Dennoch lieben viele es hier, so wie unsere Berliner Autoren. Warum eigentlich?

Von Lorenz Maroldt und Harald Martenstein, ZEITmagazin Nr. 45, 2.11.2017

Auf dem Boulevard Unter den Linden haben sie hinter zerbeulten Absperrgittern einen roten Teppich ausgerollt, in der Staatsoper werden an diesem Tag Ehrengäste erwartet. Über sieben Jahre hatte sich die Restaurierung des Rokoko-Baus hingezogen, die Baukosten stiegen um das Doppelte auf mehr als 400 Millionen Euro. Ein Untersuchungsausschuss wühlte sich tief in den sumpfigen Boden, auf dem das Musikhaus ruht, und fand die bekannte Berliner Mischung aus Hemdsärmeligkeit und Fatalismus. Tja, wurde halt ein bisschen mehr. Schicksal!

Zum Tag der Deutschen Einheit soll nun endlich alles fertig sein und die Wiedereröffnung gefeiert werden. Es hat aber dann doch leider bloß zu einem »Präludium« gereicht. In ein paar Tagen, erfuhren die Gäste, muss das Haus wieder schließen. Die Techniker sind nicht fertig geworden, es fehlen noch diverse Freigaben der Behörden – darunter die für den Brandschutz. Die zur Wiedereröffnung geplante Uraufführung muss bedauerlicherweise ebenfalls entfallen, der Komponist ist erkrankt. Stattdessen wird, als Provisorium zum Präludium, eine Tragödie geboten: *Faust-Szenen* von Schumann. Und so schallt an diesem Abend von der Bühne in den blattgoldenen

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Saal (dessen Nachhall durch Anhebung des Daches um exakt 0,7 Sekunden verlängert wurde) Berlins heimliche Hymne, gedichtet von Goethe: »Alles Vergängliche ist nur ein Gleichnis; Das Unzulängliche, hier wird's Ereignis.«

Das ist Berlin. Was ist nur los hier?

Wer in Berlin über das Regierungsviertel hinausspaziert, dem fallen überquellende Mülleimer ins Auge, Dreckhaufen auf den Straßen, verwahrloste Parks und tote Ratten. Die Bezirksämter schaffen es nicht, Geburtsurkunden zeitnah auszustellen, Heiratswillige kampieren in der Morgendämmerung vorm Rathaus, Tote dürfen nicht unter die Erde, weil Ämter überlastet sind. Die Zustellung einer Sterbeurkunde dauert bis zu 38 Tage. In Pankow überreichte ein Bote die Papiere in letzter Sekunde bei der Trauerfeier in der Friedhofskapelle. Die Software, die im Standesamt jede Ansprache verweigert, heißt übrigens Autista. Der Hersteller beteuert, überall anderswo funktioniere sie. Bloß nicht in Berlin.

Selbstverständlich verlief auch die Bundestagswahl nicht störungsfrei: 46 Hausmeister hatten sich geweigert, einen außerplanmäßigen Sonntagsdienst anzutreten und zu Wahllokalen umfunktionierte Schulen aufzuschließen. Erst zwei Tage vor Ultimo wurde gemeldet: »Die Wahl ist gesichert.« Eine Schlagzeile, die es nur in Berlin gibt – und die dann doch ein bisschen voreilig war. Aus ganz Deutschland lagen die Ergebnisse vor, da wurde in Berlin noch immer gezählt – wegen »Softwareproblemen«. Am frühen Morgen meldete dann auch Pankow Vollzug.

Tausende Gerichtsverfahren werden in Berlin eingestellt, weil die Justiz überlastet ist, nicht wenige Verdächtige kommen wegen Fristüberschreitung aus der Untersuchungshaft frei. Der Vorsitzende der Vereinigung Berliner Staatsanwälte sagt: »Ein funktionierendes Rechtssystem ist in Berlin nicht mehr vorhanden.«

Was stimmt nicht mit Berlin? Diese Stadt ist ins Scheitern regelrecht verliebt, könnte man sagen. Und trotzdem verlieben sich auch immer mehr Menschen in diese Stadt. Zum Beispiel wir, die Autoren dieses Textes. Seit Jahrzehnten leben wir hier, arbeiten als Kolumnist und Chefredakteur beim *Tagesspiegel*, verfolgen und

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

beschreiben den alltäglichen Wahnsinn dieser Metropole und ihre Unzulänglichkeiten, die nicht selten das Ergebnis von organisierter Unzuständigkeit sind. Hier dauert es drei Jahre, einen Zebrastreifen auf die Straße zu pinseln. Vier Jahre, die Statik einer Ampel zu berechnen. Sieben Jahre, eine Oper zu sanieren. Auch die Pergamonbaustelle auf der Museumsinsel wird zur Permanentbaustelle, ein Monument ihrer selbst, mit vier Jahren Verzug und der obligatorischen Kostenverdoppelung. Schuld sein soll ein historisches Pumpwerk, das der unterirdischen Arbeit im Wege steht. Seit elf Jahren versucht man hier, einen Flughafen zu bauen. Vor fünf Jahren platzte die geplante Eröffnung, wir haben unsere Einladungskarten zur Party noch. Jetzt heißt es: 2019 könnte es klappen – wenn alles gut geht! Doch wann geht hier etwas gut?

Dass die Stadt Probleme hat, einen Flughafen zu bauen oder eine Oper zu sanieren, wäre erträglich – funktionierten wenigstens die tausend kleinen Dinge des Alltags, etwa die Anmeldung eines neuen Pkw. So was kann viele Wochen in Anspruch nehmen. Die Autohändler bekommen die verkauften Modelle nicht vom Hof, die Käufer wissen nicht, wohin damit.

Der Neubau von Wohnungen, dringend nötig, verläuft ähnlich schleppend wie das Flughafenprojekt, obwohl guter Wille vorhanden zu sein scheint. Nirgendwo sonst sind die Wartezeiten beim Bürgeramt länger, die Schulen maroder, die Baustellen chaotischer, die Verantwortlichkeiten verworrener als bei uns in der Bundeshauptstadt. Hebammen warnen Hochschwangere vor Berlinbesuchen, im Ernstfall gibt es keine Betten und Ärzte. Wohnungsangebote finden sich kaum, aber regelmäßig ertönen Bannflüche der Berliner Politiker gegen die Profitgier privater Investoren. Die Bausenatorin sagt: »Wir leben bis zum Hals im Kapitalismus. Das ist das Problem.« Aber im Sozialismus war's hier auch nicht so doll. Und jetzt? Die FDP hat den Senat gefragt, ob er die Meinung der Senatorin zum Kapitalismus teilt. Die Antwort lautet: »Der Senat hat sich zu diesem Grundproblem noch keine abschließende Meinung gebildet.« Wir werden uns also auch hier gedulden müssen.

Viele Berliner haben den Eindruck, dass sie und ihre profanen Bedürfnisse von den Regierenden regelrecht verachtet werden. Denen geht es offenbar um höhere Ziele als Geburtsurkunden oder Mülleimer. Aber welche Ziele das sein könnten, weiß auch

niemand. »Kiffen und den Verfassungsschutz abschaffen«, sagt der Innensenator, als er glaubt, dass ihm niemand zuhört.

Die Verachtung ist mittlerweile gegenseitig. An der Potsdamer Brücke wurde im Sommer wegen Bauarbeiten die Abbiegespur gesperrt, nur Busse durften durch. Alle anderen mussten einen lästigen Umweg in Kauf nehmen. Viele Autofahrer ignorierten das Verbot einfach, Verkehrsschilder haben in Berlin allenfalls dekorative Funktion. Einerseits ist die Polizei infolge Personalausdünnung zu entkräftet, um sich derlei Dingen mit der gebotenen Sorgfalt zu widmen. Andererseits wächst der Volkszorn, weil es in Berlin eine Koordination der zahllosen Baustellen nicht mehr zu geben scheint. Verschwörungstheorien grassieren: Sind Sadisten am Werk oder die Grünen oder beide? Um das Abbiegeverbot, nach etlichen schweren Unfällen, durchzusetzen, wurde die Kreuzung an der Brücke von bewaffneten Polizisten daraufhin rund um die Uhr verteidigt wie Fort Alamo. Das Verbot, auf Bürgersteigen Rad zu fahren, war hingegen nicht zu halten, es existiert nur noch auf dem Papier. Für das Verbot, sein Auto auf Radwegen abzustellen, gilt das leider auch. Einem genervten Radfahrer, der rücksichtslos parkende Autofahrer anzeigte, warf das Ordnungsamt »eine systematische und damit rechtlich unzulässige Verkehrsüberwachung« vor. Anzeigen von »Hilfssheriffs« werde man »nicht als Anzeige werten«. Dies sei »Staatsaufgabe«. Aber wo ist der Staat?

Vor ein paar Monaten eröffnete der wunderschöne Pierre-Boulez-Saal in der Barenboim-Said-Akademie. Seitdem herrscht an Veranstaltungsabenden in der Französischen Straße wegen wild parkender Autos ein gefährliches Chaos. Akademie-Direktor Michael Naumann beantragte deshalb dringend eine Halteverbotszone, doch der Antrag des Ex-Kulturstaatsministers wurde erst mal abgeschmettert: Die Sachbearbeiterin teilte mit, ihr sei es »auf Grund anderer termingebundener Aufgaben nicht möglich, kurzfristig Anträge zu prüfen«, und: »Schon allein das Prüfverfahren nimmt einige Monate in Anspruch.« Auf die Beschwerde Naumanns meldet sich nun ein anderer Sachbearbeiter mit folgendem Hinweis: »Eine Anordnung von Halteverboten wird kaum dazu führen, dass das Auftreten von Falschparkvorgängen verhindert werden kann.« Dass solche Verbote in Berlin ernst genommen würden, halte

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

er ohnehin »aus jahrelanger Beobachtung heraus für sehr unwahrscheinlich«. Die Kapitulationserklärung endet mit der üblichen Maßregelung: »Das von Ihnen beobachtete Fehlverhalten der Verkehrsteilnehmer legen Sie bitte nicht der Straßenverkehrsbehörde zur Last.« Vor diesem Hintergrund kann der auswärtige Beobachter vielleicht verstehen, warum die amtliche Mitteilung »Berlin geht fünf Tage gegen Falschparker vor« den lokalen Zeitungen eine Meldung wert ist.

»Raserhauptstadt« ist Berlin übrigens nicht, diesen Titel trägt wissenschaftlichen Untersuchungen zufolge Hamburg. Rasen ist aufgrund des Verkehrsaufkommens bei uns auch nur in sehr frühen Morgenstunden möglich. Doch was Aggression und Anarchie angeht, lässt sich Berlin nicht lumpen. Eine Lehrerin schreibt: »Wir mussten heute aus Sicherheitsgründen unsere Schülerlotsen abziehen. Die zuständige Polizeibeamtin will und kann die Verantwortung für die Kinder nicht mehr übernehmen.«

Seit einiger Zeit kann man beim Ordnungsamt Meldungen auch online einreichen. Den Bearbeitungsstand markiert eine digitale Ampel, meist steht sie auf Gelb, oft noch Wochen später. »Beschwerde über Feuerwerke im Bereich des Osthafens«, gemeldet Ende August, Status Ende September: »In Bearbeitung«. Bis Silvester hat sich die Sache erledigt. Andere nutzen das Tool offen zur Denunziation – so ist bei Nennung von Name und Adresse zu lesen, bei welcher Familie in Lichtenberg »seit mindestens 5 Jahren ein Hund mit dem Namen Atze« lebt, »welcher nicht angemeldet ist! Außerdem bekommt der Hund viel zu wenig Auslauf.« Das Amt meldet ausnahmsweise: »Erledigt« – der Fall wurde an die Steuerbehörde weitergereicht.

Meist aber wird Müll gemeldet, sehr viel Müll. Den stellen die Leute hier einfach auf die Straße, das ist zwar verboten, aber: egal. Schauen Sie mal, was an einem ganz normalen Tag allein in Neukölln neu auf die Liste kommt, jeweils mit genauer Adresse: Sperrmüll, Staubsaugerteile, Glas, Einkaufswagen, Couch, Pflastersteine, Metall, Bauschutt, Hausmüll, Dämmwolle, Schilderfuß, Monitor, Couch, Plastik, Farbeimer, Verpackungsmaterial, Mikrowelle, Matratze, Klappliege, Holzteile, Waschmaschine, Kleinmobiliar, Kleidungsstücke, Dämmplatten, Kühlschrank, Teppiche, Kisten, Kartons, Autoreifen, Babybadewanne, Styroporplatten, Wäscheständer, Stuhlteile,

Elektroteile, Tasche, Holzregal, Müllsäcke, Standfüße, Holzplatten, Sofa, Schrank, Bettgestell, Schreibtisch, Mülltüten, Elektroschrott, Bretterstapel ... es hört gar nicht mehr auf.

Und das ist nur das, was gemeldet wird. Neuköllns Bürgermeisterin bekämpft die Lawine jetzt mit Schildern, auf denen zur Überraschung der Anwohner »Müllablagerung verboten« steht. Sie sagt, der Bezirk prüfe eben »alle realistischen Möglichkeiten«, das Problem in den Griff zu kriegen.

Vielerorts findet sich die Politik mit den Unzulänglichkeiten nicht mehr nur ab, sondern definiert sie zum Ereignis um. Die Stadt bekommt den Drogenhandel im Görlitzer Park nicht in den Griff – also teilt sie politisch korrekt mit: »Wir werden uns auf die Weiterexistenz des Handels einstellen müssen. Keine Gruppe soll als Problemverursacher gesehen werden. Menschen, die derzeit den Park nutzen, sollen nicht verdrängt werden.« Die Dealer sind jetzt also Teil des offiziellen Erholungsprogramms. Sie halten Radfahrer auf den Parkwegen an und ermahnen sie, umsichtig zu fahren, und von besonders jung aussehenden Kunden verlangen sie den Ausweis. In Berliner »Spätis«, den Rund-um-die-Uhr-Kiosken, werden extralange Blättchen für den original Kreuzberger Joint »Görlitzer Park« verkauft. Immerhin funktioniert hier die heimische Wertschöpfungskette: Produziert werden sie von einer Firma in Pankow.

Wer über den Zusammenbruch der Berliner Staatlichkeit schreibt, darf, der Fairness halber, zwei Tatsachen nicht unerwähnt lassen.

Erstens: Fast jedes Problem, das in Berlin zu beobachten ist, gibt es auch in anderen großen Städten. Die Hamburger Elbphilharmonie hat ebenfalls eine ganze Weile gebraucht und deutlich mehr gekostet als geplant. Der Bau des Stuttgarter Bahnhofs wurde von Juchtenkäfern ausgebremst, die kamen bestimmt nicht aus Berlin. Die Kölner haben beim U-Bahn-Bau aus Versehen ihr Stadtarchiv in die Erde versenkt. In Berlin gibt es allerdings alle Probleme gleichzeitig und verschärft, und das mit steigender Tendenz.

Zweitens: Schuldzuweisungen an bestimmte Parteien oder einzelne Politiker führen nicht weit. Egal wer in Berlin regiert hat, und das waren einige, richtig besser wurde es nie. Ein wenig erinnert Berlin an eine WG, wo sich der Abwasch in der Spüle bis an die Decke stapelt und man sich jeden Abend ergebnislos über die Schuldfrage streitet. Aber niemand spült ab.

Und doch strömen sie alle hierher, zu uns nach Berlin: die Jungen, die Schönen, die Abenteuerer, die Bunten, die Touristen, die Start-up-Unternehmer, die Glücksritter und die Ruheständler. Berlin ist die Heimat der Heimatlosen. Die Attraktivität der Stadt ruht auf stabilen Fundamenten, die nicht leicht kaputtzukriegen sind: das einmalige Kulturangebot, die Seen und das zauberhafte Umland, die wunderbaren Altbauwohnungen, inzwischen teuer, aber immer noch billiger als in Paris oder London, das Nachtleben, die intellektuelle Offenheit, das Flair aus ganz Europa, die Aura. Die Aura stirbt zuletzt, wie bei einem alten Schauspieler. Nacht für Nacht ziehen abenteuerlustige Touristen durch die Kneipenviertel, die britischen Junggesellenabschiede sind legendär, der Alkohol ist für diese Klientel unfassbar billig.

Überhaupt sind Touristen ein »erheblicher Wirtschaftsfaktor«, in Berlin heißt das: Man mag sie nicht. Zur Auflösung der Touristenballungen hat sich die Senatsverwaltung für Wirtschaft eine echt berlinische Problemlösung einfallen lassen: die App »Going local«. Sie soll die Touristen von den touristischen Highlights und Kneipenmeilen fernhalten und in die Außenbezirke locken, Spandau vielleicht oder Marzahn. Ein Sprecher sagt: »Berlin hat so viel zu bieten, es müssen nicht immer alle zur gleichen Zeit an die gleichen Orte kommen.« Das muss man sich mal für Paris vorstellen – die Idee, man könnte die Touristen mithilfe einer App überreden, nicht den Eiffelturm und Saint Germain zu besuchen, sondern mit der Metro in die Banlieue zu fahren.

In Berlin heißt die Banlieue Hellersdorf. Hier wurde ein neuer Lehrer gerade von den Kollegen mit den aufmunternden Worten begrüßt: »Ihre Schüler werden zum Großteil kriminell, arbeitslos oder landen auf der Straße.« Auf den Straßen hinterlassen sie dann die Zeugnisse des Berliner Bildungssystems: An eine Charlottenburger Mauer sprayten sie »All Cops are Basdarts«, das ist nicht etwa eine Anspielung auf die von der

Polizei bevorzugte Pfeilsportart, sondern ein Ergebnis des Berliner Englischunterrichts. Der Ordnungsstadtrat weigert sich übrigens, das Graffito beseitigen zu lassen. Seine Begründung, per Mail an einen Bürger geschickt: »Da der von Ihnen zitierte Schriftzug sehr allgemein gehalten ist und keine Person namentlich beleidigt wird, liegt hier wahrscheinlich keine Notwendigkeit vor, tätig werden zu müssen.« Tätig werden zu müssen ist in den Behörden offenbar eine Horrorgeschichte.

Seit elf Jahren gibt es an der Freien Universität das »Institut für Schulqualität«, dort wurden allerhand Methoden zur Evaluation entwickelt. Trotzdem landet Berlin im deutschen Bildungsmonitor zuverlässig auf dem letzten Platz. Nirgendwo in Deutschland kann der durchschnittliche Grundschüler so schlecht schreiben und rechnen, brechen so viele Jugendliche die Schule ab, macht die soziale Herkunft eines Schülers sich so stark beim Schulerfolg bemerkbar. Auch die Zahl der ausgefallenen Stunden ist in Berlin rekordverdächtig, Tausende Kinder lassen sich sowieso nur noch gelegentlich in der Schule blicken. Schulpflicht? In Berlin ist das, wie so vieles, nur schöne Theorie. Gleichzeitig werden, wie durch Zauberei, die Noten der Schüler immer besser. Da hat die Politik durch permanentes Absenken der Anforderungen allerdings nachgeholfen.

Was die Bausubstanz der Schulen betrifft, hilft niemand nach. Das sieht mittlerweile nicht nur hässlich aus, sondern ist auch gefährlich. Aus dem Prüfprotokoll der »Begehung« einer Pankower Schule: Nach 2006 fielen beide gesetzlich vorgeschriebenen Brandschauen aus, es gibt weder einen ersten noch einen zweiten Fluchtweg, die unteren Stockwerke haben keine Rauchmelder. Die gibt es nur im Dachgeschoss, aber das ist aus Brandschutzgründen gesperrt. Es fehlen erforderliche Trennwände, die Treppenaufgänge sind für eine schnelle Evakuierung zu schmal. Der Baustadtrat will jetzt »kompensatorische Maßnahmen« einleiten – in Berlin ein Synonym für »heiße Luft«.

Die Bezirke sagen: Der Senat ist schuld, es gibt zu wenig Personal. Der Senat sagt: Die Bezirke können halt nicht mit Geld umgehen. Einig ist man sich nur darin: Man ist nicht zuständig. Eigentlich wäre in Berlin etwas Pragmatismus bitter nötig. Andererseits gilt Professionalität als verdächtig. Ein Baustadtrat der Grünen gab auf,

nachdem seine Fraktion ihm vorgeworfen hatte, »zu sehr fach- und sachgerecht zu arbeiten«. Das macht der Innensenator offenbar besser, denn der Polizeipräsident lobt ihn: »Er mischt sich nicht in fachliche Dinge ein.«

Dabei wäre sachlich und fachlich einiges zu tun. Berlin bekommt knapp vier Milliarden Euro aus dem Länderfinanzausgleich, einerseits. Andererseits hat Berlin – mit circa 59 Milliarden Euro verschuldet – in den vergangenen fünf Jahren 2,2 Milliarden »Außenstände« nicht eingetrieben: Nicht bezahlte Bußgelder, Gebühren, Rechnungen und Steuerforderungen wurden von der Finanzverwaltung zum Teil »vorläufig abgeschrieben«, zum Teil auch »endgültig«. Immerhin ist klar, woran das liegt: Es gibt erstens in den verschiedenen Verwaltungen kein einheitlich funktionierendes »Forderungsmanagement«, zweitens keine einheitliche Software (wenn sie überhaupt mal funktioniert), drittens hat niemand einen vollständigen Überblick über den Stand der Verfahren, und viertens ist nicht einmal bekannt, wie viele Mitarbeiter mit dem Eintreiben von Außenständen beschäftigt sind (oder eben nicht).

Wozu die organisierte Unzuständigkeit führt, lässt sich auf der Straße sehen. Als im Sommer 2016 nach einem längeren Regenguss der Gleimtunnel überflutet war, durchquerten ihn die Anwohner schwimmend oder im Kanu. Als es kurz darauf hieß, jetzt wird erst mal saniert, suchten sie im Keller nach den Schlittschuhen. Tatsächlich war der Tunnel auch im Dezember noch dicht: Der Stadtrat von Pankow wartete zur Freigabe der neuen Verkehrsführung auf eine förmliche Anordnung vom Bezirksamt Mitte, das Bezirksamt Mitte verwies auf die Zuständigkeit der Verkehrslenkung des Senats, der Senatsverwaltung war die Straßenbeleuchtung zu dunkel, und sie gab die Sache zurück an den Stadtrat von Pankow. Aber der wartete ja, wie gesagt, noch auf die Anordnung vom Bezirksamt Mitte. Bei der neuen Verkehrsführung handelt es sich übrigens um einen Kreisverkehr.

Was ist bloß los mit Berlin? Wenn Menschen über unsere Stadt nachdenken, dann landen sie beim berühmtesten Satz, der jemals über Berlin geschrieben wurde: »Berlin ist dazu verdammt, immerfort zu werden und niemals zu sein.« Ein Lob drückt dieser Satz nicht gerade aus. Verdammtes Berlin? Verdammt von wem und warum?

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Das Zitat ist nicht aktuell, es stammt aus dem Jahr 1910 und ist der Schlusssatz des Buches *Berlin, ein Stadtschicksal* von Karl Scheffler. Sein Autor wurde 1869 in Hamburg geboren. Mit Anfang zwanzig zog er in die Hauptstadt, er hielt es wie viele der heutigen Berliner, er wollte unbedingt in dieser Stadt leben, nirgendwo sonst. Scheffler wurde einer der einflussreichsten Kunstkritiker Berlins, er schrieb für die *Vossische Zeitung* und war Chefredakteur der Fachzeitschrift *Kunst und Künstler*. Den Impressionismus verteidigte er leidenschaftlich gegen die Konservativen, die Avantgarde der Weimarer Republik mochte er nicht. Als die Nazis an die Macht kamen, wurde er als unverbesserliches bürgerliches Element kaltgestellt, er zog sich an den Bodensee und ins Schweigen zurück. Nach dem Krieg schrieb er wieder.

Schefflers Berlinbuch ist keine angenehme Lektüre für den Berliner. Es übertrifft an Hass und Häme so ziemlich alles, was aktuelle Autoren (zum Beispiel wir) über Berlin zu schreiben wagen. Scheffler konnte auch sehr persönlich werden: »Es ist Einem zuweilen, als bestände die ganze männliche Einwohnerschaft nur aus Bauunternehmern und deren Gehilfen. Eine unendlich dilettantische und fahriges Kommunalpolitik hat nie frei und groß gewollt, sondern immer nur gemusst. Ein Haufen profitgieriger, geistig verblödeter und roher Spekulanten hat die Stadt angelegt, unwirtlich, anmaßend und hässlich.« Und so weiter. Aber Scheffler lebte gern hier.

Die Stadt lässt einen eben nicht mehr los, oft lebenslang und zuweilen auch darüber hinaus. Das Berliner Traditionsunternehmen Gasag versicherte einem Toten dieser Tage per Brief: »Auch an Ihrem neuen Wohnort sind wir gerne für Sie da.« Die Familie hatte dessen Vertrag unter Vorlage der Sterbeurkunde gekündigt. Wer in Berlin wohnt, weiß, dass offizielle Öffnungszeiten allenfalls Annäherungswerte sind. Typisch sind Hinweise auf verschlossenen Türen wie »Aufgrund eines Heizungsausfalls bleibt das Amtsgericht geschlossen« oder »Leider haben wir heute genug Umsatz«. Wenn eine U-Bahn-Linie wegen notwendiger Reparaturen lahmgelegt ist, wird mit einiger Wahrscheinlichkeit die Straße, über die der Schienenersatzverkehr rollen soll, zur gleichen Zeit aufgerissen. Die Verkehrsbetriebe warnen dann ihre Kunden: »Die BVG empfiehlt, die Ersatzbusse zu meiden.«

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Am U-Bahnhof Brandenburger Tor ist die Rolltreppe offiziellen Angaben zufolge seit Eröffnung 2008 in jedem Jahr sechs Monate lang Stehtreppe. Die BVG erklärt dazu: »Die Fahrtreppengetriebe erreichen derzeit nicht die geforderten Ansprüche an Belastbarkeit und Verschleißfestigkeit«, mit anderen Worten: Sie ist kaputt, weil sie kaputt ist. Andere Fahrtreppen und Aufzüge sind jahrelang ganz außer Betrieb. Ab und zu wird das Schild ausgewechselt, auf dem ein lustiger Maulwurf den angepeilten Fertigstellungstermin verkündet. Wer nachfragt, hört: »Im Zuge des Aufzugsaustausches gab es zunächst Planungsschwierigkeiten. Zusätzlich kamen weitere technische Klärungsbedarfe und Mängel hinzu.«

Legendär auch der hohe Krankenstand in der Berliner Verwaltung: Auf 34 Fehltage pro Jahr kommen sie durchschnittlich in Neukölln, in Marzahn-Hellersdorf sogar auf mehr als 42. Außerhalb der Verwaltung sind es nur zehn. Wenn eine alleinerziehende Mutter nach dem Schicksal ihres drei Monate alten Antrags auf Unterhaltsvorschuss fragt, bekommt sie zu hören: »Hier sind alle krank. Wenn's Ihnen nich' schnell genug geht, könn' Se ja aushelfen kommen.«

Was sind das für Menschen, die sich das tagtäglich antun? Wer sind sie, diese Berliner? Der Ex-Taxifahrer und Außenminister a. D. Joseph Martin Fischer sagt: »Die Berliner Verwaltung ist etwas, an das man sich eigentlich nicht gewöhnen kann. Berlin als Stadt aber ist unglaublich, ich will hier nicht weg.« So geht es den meisten. Und wenn der Regierende Bürgermeister Müller meint: »Die Stadt funktioniert in weiten Teilen sehr gut«, sagen seine Bürger: »Also, Humor hat er ja.«

Ein herrlicher Indikator für das Berliner Selbstbild ist die Komparsenbörse: »Für ein Nachmittagsmagazin eines namhaften Senders sind wir auf der Suche nach einer hässlichen Familie« – die Firma konnte sich vor Bewerbern kaum retten, die Anzeige war schon nach wenigen Stunden wieder gelöscht. Auch die Rekrutierung von »Freaks und Punks« und »markanten, ausgefallenen, gelebten Typen« sowie »auffällig tätowierten Frauen & Männern und Babys« für einen Film über den Weltuntergang war rasch abgeschlossen. Apropos – ihren Stolz bewahren sich die geplagten Stadtbewohner durch Selbstironie und Schlagzeilen wie diese: »Berliner Wissenschaftler entwickeln

Superwaffe gegen den Weltuntergang.« Was ist dagegen ein funktionierender Flughafen?

Dabei gibt es »den Berliner« oder »die Berlinerin« natürlich gar nicht. Grob gesagt leben hier zwei Gruppen: Da sind jene, die auf keinen Fall auffallen wollen, die nennen ihre Kinder Alexander oder Marie, das sind zurzeit die häufigsten Vornamen in der Stadt. Und dann gibt es jene, die um jeden Preis auffallen wollen. Wie ein Blick in die Registratur zeigt, nennen sie ihre Jungs Heavenly, Beloved, Sunday, Winono, Prince-Glorieux, Wealth, Lord, Desire, Good, Excellent, Wildwind, Sturmius, Rebelle, Sittich, Sturmhart, Ulysses, Legolas, Rochus und Evidence. Die Mädchen müssen mit den Namen Summer-Juli, Himmelblau, Shaked, Cinderella, Peace, Neumann, Dudu, Parfaite, Poppy, Anmut, Goodness, Gala, Berlin, Aphrodite, Purity, Victory, Arielle, Karma, Oceania oder Rocket durchs Leben gehen. Alles beantragt, genehmigt und eingetragen. Für den Nachschub an Exzentrikern ist gesorgt. Und wo kommen die her?

Berlin, so Schefflers Kernthese, ist eine Kolonistenstadt. Damit meint er: In diese Stadt kommen seit Jahrhunderten Menschen, um dort ihr Glück zu suchen. Sie sind Goldgräber, Eroberer und Pioniere, sie benutzen die Stadt, sind vielleicht von ihr fasziniert, aber sie lieben Berlin nicht. Berlin ist ihr Mittel zum Zweck. Berlin bringt Arbeit, vielleicht Ruhm und Reichtum. Aber Berlin hat keine innere Mitte, keine Identität, kein sicheres Bewusstsein seiner selbst, wie Paris oder London oder sogar München es haben. Es kommen, so Scheffler, »energische, willensstarke, beutehungrige und freiheitsdurstige Menschen, erblose Söhne, Unterdrückte, Besitzlose und Solche, die zu Hause nicht im besten Ruf standen. Und dann der große Haufen Vertriebener.« Nicht die schon jemand sind, rücken an, sondern jene, die etwas werden wollen. Der klassische Neuberliner will Fuß fassen, er kämpft für sich und seine Zukunft, die Stadt ist nur sein Spielfeld. Er tut nichts für sie.

Solche Urteile sind immer ungerecht, sie treffen nicht in jedem Fall zu. Aber wer Scheffler liest, der erkennt das Bindeglied zwischen den Türken, die in den sechziger und siebziger Jahren kamen, den Juden und den Hugenotten, den Arbeitern aus Polen, denen, die sich zu Mauerzeiten vor der Bundeswehr drückten, den Vietnamesen von Ost-Berlin, den Alternativen und den linken Rebellen aus Süddeutschland, den Start-up-

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Unternehmern, den jungen Amerikanern, Briten und Spaniern, Künstlern, Musikern und Lebenskünstlern, den Flüchtlingen neuerer Zeit, den Flüchtlingen aus Russland oder Schlesien und den ehemaligen Bonner Regierungsbeamten. Sie alle waren und sind, auf die eine oder andere Art, Kolonisten. Im Lauf der Zeit könnten sie vielleicht zu etwas Neuem, Selbstbewusstem zusammenwachsen, zu einer Stadtgesellschaft. Aber so viel Zeit hat Berlin nie gehabt.

Die Ostberliner sind die größte Kolonistenkohorte. Sie leben zwar schon immer hier, sie sind nicht zugereist wie die Schwaben oder die jungen Amerikaner. Aber auch von ihnen haben viele das Gefühl, heimatlos zu sein. Die Idee, vom Westen überrannt und kolonisiert worden zu sein, ist auch bei den Jüngeren erstaunlich oft anzutreffen, sie wird vererbt wie das türkische Brauchtum bei den Zuwanderern aus Anatolien. Die Linke tut viel dafür, diese Idee am Leben zu halten. Der Satz »Ich bin aus dem Osten« gehört zu den Standards im ersten Gespräch mit einer neuen Bekanntschaft. 1910 hätte man gesagt: »Ich bin aus Schlesien.« Wer sieht sich wirklich, in erster Linie, als Berliner an?

Na ja, die Busfahrer haben den Ruf, echte Berliner zu sein. Wenn jemand fragt: »Fahren Sie Steglitz?«, brummen sie: »Nein, ich fahr Bus.« Und wenn einer wissen will: »Sind Sie Tegel?«, lautet die Antwort: »Nein, ich bin der Busfahrer.« Und wehe dem, der versucht, sein Ticket mit einem 5-Euro-Schein zu bezahlen: »Kann ick nich' rausgeben, ick bin doch keene Sparkasse.« Auch Müllwerker sind oft echte Berliner. Wer auf einem Betriebshof der Stadtreinigung nach der Abwurfstelle für Elektroschrott fragt, kriegt zu hören: »Sie haben Glück, wir haben Bauch-Beine-Po-Wochen. Einmal die Treppe zum Container hoch und rein damit.« Echte Berliner gibt's auch auf dem Flohmarkt. Die Frage nach dem Preis einer Axt wird dort mit einer Gegenfrage gekontert: »Woll'n Se damit Ihren Mann erschlagen? 16 Euro, dit sollte Ihnen die Sache doch wert sein.« Leider ist bei den Berlinern oft nicht ganz klar, wo der Spaß aufhört. Deshalb steht in Stellenausschreibungen des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg unter »Voraussetzungen« schon mal warnend: »Für diese Tätigkeit ist eine ausgeprägte Konfliktfähigkeit unabdingbar.«

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Auch bei der Polizei gibt es noch echte Berliner. Dass diese etwas speziell sind, hat sich seit der Aufwärmparty unserer Einsatzkräfte vor dem G20-Gipfel in Hamburg herumgesprochen. In der betroffenen Einheit kursieren inzwischen offiziös wirkende Wappen, die zwei kopulierende Bären mit Bierflasche in der Hand und Polizeimütze auf dem Kopf zeigen. Disziplinarverfahren gab es übrigens keine. Und auch dem Polizeischüler, der zur Freude seiner Kollegen als Darsteller im Film *Pimmel Bingo 8* Ganzkörpereinsatz zeigte, bekam von seinem Dienstherrn bescheinigt: »Hat dem Ansehen des Berufsbeamtentums nicht geschadet.« Offenbar machte er seine Sache gut.

Oft ist gesagt worden, dass Berlin kein selbstbewusstes Bürgertum mehr besitze, diese Schicht, die das Selbstbewusstsein anderer Weltstädte prägte, wie etwa die hanseatischen Familiendynastien in Hamburg. Die Berliner Juden und die meisten Intellektuellen wurden von den Nazis ermordet oder vertrieben. Danach wurde es schwierig für die Unternehmer im Osten wegen der Kommunisten, im Westen wegen der wirtschaftlich unergiebigem Insellage. Wenn Schefflers Analyse stimmt, hat es ein Bürgertum nie oder höchstens in Ansätzen gegeben. Heimat war immer anderswo. Berlin war nur der Ort, wo einen das Leben hingespült hat.

In anderen Städten war es mitunter die Religion, die eine Stadtgesellschaft über Jahrhunderte zusammenschmiedete, und dieser Kitt funktioniert auch dann, wenn der Glaube nachlässt. Berlin war immer religiös indifferent, das war einer der Gründe für seine Anziehungskraft auf Kolonisten. Diese Leerstelle wurde, glaubt Scheffler, vom Preußisch-Soldatischen gefüllt, vom Drill. Rituale stiftete hier das Militär mit seinen Paraden. In Preußen wurde die allgemeine Wehrpflicht erfunden, jeder Mann ein Soldat, die ganze Stadt eine Garnison. Nach 1945 war diese Idee diskreditiert, das fiel also ebenfalls weg, die Volksarmee der DDR war nie ein Identifikationsobjekt. Berlin hatte kein nennenswertes Patriziat, keine Kaufmannsdynastien, auch der Adel war weniger selbstbewusst als anderswo, die preußischen Könige ließen das nicht zu. Wer also hielt die Stadt zusammen?

Berlin war eine Beamtenstadt. Die Fürsten brauchten fleißige und gehorsame Beamte, diesen Typus und diese Mentalität hat Berlin tatsächlich mit großem Erfolg hervorgebracht. Der preußische Beamte tat, was ihm gesagt wurde. Er hasste es, selbst

Verantwortung zu tragen. Aber einen klaren Befehl konnte er, ohne selbst groß nachzudenken, akribisch befolgen – ideale Voraussetzungen für die Nazis, später auch für die SED. Trotzdem sollte man den preußischen Beamten nicht unrecht tun. Eine funktionierende, pflichtbewusste Verwaltung ist eine wunderbare Sache, solange es nicht Mörder oder Ideologen sind, von denen die Anweisungen kommen. Anweisungen allerdings braucht der Beamte. Die Mentalität der kleinen Beamten scheint das zu sein, was alle historischen Katastrophen in Berlin am besten überstanden hat – diese Mentalität lebt und regiert. Man spürt sie, wenn inmitten des Berliner Chaos das Ordnungsamt ausrückt und nachmisst, ob irgendwo ein Kneipentisch fünf Zentimeter zu weit in die Straße ragt. Man spürt sie auch im Kongresszentrum ICC, einem Koloss, der seit Jahren leer steht und seit vielen Jahren mit jährlich fünf Millionen Euro am Leben erhalten wird wie ein hirntoter Patient. Das funktioniert vorbildlich, die Teppichböden werden regelmäßig gesaugt. Aber niemand ist in der Lage, eine Entscheidung zu treffen oder sie gar durchzusetzen. Die Stadt hat kein Geld für eine Sanierung und keine Idee, was damit anzufangen wäre. Ein Beratungsunternehmen hat eine Analyse erstellt und rät zu einem privaten Investor. Die SPD ist gegen den Investor, was absehbar war. Was tun? Nun, der Senat möchte erneut »die Interessenlage« ausloten, Kosten: fünf Millionen, um einen Investor zu finden, den die SPD dann ablehnt. Die Beamten sind ratlos. Jemand müsste kommen und eine Anweisung geben, aber der König ist nicht mehr da – und Gott schweigt, wie immer.

Man spürt diese Mentalität auch am Flughafen BER, wenn wieder eine Katastrophenmeldung von der Baustelle eintrifft. Alle ducken sich routiniert weg. Von Zeit zu Zeit wird einer gefeuert, geholfen hat das bisher nicht. Es ist schwer zu sagen, wer letztlich die Verantwortung für dieses Desaster trägt, alle verstecken sich hinter den Akten und deuten auf den Nachbarn. Der Flughafenbau – Ende ungewiss – wird in Berlin mittlerweile als eine Art Naturkatastrophe angesehen. Da kannste nix machen. Irgendwann wird der Flughafen wahrscheinlich doch fertig, aber das dürfte eher zufällig passieren. Wenn man tausend Jahre baut, dann ist man halt irgendwann fertig, sogar in Berlin.

Neulich reiste der Regierende mit großer Delegation nach Los Angeles. Anlass war die Amerika-Premiere von *Babylon Berlin*, einer viel gelobten TV-Serie von Tom Tykwer, die wieder mal das Berlin der zwanziger Jahre hochleben lässt, den guten alten Mythos. Müller hielt im legendären Universal-Theater eine kurze, spontane Rede: »I hope you become a taste of Berlin!«, rief er, die Leute applaudierten, es war nicht perfekt, aber es wirkte sympathisch. Am nächsten Tag flog er zurück, Landung in Tegel, auf jenem Flughafen also, den der Senat schließen will, wenn der BER eröffnet, obwohl ihn eine Mehrheit in der Stadt behalten will. Tegel gilt als eine der wenigen Berliner Institutionen, die halbwegs funktionieren, wie gesagt: halbwegs. Müller stand fast eine Stunde am Band, bevor die ersten Koffer anrollten. Die mit »Priority-Badge« kamen selbstverständlich als Allerletzte. *Müller became a taste of Berlin.*

Auch die öffentlichen Toiletten gehören zu den letzten Restbeständen des einst funktionierenden Berlins. Nur 24 Prozent der Klos sind defekt, eine, für Berlin, echt gute Quote. Betreiber von 170 behindertengerechten Hightech-WCs ist seit 25 Jahren die Firma Wall, sie finanziert das vor allem durch Werbung. Kosten für die Stadt: fast null. Nun aber wurde der Vertrag gekündigt, weil sich herausgestellt hat, dass Wall eine kapitalistische Firma ist und Gewinne macht. Dieses Geld will Berlin selbst einstreichen und gleichzeitig eine neue Ära emanzipativer Toilettenpolitik einläuten. Die Verwaltung arbeitet an einem »Toilettenkonzept«, vermutlich fieberhaft. Die neuen Klos sollen geschlechtergerecht sein, das heißt, auch Frauen sollen endlich im Stehen ihr Geschäft verrichten können, an der Anschaffung neuartiger Unisex-Urinale wird gearbeitet. Die Uhr tickt: Ende 2018 wird Wall seine Klohäuschen abbauen müssen. Wenn es läuft wie immer und wie alle erwarten, ist Berlin ab 2019 eine europäische Metropole ohne öffentliche Toiletten, doch mit einwandfreier Gesinnung.

Trotzdem ist Berlin natürlich großartig – eine Weltstadt, die einzige, in der Deutsch die häufigste Sprache ist, ein Ort, an dem jede Person ihr Ding machen kann, wie immer dieses Ding aussieht, eine Stadt der Künste, der Freiräume und des Vergnügens, das klingt jetzt alles ein bisschen abgedroschen, aber es stimmt doch. Berlin lebt von seiner Substanz und von seinem Mythos, etwas Neues ist allerdings schon länger nicht mehr dazugekommen. Ein irgendwie gearteter Ehrgeiz ist nicht

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

erkennbar. Und wenn tatsächlich etwas passiert oder passieren soll, dann steckt immer private Initiative dahinter. Eigentlich ein gutes Zeichen. Bürgersinn hatte Scheffler am alten Berlin schmerzlich vermisst.

Eine Bürgergruppe will die Spree in ein Badegewässer verwandeln, die ganze Stadt eine Strandbar, das Stadtschloss wird nach langem Kampf des Berlin-verliebten Wilhelm von Boddien als Ort der Weltkulturen wiederaufgebaut, jede Woche eröffnet ein interessantes Restaurant, eine Galerie, ein schräges Unternehmen, das gibt es. Doch Initiativen sind hier auch immer umstritten, immer bekommen sie Gegenwind, sie stoßen auf antikapitalistisches Misstrauen oder auf Desinteresse. Begeisterung für das Neue hat die von sich selbst und dem Alltag erschöpfte Stadt längst verlernt. Alles soll bleiben, wie es ist, aber auch das will nicht mehr gelingen.

Das, was dauerhaft funktioniert – und sogar bestens –, sind die großen Erzählungen aus der Vergangenheit. Der Mauerfall, die Blockade. 1968, Kennedy, »Ich bin ein Berliner«. Sven Regeners West-Berlin, Weizenbier mit Herrn Lehmann. Und natürlich die Mutter aller Mythen, die Zwanziger, Babylon Berlin: jetzt im Fernsehen. Das beliebteste Sprachbild für diese Ära heißt »Tanz auf dem Vulkan«. Heute tanzt Berlin auf Müllsäcken und Anträgen. Eines steht fest: Der Bau eines babylonischen Turms würde hier schon im Vorfeld scheitern, am Brandschutz.

Das Institut der deutschen Wirtschaft hat kürzlich den »Wohlstandseffekt« europäischer Hauptstädte für die jeweiligen Länder berechnet: Striche man Athen aus dem griechischen Bruttoinlandsprodukt weg, wäre jeder Grieche um 20 Prozent ärmer. Frankreich ohne Paris: minus 15 Prozent. Das Gleiche gilt für Tschechien ohne Prag. Sogar das von Dauerkrisen geschüttelte Rom brächte, trotz der Konkurrenz von Mailand und Turin, den Italienern ein Minus von fast zwei Prozent. Bloß Berlin ist anders: Es ist die einzige europäische Hauptstadt, deren Verschwinden das Bruttoinlandsprodukt ihres Landes steigern würde.

Ein herrliches Leben

Martin Schulz ist nicht der einzige Europapolitiker, der sich auf der nationalen Bühne schwertut. Warum ist das so?

Von Peter Müller, DER SPIEGEL, 03.03.2018

Zu einer besseren Zeit, im Frühsommer 2016, gab Martin Schulz eine kleine Führung durch die Empfangssäle im Straßburger Parlamentsbau. Schulz schritt durch die lichten Salons, als wären sie sein Wohnzimmer, zwei Leibwächter begleiteten ihn auf Schritt und Tritt. Er ließ den Blick über die Dächer Straßburgs streifen, dann erzählte er, wen er hier schon alles empfangen habe: Sogar der Papst war da.

Schulz öffnete eine Tür, sie führt zu einem kleinen Nebenraum, vollgestellt mit dicken Polstermöbeln. "Und hierhin", sagte Schulz, "kann man sich zum Gespräch unter vier Augen zurückziehen."

Fünf Jahre lang war Schulz Präsident des EU-Parlaments, damals sah er sich auf Augenhöhe mit den Großen der Welt. Schulz, so schrieb es einmal eine Zeitung, habe im Élysée-Palast einen Serviettenring mit seinen Initialen. Es waren auch Artikel wie dieser, die in der SPD die Idee reifen ließen, ihn zum Kanzlerkandidaten zu machen.

Warum ging dann alles so schrecklich schief? Schulz wurde nicht Kanzler und auch nicht Außenminister, er hat die SPD in die furchtbarste Niederlage ihrer Geschichte geführt. Wenige Monate reichten aus, um aus dem Brüsseler Star einen Gescheiterten zu machen. Die, die es gut mit ihm meinen, raten ihm, nach Brüssel zurückzukehren. "Da warst du doch wer", rufen sie ihm zu.

Lange Jahre hatte Brüssel als Abklingbecken für Politiker im vorgerückten Alter gegolten. Schulz war stolz, dass er den umgekehrten Weg beschritt – von Brüssel ins Herz der deutschen Politik. Auch andere haben das versucht: Manfred Weber zum Beispiel, Fraktionschef der Europäischen Volkspartei, spielte mit dem Gedanken, den

CSU-Vorsitz zu übernehmen. Und FDP-Mann Alexander Graf Lambsdorff, ein in Brüssel respektierter Außenpolitiker und einst Schulz' Vize an der Parlamentsspitze, hat nun einen Sitz im Bundestag. Aber der Weg von Brüssel nach Berlin ist steinig, das musste nicht nur Schulz feststellen. Warum ist das so?

Die Suche nach einer Antwort führt in die Münchner Staatskanzlei. An einem Montag Ende November sitzt Manfred Weber, 45, im Empfangszimmer von Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer und erhält eine Lektion in Sachen Machtpolitik.

Der engste Führungszirkel der Partei ist versammelt, es geht um die Frage, ob Markus Söders Griff nach der Macht in Bayern noch verhindert werden kann. Weber ist einer der mächtigsten Politiker Brüssels, er will den Kreis davon überzeugen, dass er Parteichef werden müsse, als Gegengewicht zum Scharfmacher Söder.

Weber wäre tatsächlich eine gute Wahl: jung, liberal, weltoffen, er bringt all das mit, was Söder fehlt. Doch Weber übersieht, dass seine Konkurrenten gar nicht daran denken, ihre eigenen Interessen deswegen hintanzustellen. Fast schon naiv wirbt er um Verbündete, nur um zu erleben, wie Seehofer es am Ende doch vorzieht, seinen Posten zu behalten.

"Das ist nicht gut für mich gelaufen", sagt Weber wenige Wochen später. Der CSU-Mann sitzt in einem Gasthof im Allgäu. Statt Anzug und Krawatte trägt er Jeans und Pulli, die Sonnenbrille steckt im V-Ausschnitt. Weber war ein paar Tage beim Skifahren, jetzt ist er unterwegs zum politischen Aschermittwoch, ein Pflichttermin in der CSU.

Als stellvertretender Vorsitzender der Partei steht Weber immer auch mit einem Bein in der deutschen Politik, er weiß, dass in Berlin andere Gesetze gelten als in Brüssel. Das beste Beispiel ist er selbst. Weber wäre in Brüssel nie Fraktionschef geworden, hätte er ähnlich brachial an die Spitze gedrängt wie Söder in Bayern.

In Brüssel zählen die leisen Töne, in einer Gemeinschaft von 28 Ländern ist verbale Kraftmeierei oft kontraproduktiv. Wer über Staats- und Sprachgrenzen zusammenarbeiten will, kann sich nicht dauernd beschimpfen. Zuspitzungen oder sarkastische Bemerkungen, gängige Waffen in Bundestagsdebatten, sind im Europaparlament fehl am Platz, auch deshalb, weil sich der Sinn nach der Übersetzung in eine der 24 Amtssprachen oft nicht mehr erschließt.

In Berlin wirken Brüsseler Politiker wie Golfspieler, die plötzlich in einem Rugbyturnier antreten müssen. Die Härte im Konkurrenzkampf, die engmaschige Kontrolle durch die Medien, der Wettbewerb der Journalisten untereinander, all das, was Berlin kennzeichnet, ist in Brüssel nur wenig ausgeprägt. Entsprechend schwer tun sie sich im rauen Klima der deutschen Hauptstadt. "In Brüssel", so sagt es Bundestagsnovize Lambsdorff, "lernt man, Brücken zu bauen, in Berlin, Gräben auszuheben."

In den frühen Morgenstunden des 24. Juni 2016 schaut Martin Schulz vor einer blauen Wand im Europaparlament in die Kameras, sein dunkler Anzug ist faltenlos, doch durch seine Stirn ziehen sich tiefe Furchen, er hat noch Schlaf in den Augen. Die EU müsse jetzt nach innen schauen, sagt er. "Wie kommen wir am besten voran?" Das Ergebnis des Brexit-Referendums ist da erst wenige Stunden alt, die Briten haben dafür gestimmt, die EU zu verlassen.

Es ist eine bemerkenswerte Reaktion. Zum ersten Mal verlässt ein Mitgliedsland die Gemeinschaft, doch die EU-Elite kündigt an, so weiterzumachen wie bisher. Der Brexit wäre auch eine Gelegenheit gewesen innezuhalten. Wer will bezweifeln, dass die EU dem Kontinent Frieden und Wohlstand gebracht hat? Aber ist eine immer engere Integration wirklich die Antwort auf alle Fragen?

Europa sei wie ein Fahrrad, hat der ehemalige Kommissionspräsident Jacques Delors einmal gesagt. Hält man es an, fällt es um. Dieser Satz gilt in Brüssel immer noch als Dogma. Wer an ihm zweifelt, wird in der Gemeinde der Europafreunde schnell zum Verräter gestempelt. Diese Haltung aber erstickt den demokratischen Streit.

Im Europawahlkampf 2014 war sich Schulz mit seinem einzigen ernst zu nehmenden Gegner, EVP-Spitzenkandidat Jean-Claude Juncker, in allen Belangen so einig, dass sie sich einmal sogar extra zusammensetzten, um auszubaldornern, bei welchen Themen sie fürs Publikum künstlich ein bisschen streiten könnten. Es dürfte der einzige Wahlkampf in der Geschichte gewesen sein, in dessen Verlauf die Kontrahenten Freunde wurden.

Auf dem Berliner Spielfeld dagegen geht es deutlich unübersichtlicher zu. Zwar klangen Schulz' Berliner Statements noch immer so entschlossen wie die aus seiner Brüsseler Zeit. "Ja, ganz klar!", sagte er. "In eine Regierung von Angela Merkel werde ich nicht eintreten." Oder, nach dem Abbruch der Jamaikagespräche: "Wir stehen für den Eintritt in eine Große Koalition nicht zur Verfügung."

Anders als in Brüssel aber sah sich Schulz in Berlin regelmäßig genötigt, diese glasklaren Aussagen sogleich wieder zu korrigieren. Dummerweise kann man den Jusos nicht so leicht ein Mitspracherecht über die Belange der SPD absprechen wie Front-National-Chefin Marine Le Pen, wenn es um die Zukunft der EU geht.

In Brüssel gehören Politiker, Journalisten und Lobbyisten zumeist einer klar umrissenen Gruppe an, die unter sich bleibt – die der Europafreunde. Was Wolfgang Koepen in Bonn als Treibhaus beschrieben hat, ist in der EU-Hauptstadt als Brüsseler Blase wiederauferstanden.

Das Personal geht pfleglich miteinander um, grundsätzlichen Streit gibt es kaum. Am Ende gilt es, das europäische Einigungswerk gegen dessen Feinde zu verteidigen. Unterschiede zwischen den etablierten Parteien schrumpfen noch schneller als in einer Koalitionsregierung mit Angela Merkel. Der Wettbewerb findet nicht zwischen Parteien statt, sondern zwischen Europafreunden und Europafeinden.

Anders als in Berlin, wo irgendwann fast alles ans Licht kommt, bleiben in Brüssel Interna daher oft im Verborgenen. Der Hinterzimmerdeal ist in der EU-Hauptstadt eine eigene Kunstform. Erst vor Kurzem fädelte Kommissionschef Juncker die Beförderung seines Kabinettschefs Martin Selmayr zum Generalsekretär ein, ohne dass der fürs Personal zuständige Kommissar einen blassen Schimmer davon hatte.

Nicht zufällig trafen sich Schulz, Juncker und Weber regelmäßig in Restaurants wie dem Speisesaal des Stanhope-Hotels, um ihre Agenda abzustimmen. Es ist einer der angenehmeren Orte, im Europaviertel eine Mahlzeit zu sich zu nehmen, das Preisniveau sorgt dafür, dass man unter sich bleibt.

In deutsche Verhältnisse übersetzt, bildete diese klandestine Runde so etwas wie den Koalitionsausschuss. Doch im Gegensatz zu Berlin, wo die ersten Schilderungen langer Verhandlungsnächte spätestens im "Morgenmagazin" auftauchen, drang aus der intimen Brüsseler Veranstaltung so gut wie nichts nach außen.

Der Grund ist, dass es in Berlin immer noch gegnerische Parteien sind, die um Vereinbarungen ringen, sie haben ein Interesse, ihre Interpretation der Ergebnisse und des Verhandlungsverlaufs unter die Leute zu bringen. In der Brüsseler Wagenburg dagegen wärmen sich die Europafreunde gegenseitig. Die Feinde sind Marine Le Pen, Viktor Orbán oder widerspenstige Bürger, die einfach nicht kapieren, welcher Segen das europäische Einigungswerk ist.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Noch nicht mal echte Missstände lassen die Angehörigen der Brüsseler Blase voneinander abrücken. So interessierte sich jahrelang niemand dafür, dass Schulz' engster Mitarbeiter Gehaltszulagen bekam, die ihm wegen eines Tricks bei der Einstellung zustanden. Oder dass sich das fürs Personal zuständige Mitglied in Schulz' engstem Führungsstab eben mal selbst üppige Gehaltserhöhungen genehmigen wollte.

Selbst im Bundestagswahlkampf verzichteten Weber und viele andere Unionsleute im Europaparlament darauf, Schulz wegen dieser freundlichen Arrangements für seine Mitarbeiter zu kritisieren. Die EU-Bürokratie sei mit einer ordentlichen deutschen Verwaltung nun mal nicht zu vergleichen, hieß es entschuldigend. Die Angst ging um, die Trickserien in Schulz' Kabinett würden Europa in ein schlechtes Licht rücken.

David McAllister fädelt auf einen Linksabbieger in Scheeßel ein, einem Städtchen südwestlich von Hamburg. Er wirft seine Zigarettenkippe in einen Pappbecher von McDonald's, der in der Mittelkonsole steckt, und ruft in die Freisprechanlage seines Audi-Cabrios: "Warum wurde die Wahl in Kenia annulliert?" Die Sommerferien sind erst ein paar Tage vorbei, McAllister ist zur Eichenschule unterwegs, um mit Schülern über Europa zu diskutieren.

Er ist spät dran, doch McAllister ist seit Kurzem Vorsitzender im Auswärtigen Ausschuss des Europaparlaments, daher muss ein Mitarbeiter in Brüssel jetzt erst mal klären, ob Uhuru Kenyatta noch Präsident in Nairobi ist. Die BBC aus London hat um ein Statement zur Entscheidung des kenianischen Verfassungsgerichts gebeten.

McAllister, 47, ist den umgekehrten Weg von Schulz und Lambsdorff gegangen. Er war ein beliebter Ministerpräsident in Niedersachsen, die Wahl im Januar 2013 verlor er wegen ein paar Hundert Stimmen. Die unerwartete Niederlage traf McAllister in seinem Innersten, im CDU-Präsidium am Morgen danach war er den Tränen nahe. Doch McAllister fand einen Ort für seine Therapie – das Europaparlament.

Wer die sanfte Art des Parlamentarismus vorzieht, ist in Brüssel am richtigen Platz. Präsident Schulz etwa konnte zu jeder Zeit auf einen Usher zugreifen, eine Art Kofferträger.

Kleinigkeiten wie diese gaukeln Brüsseler Politikern eine Bedeutung vor, die sie in Berlin, Paris oder Rom nicht haben. McAllister ist das klar, er war ja lange genug in der deutschen Politik. Schulz und viele andere aber fielen auf die Illusion eigener Bedeutung rein. Entsprechend hart war der Realitätsschock in der Heimat.

Das liegt auch daran, dass sich die Brüsseler Blase ihre eigene Medienwelt geschaffen hat. Allein das Onlineportal Politico bietet rund 70 Journalisten auf, um über jede Regung aus Brüssel zu berichten. Brüssel wird oft zur Hauptstadt des konsequenzlosen Statements.

McAllister hat es sich in diesem Abseits gut eingerichtet. Das Ego wird weiter gestreichelt, die Härte von einst ist dahin. "Mein Platz ist jetzt in Europa", sagt er. Ihm gefällt das Internationale, etwa wenn er mit dem britischen Außenminister Boris Johnson einen Abend lang an der Hotelbar plaudert. In seinem Büro stapeln sich Reiseführer der Länder, die er im Auftrag der EU besucht: Serbien, Ruanda, Weißrussland. McAllister führt ein herrliches Leben.

Es heißt immer wieder, dass es wünschenswert sei, wenn junge, talentierte Politiker in Europa Karriere machten. Der Fall McAllister zeigt, dass man es auch anders sehen kann. Brüssel taugt nicht als Kaderschmiede für Berlin, McAllisters Fähigkeiten sind in der Wagenburg verschenkt.

McAllister ist noch keine 50, er bewegt sich stilsicher auf internationalem Parkett (der Vater war Schotte) und genießt sowohl im Lager Merkels als auch in dem ihrer Gegner Ansehen. Anders als viele seiner Kollegen hat der Europaabgeordnete McAllister noch nicht mal Berührungängste mit dem Bürger, im Gegenteil. Er kommt auch in Scheeßel gut an oder in Wuppertal. Es ist daher kein Wunder, dass McAllister in Brüssel nach gerade mal zweieinhalb Jahren das vielleicht prestigeträchtigste Amt ergattert hat, das in der flachen Hierarchie des Europaparlaments zu vergeben ist.

Manchmal scheint McAllister selbst darüber zu staunen, in welchem skurrilen Biotop er in Brüssel hineingeraten ist. In diesen Tagen beispielsweise tragen viele Parlamentarier einen verbissenen Wahlkampf aus, um zum "Abgeordneten des Jahres" gekürt zu werden, von Lobbyfirmen, wohlgerneht. In solchen Momenten blickt McAllister auf seine Kollegen wie ein Zoologe auf eine seltene Spezies.

Er sollte aufpassen, dass er nicht bald dazugehört.

Mitten im Beben

Seit vier Monaten sitzt die AfD im Bundestag. Und jetzt? Gibt es mehr Hohn, mehr Krach, mehr Angst – und weniger Langeweile. Über ein Parlament in Aufruhr

Von Peter Dausend, DIE ZEIT, 22.02.2018

Wenn Christoph Weemeyer unter Stress gerät, sieht er aus wie ein Erdmännchen auf der Ausschau nach Feinden. Dann schnellt sein Kopf hoch, dann geht er in Alarmhaltung, dann scannt er rasend fix und hoch konzentriert die Gegend: Wer hat »Nazi-Jargon« gerufen, wer »Kauft deutsche Bananen«? Wo kommt das Lachen her? Wer klatscht? Wer johlt? Wie laut? Es gab Zeiten, sie sind noch nicht lange her, da blieb Weemeyers Kopf meist unten. Jetzt schnellt er pausenlos hoch. Weil sechs statt nur vier Fraktionen im Bundestag sitzen. Weil die AfD mit 92 Abgeordneten eingezogen ist. Weil nun dauernd die Worte »Flüchtlingsmassen« und »deutsches Volk«, »Rassismus« und »rechte Hetzer« fallen – und Weemeyer dann mitbekommen muss, wer sich wo wie empört. Das muss alles ins Protokoll.

Weemeyer, ein 37-jähriger Schlaks mit blondem Strubbelbart, arbeitet als Stenograf im Deutschen Bundestag, seit 2003 macht er das. So sehr Erdmännchen wie heute war er nie. Weemeyers Dienstsitz ist der leicht geschwungene Tisch, der, etwas nach unten versetzt, wenige Meter vorm Rednerpult im Plenarsaal steht. Hier, mit der Regierungsbank im Rücken und den Abgeordneten vor Augen, bekommen er und seine Kollegen mit, was anderen verborgen bleibt. Sie registrieren die Ausschläge, sie halten die Erschütterungen fest. Die Mitschreiber vom Parlamentarischen Dienst sind die Seismografen der Politik.

Noch hat Deutschland keine neue Regierung. Seit Monaten bewegen sich die Abgeordneten in einer parlamentarischen Zwischenwelt, in der die Rollen nicht klar verteilt sind, die politischen Fronten wechseln. Noch tritt die Kanzlerin nur bei Fest- oder Gedenkstunden auf, noch hält sich die Fraktions-Prominenz zurück. Politischer Betrieb im Aufwärmmodus. Doch die Seismografen verzeichnen bereits heftige Ausschläge.

Wenn man auf der Zuschauertribüne Platz nimmt, sich alle zwölf Sitzungen seit dem 24. Oktober 2017, seit der Konstituierung des 19. Bundestages, anschaut; wenn man sitzen bleibt, wenn alle anderen gehen – dann spürt man diese Ausschläge. Und auch die Erschütterungen. Am 19. Januar debattieren die Parlamentarier auf Antrag der Grünen das Thema

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

»Familiennachzug auch zu subsidiär Schutzbefohlenen ermöglichen«. Der Sozialdemokrat Burkhard Lischka beginnt seine Rede mit dem Satz: »Vor gut zwei Jahren arbeitete Khalid noch als Maurer in Syrien ...« – ein lang gezogenes »Ooooooooooh« aus 92 Kehlen stoppt ihn. Als die Linke Ulla Jelpke versucht, von einem jugendlichen Flüchtling aus Syrien zu berichten, der in den Kriegswirren ... wieder dieses lang gezogene »Ooooooooooh«.

So geht es weiter. Wenn in einer anderen Debatte ein CDU-Mann von »erfolgreichen Grenzschutzmaßnahmen« spricht; wenn eine Grüne sagt, viele Syrer würden eine Arbeit aufnehmen und Freundschaften schließen; wenn ein Sozialdemokrat meint, die Mehrzahl der Flüchtlinge würde gern in ihre Heimat zurückkehren; wenn eine Liberale in den Saal ruft, Übergriffe gegen Frauen seien kein Problem einzelner Gesellschaften oder einer Religion – immer dann dröhnt ihnen schallendes Gelächter entgegen. Ätzender Hohn von ganz rechts. Der Stenograf Weemeyer schrieb früher oft in seine Protokolle: »Heiterkeit bei der Union«, »... der Linken«, »... der SPD«, »... den Grünen«. Jetzt steht da fast nur noch »Lachen«.

Lachen, um lächerlich zu machen, das hat es im Bundestag schon immer gegeben, zimperlich war man nie. Doch jetzt breitet sich das Hohngelächter mit jedem Sitzungstag weiter aus, es plustert die einen von Mal zu Mal ein bisschen mehr auf und schüchtert die anderen von Mal zu Mal ein bisschen mehr ein. Das Hohngelächter ist zu einer anschwellenden Begleitmusik der Verachtung geworden.

In der AfD-Fraktion sind 82 Männer, sie tragen stets Anzug und Krawatte. An Sitzungstagen marschieren die 82 Männer gemeinsam mit den zehn AfD-Frauen in den Plenarsaal. Präsenz zeigen, in voller Stärke da sein, gehört zur Taktik. Wenn die 92 AfDler Platz nehmen, formt sich eine Wand aus Anzügen. Man muss schon genau hinsehen, um die zehn kleinen bunten Flecken darin zu erkennen. Punkt neun Uhr, wenn's losgeht im Bundestag, sitzt die AfD, und die Wand ist bereit. Wenn aus ihren 92 Bausteinen das Gelächter losbricht, bekommt die Wand etwas Bedrohliches.

»Aggressiver, unsachlicher und roher« – so nimmt FDP-Fraktionschef Christian Lindner die Debatten heute wahr. In seiner ersten Runde als Bundestagsabgeordneter, zwischen 2009 und 2013, hätten ihn »der Respekt und mitunter die Ritterlichkeit« beeindruckt, mit denen im Bundestag gestritten wurde. Das sei nun infrage gestellt durch das ätzende Hohngelächter der AfD. Ein Kollege Lindners aus der CDU/CSU-Fraktion geht noch weiter. Die Verächtlichmachung der Empathie, die permanenten Attacken auf muslimische Flüchtlinge, das dröhnende Dominanzgebaren eines Männerpulk: »Wenn man sieht, wie enthemmt die AfD als Gruppe agiert, bekommt man eine Ahnung davon, was in der Kroll-Oper los gewesen sein muss.«

Die Kroll-Oper diente nach dem Reichstagsbrand von 1933 als Parlamentssitz. Es ist der Ort, an

dem die Nazis die liberale, repräsentative Demokratie abschafften, im Hohngelächter.

Vier schwarze große Ledersofas stehen in dem Durchgang zwischen dem Bundestagsbüro der Kanzlerin und dem Parlamentssaal, auf jedes Sofa passen genau vier AfD-Abgeordnete. Sie sitzen oft dort, ihre Plätze im Plenum liegen gleich hinter der Glastür schräg gegenüber. Andere aus ihrer Fraktion schlendern gern hin und her, zwischen dem Eingang zu Merkels Büro, der Tür und der Treppe, die hinunterführt zum Osteingang des Reichstages. Kann ja sein, dass die Kanzlerin gleich kommt. Und dann soll sie sehen: Wir sind immer hier und lassen dir keine Ruhe.

Andere Abgeordnete meiden nun diesen Weg. Wollen sie in die Cafeteria gleich um die Ecke, nutzen sie einen anderen Ausgang. Stehen sie dort in der Schlange, reden sie anders, nicht mehr so offen wie früher, nicht mehr so zugewandt. »Ich will auf keinen Fall in ein Gespräch mit denen verwickelt werden«, sagt ein Abgeordneter, der beim Schlangestehen schon viele »nette Plauderbekanntschaften« gemacht hat. Er wolle die AfDler gar nicht ausgrenzen, und sicher seien auch Leute unter ihnen, die sympathisch seien. »Als Truppe finde ich sie aber einfach widerwärtig.«

Auf die Dauerpräsenz der AfD-Abgeordneten im Plenum mussten die anderen reagieren. Sie sind jetzt auch öfter da. Die AfD stellt Fotos mit großen Lücken in den Reihen der anderen Fraktionen ins Netz. Sie will damit dem Vorurteil vom faulen Parlamentarier Nahrung geben. Denn nur wer auf seinem Platz sitzt, der arbeitet. Doch in ihrer Abwesenheit trafen die Abgeordneten oft Experten aus ihren Fachbereichen, sprachen mit Gewerkschaftern, Wirtschaftsvertretern und NGO-Mitgliedern, sie empfingen Besuchergruppen aus ihren Wahlkreisen. Nun sitzen sie Zeit im Plenum ab.

Die Stimmung, die Atmosphäre, das ist das eine, was die Ankunft der AfD im Bundestag verändert hat. Das andere ist, worüber gesprochen wird.

Ende November bringt die AfD einen »Sechs-Punkte-Plan zur Förderung der Rückkehr syrischer Flüchtlinge« in den Bundestag ein. Die Regierung wird aufgefordert, ein entsprechendes Abkommen mit Syrien zu schließen. Der »Islamische Staat« sei besiegt, die Syrer in Deutschland könnten getrost nach Hause zurück.

Im vergangenen Bundestag waren 44,2 Prozent der wahlberechtigten Deutschen nicht repräsentiert: die FDP mit 4,8 Prozent draußen, genauso die AfD mit 4,7, die Piraten mit 2,2 und die anderen Parteien mit insgesamt 4 Prozent. Hinzu kamen 28,5 Prozent Nichtwähler. Jetzt sind FDP und AfD drin, und die Zahl der Nichtwähler ist deutlich geschrumpft. Im Bundestag wird deshalb wieder mehr über das geredet, was jene Deutsche denken, die zu den 44,2 Prozent gehörten. Etwa, dass die Grenzöffnungspolitik Merkels katastrophal gewesen sei. Und dass man Syrer jetzt nach Hause schicken könne.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

In der Debatte tritt Stephan Harbarth ans Mikrofon, CDU-Abgeordneter aus Heidelberg. In der CDU denken manche wie die AfD, vor allem die Innenminister der Länder. Harbarth ist das egal. Für ihn ist der AfD-Antrag »eine Mischung aus Auslassungen und Halbwahrheiten«. Nichts begriffen hätten die Antragsteller vom Krieg in Syrien. Noch immer seien eine halbe Million Menschen in belagerten Städten eingeschlossen, viele verhungerten. Mit wem wolle die AfD überhaupt ihr Abkommen aushandeln? Mit Baschar al-Assad? Mit einem Regime, das nicht nur seine Gegner, sondern auch »wehrlose Kinder mit Giftgas« erstickte? »Assad werden die Freudentränen in die Augen schießen, wenn er Ihren Antrag liest.«

Später wird Stephan Meyer, der CSU-Mann aus Altötting, sagen, in Syrien ereigne sich nach wie vor »die größte humanitäre Katastrophe auf unserem Globus«. Der Sechs-Punkte-Plan der AfD sei »populistisch, weltfremd, abwegig und zynisch«. Zur Erinnerung: Die CSU ist jene Partei, die sich in Bayern oft nach AfD anhört. In der Zwischenwelt klingt sie mehr wie deren Gegenentwurf.

Ein Jahr lang, von Januar bis Dezember 2013, verfolgte der mittlerweile verstorbene Publizist und Moderator Roger Willemsen die Debatten im Bundestag. Das Buch, das er darüber schrieb, Das Hohe Haus, hielt sich monatelang in den Bestsellerlisten, wahrscheinlich weil viele eine Abrechnung mit der Politik erwarteten. Willemsen rechnete aber nicht ab, er schrieb auf, was er sah, und langweilte sich nicht selten auf der Zuschauertribüne. Jetzt reichen wenige Wochen, um zu wissen: Im Hohen Haus langweilt sich niemand mehr.

Und das liegt auch an Heiko Maas und Beatrix von Storch.

Als Maas Justizminister war, aber noch kein Abgeordneter, also die vier Jahre vor dem Wahltag 2017, durfte er sich nicht frei im Plenum bewegen, sich nicht, wie Kabinettskollegen das gern tun, zum Kurzplausch mit anderen auf eine Hinterbank zurückziehen. Er musste immer den kürzesten Weg zur Regierungsbank nehmen, durch den Eingang schräg gegenüber vom Büro der Kanzlerin. Er nimmt ihn immer noch, aus Gewohnheit. Nur muss er jetzt an den

Männern und Frauen vorbei, die ihn hassen.

Früh und scharf wie kein anderer Spitzenpolitiker hat Maas gegen Rechts mobilgemacht: Die Dresdner Pegida-Demonstrationen nannte er eine »Schande für Deutschland«, die AfD die »neue Heimat für Neonazis«. Hassmails und Fake-News, so kündigte er an, werde er per Gesetz aus dem Netz drängen. Sobald er das Plenum betritt, zischen die AfD-Abgeordneten: »Zensurminister.«

Der Platz von Maas ist in der ersten Reihe der Regierungsbank, direkt gegenüber der Abgeordneten Beatrix von Storch. Ist Maas da, greift die Fraktions-Vizin der AfD zum Handy und fotografiert. Wenn Maas mal zur Kuppel schaut oder sonst wie nicht ganz bei der Sache zu

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

sein scheint, schießt von Storch los. Die Bilder stellt sie später ins Netz, Botschaft: So arbeitet der Mann, der gegen uns hetzt. Ist Maas nicht da, knipst von Storch seinen leeren Stuhl – und postet aus dem Bundestag Nachrichten, aus denen AfD-Wähler sich ihr Weltbild zimmern: Die Systemparteien und ihre Minister machen sich einen links-grün-versifften Lenz.

Was tun? Sich aufregen? Von Storch öffentlich attackieren? Maas, der Lieblingsfeind der Rechten, weiß, dass dies nur der AfD nutzen würde. Also lässt er von Storch rechts liegen und hofft darauf, dass das Bundestagspräsidium das von ihm verhängte Fotoverbot auch durchsetzt. Von Storchs Hobbyfotos sind nicht die einzige Provokation, die Maas und mit ihm das gesamte Parlament aushalten muss. Im Wahlkampf hat ihn der AfD-Spitzenkandidat aus Thüringen, Stephan Brandner, als »Produkt saarländischer Inzucht« bezeichnet. Maas, pöbelte Brandner weiter, sei liiert »mit einer, ich hätte fast gesagt, abgetakelten, aber ich sage mal, mit einer überreifen Schauspielerin, mit einer Staatsfunk- und GEZ-Tussi«. Die Freundin von Maas heißt Natalia Wörner.

Stephan Brandner sitzt nun wenige Schritte von Maas entfernt im Bundestag. Maas wollte nie wissen, wie Brandner aussieht, den Namen hatte er aus seiner Erinnerung gestrichen. Hat nicht viel genutzt. Ende Januar tauchte der Name schlagartig wieder auf.

Die AfD setzte Brandner, einen Juristen von ihrem Rechtsaußenflügel, als Vorsitzenden des Rechtsausschusses durch, jenes Gremiums also, dem ein Justizminister Rede und Antwort stehen muss. Bleibt Maas im Amt, wird jede Begegnung mit Brandner zur Übung in Selbstbeherrschung.

Provozieren, Leute aufstellen, über die sich die anderen aufregen, die sie womöglich gar ablehnen, damit man sich als Opfer präsentieren kann – so macht das die AfD. Sie nominierte einen Finanzfachmann, der die Kanzlerin als »Merkelnutte« bezeichnet hat, für den Vorsitz des mächtigen Haushaltsausschusses. Ein zu sechs Monaten Haft auf Bewährung verurteiltes Mitglied der Hooligan-Szene leitet nun den Tourismusausschuss. »Mir wird übel, wenn ich sehe, wen die da schicken«, meint eine Grüne. Er könne kotzen, sagt ein Sozialdemokrat.

Der Oberliberale Lindner sieht das nüchterner: »Das Opfer-Spiel der AfD mache ich nicht mit.« Es habe, sagt Lindner, keinen Zweck, die AfD zu bekämpfen, indem man sie ausgrenze und ihr parlamentarische Rechte vorenthalte. Das stärke sie nur. Das wirksamste Mittel sei, sie einzubinden. Deshalb habe die FDP die drei AfD-Kandidaten auch gewählt: »Jetzt sind die Ausschussvorsitzende, und jeder von ihnen hat die Gelegenheit, sich zu blamieren.«

Hohngelächter, Personal, das provoziert – die AfD kennt noch ein weiteres Mittel, mit dem man den Parlamentsbetrieb aufmischen kann: das kontaminierte Klatschen. Beifall spenden, um zu vergiften.

Kontaminiertes Klatschen geht so: Jeden Satz, der links von ihnen fällt und halbwegs zum

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

eigenen Programm passt, beklatscht die AfD-Wand voller Inbrunst. Wird viel geklatscht, brechen Unruhe und Verunsicherung aus. Darf man irgendetwas sagen, das die AfD gut findet? Das kontaminierte Klatschen funktioniert ganz wunderbar, etwa bei den Aussprachen über die Auslandseinsätze der Bundeswehr. Jedes Nein von ganz links beklatschten die von ganz rechts so lange, bis Sozialdemokraten fragten, ob es den Linken nicht zu denken gebe, wer ihnen da zujubele. Ihr Ziel hat Gaulands Truppe damit erreicht: die anderen darüber streiten lassen, wie AfD sie sein wollen – oder schon sind. AfD wirkt.

Luise Amtsberg schaut jetzt immer zu Boden. Früher, in der Vor-AfD-Zeit, war das anders. Erhobenen Hauptes lief sie durch die Eingeweide des Parlamentsbetriebes, durch das Tunnelsystem, das Parlament und Abgeordnetenbüros miteinander verbindet, bereit, jeden zu grüßen. Waren ja alles Menschen, die, bei noch so großen Unterschieden, für Anliegen stritten, die man respektieren konnte. Vorbei. Jetzt heißt es Augen auf den Boden.

Amtsberg, eine 33-jährige Islamwissenschaftlerin mit hellblonden Haaren, verkörpert die maximale Distanz zur AfD: Sie ist die flüchtlingspolitische Sprecherin der Grünen. Alles, wovon sie überzeugt ist, hält die AfD für Teufelszeug, für bestens geeignet, die »Umvolkung« Deutschlands voranzutreiben. Und alles, was die AfD zu Flucht, Islam und Ausländern sagt, macht aus Amtsberg eine Frau, die nach unten schaut. Weil sie nicht erblicken will, was sie nach wenigen Monaten schon nicht mehr sehen mag.

Amtsberg hat zuletzt viel zu hören bekommen. Deutschland werde »geflutet mit Geringqualifizierten«, »das eigene Volk ausgetauscht«. »Wirtschaftsscheinasylanten« lösten »die gewachsenen Nationalstaaten auf«. Die Flüchtlingspolitik der »Systemparteien« sei ein »Aufbauprogramm für Clanbildung«, »das deutsche Volk« werde »durch Masseneinbürgerung von nicht qualifizierten Fremdstaatlern aller Kulturen demnächst mittels Wahlrecht entmündigt«. Das alles hörte Amtsberg nicht etwa in den vier langen Monaten seit der ersten Sitzung des neuen Bundestages. Sie hörte es in den wenigen Minuten, die der AfD-Abgeordnete Gottfried Curio am 22. November bei der Debatte über ein Einwanderungsgesetz redete. Seitdem hat Amtsberg dazugelernt. Sie weiß jetzt, dass die AfD, nachdem Katarina Barley über das ElterngeldPlus berichtet hat, fragen wird, was die Familienministerin zu tun gedenke, um die Gewalt von Flüchtlingen gegen deutsche Mädchen zu beenden. Sie weiß jetzt, dass die AfD, wenn über Frauenrechte debattiert wird, »im Zuge der fortschreitenden Islamisierung Europas« in ihren Reden eine »Vielzahl von feindlichen Fremden« aufmarschieren lässt, die »interkulturelle Tragödien« verursachen, bei denen »beinahe täglich Frauen Opfer werden«. Sie weiß jetzt auch, dass für die AfD, wenn es im Bundestag um Tierschutz geht und vom Schächten die Rede ist und die »Digitalisierung der Landwirtschaft« auf der Tagesordnung steht, »die Bauern die Hauptversorger des deutschen Volkes« bleiben müssen.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Das alles hat Amtsberg am 17. Januar gelernt. Da wusste sie aber bereits, dass mit jedem AfDler, der ans Mikrofon schreitet, immer auch »das deutsche Volk« die Bühne betritt. Und bei einer Debatte über gesunde Ernährung zusätzlich »das deutsche Brot«.

Am Tag darauf, dem 18. Januar, wird es Amtsberg dann doch zu deutsch. Als die AfD ein »Gesetz zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes« einbringt, zitiert Amtsberg in ihrer Rede aus deren Entwurf. Humanitäre Verpflichtungen seien allein »am vitalen nationalen Interesse, an Bestand und Erhalt des deutschen Volkes« auszurichten. Mitgefühl nur, wenn es nutzt?

Menschsein nur, wenn die Deutschen profitieren?

Amtsberg empört das, die Denkweise, die Haltung, der Auftritt. Sie appelliert »an alle anderen hier«, sich »diesem völkischen Geist konsequent entgegenzustellen« – und zerpflückt dann die Behauptungen der AfD: Millionen neuer Nichtqualifizierter, die ins Land strömen? Ein deutscher Sonderweg beim Familiennachzug, wo doch Belgien, Frankreich, die Niederlande, Spanien, Italien, Großbritannien viel weiter gehen? Syrische Väter, denen die Sicherheit ihrer Kinder und Frauen egal ist? »Mich würde wirklich interessieren, auf welcher Grundlage Sie so eine böartige Behauptung aufstellen«, sagt Amtsberg und nennt Experten, Studien, Zahlen, die all die Behauptungen der AfD widerlegen.

Die Dinge erklären, Zusammenhänge darstellen, den einfachen Gewissheiten Genauigkeit entgegensetzen – und das mit Leidenschaft vortragen: Amtsberg zeigt an diesem Tag, wie man der AfD beikommt. Und die Debatte signalisiert, dass ein Parlament, in das ständig Gift geträufelt wird, lebendiger werden kann.

Wenn Amtsberg an die nähere Zukunft denkt, graut ihr, vor allem vor den Ausschuss-Fahrten. Bei solchen Fahrten reisen die Abgeordneten eines Ausschusses zu den Problemen, mit denen sie sich beschäftigen. Wenn sie etwa ein Flüchtlingslager in Jordanien besuchten, so galt der Grundsatz: Mit jedem Kilometer, den sich die Gruppe gemeinsam von Berlin entfernt, schwinden die politischen Unterschiede. Amtsberg sah sich stets als Teil einer Gruppe, die gemeinsam Deutschland vertrat, es herrschte ein Gemeinschaftsgefühl, das alle einschloss. »Mit einem AfD-Mann im Ausschuss geht das jetzt nicht mehr«, sagt Amtsberg. Selbst wenn der persönlich nicht unsympathisch wäre. Wie soll man Gemeinschaft fühlen, wo es keine gibt? Die AfD nicht ausgrenzen und sie dadurch klein halten – aber um jeden Preis? Wo liegt die Grenze? Für Luise Amtsberg exakt da, wo die Selbstachtung beginnt.

Vier weiße Wände, ein Schreibtisch, eine Kaffeemaschine. Besucht man Rüdiger Lucassen in seinem Büro-Provisorium, denkt man rasch, dass die Grüne Amtsberg ihn persönlich wohl nicht unsympathisch fände. Ein einzelner Baustein kann ja viel freundlicher wirken als die Wand, zu der er gehört. Der 66-Jährige, erst seit zwei Jahren in der AfD und nun ihr Obmann im Verteidigungsausschuss, räumt erst mal ein, dass längst nicht alle in seiner Familie begeistert

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

darüber seien, in welcher Partei er eine späte politische Karriere erlebe. Manche Unionskollegen störten sich da weniger dran. Die begrüßten es – natürlich nur, wenn niemand sonst zuhöre –, dass einer wie er nun da sei, erzählt Lucassen. Einen Ex-Oberst im Generalstab, der 34 Jahre Bundeswehr hinter sich hat: So einen

gab es im vorigen Verteidigungsausschuss nicht.

Lucassen hat einen interessanten Blick auf die ersten Monate der AfD im Bundestag. Das Hohngelächter? Natürlich gebe es das, es richte sich aber nicht gegen Schicksale betroffener Menschen, sondern gegen den Stil der anderen. »Da wird permanent versucht, die Leute mit Emotionen zu überwältigen. Wie kann man so Politik machen?«

Die Dauerpräsenz? Nun, die AfD wolle schon kritisch hinterfragen, warum es in anderen Fraktionen oft große Lücken gebe. Außerdem orientierten sich die AfD-Abgeordneten daran, dass ihre Chefs stets Flagge im Plenum zeigten: »Bei der Bundeswehr nennt man das: Führen von vorn.«

Die Ausschussvorsitzenden? Nein, die Auswahl sei keine Provokation. Sicher habe etwa Stephan Brandner einen harten Wahlkampf geführt, doch da überzögen alle. »Seine Kritik bringt Herr Brandner intern so unverblümt an wie nach außen. Er ist offen und sehr direkt – das schätze ich.«

Das Völkische? Als Nationalkonservativer spreche er sehr bewusst vom deutschen Volk, warum auch nicht? Wenn das nach jeder AfD-Rede reflexhaft als »Nazi-Jargon« verunglimpft werde, wirke dies »nur noch lächerlich«. Schließlich stehe ja auch über dem Westportal des Reichstages in großen Lettern, wem das Parlament verpflichtet sei: »Dem deutschen Volke.«

Die Attacken der anderen seien Ausweis einer Verunsicherung: »In der AfD haben wir ein klares politisches Koordinatensystem – und das macht den anderen Angst.«

Es ist nicht die AfD, die provoziert. Es sind die anderen, die sich durch die Anwesenheit der AfD provoziert fühlen. Darin sieht Lucassen die Ursache der aufgeladenen Stimmung im Bundestag.

Angela Merkel war in den ersten Sitzungswochen nicht allzu oft da. Jamaika, Groko, Europa, Trump, der Karneval. Fürs Debattieren blieb da wenig Zeit. Aber das hat sie ja noch nie gemocht.

Merkel ist die Großmeisterin einer Politik ohne Worte. Probleme erkennen, auf Sicht fahren, und wenn mal wieder jemand eine große Rede einfordert – einfach ignorieren. Die Politik ohne Worte trifft nun auf ein Parlament, in dem es zur Sache geht, auf einen Bundestag in Debattierwut. Wenn die Kanzlerin auf ihrem Kanzlerstuhl sitzt, gleich links neben dem Bundestagspräsidium, kann sie all das genau beobachten, sie hat den besten Platz. Sie sieht

dann, dass sich ihr Stil überlebt hat.

Und dass die Ära Merkel ihrem Ende entgegengeht.

Pünktlich auf die Sekunde trifft Christoph Weemeyer im Café neben dem Bundestag ein, Genauigkeit ist wohl Berufskrankheit eines Stenografen. Wofür steht das nun alles, die größeren Ausschläge, die heftigeren Erschütterungen, will man von Weemeyer wissen, dem Seismografen der Politik. Er schweigt erst mal. Und dann kann man zusehen, wie er darüber nachdenkt, wie sich ein verbeamteter Staatsdiener dazu äußern soll und wie nicht. Ein Erdmännchen-Alarm der anderen Art. Weemeyer entscheidet sich schließlich dafür: »Es geht schon deutlich lebhafter zu als in der letzten Legislaturperiode.«

Nur fürs Protokoll: Stimmt.

Zeit zu gehen?

Wenn Angela Merkel abtritt, steht nichts mehr zwischen den Deutschen und der Wirklichkeit. Sie sind darauf nicht gut vorbereitet

Von Bernd Ulrich, DIE ZEIT, 28.06.2018

Am besten, wir fangen schon mal an, uns nach ihr zurückzusehnen. Nach dieser starken Frau, dieser unvergleichlichen Politikerin und großen Kanzlerin. Denn ihre Macht neigt sich dem Ende zu, spätestens wenn sie in gut zwei Jahren beim CDU-Parteitag auf eine weitere Kandidatur verzichtet. Vielleicht aber schon viel schneller. Nächste Woche oder so.

Wer den Schaden hat, der zieht nicht nur den Spott auf sich, der ist auch immer schuld. So jedenfalls sieht es eine politische Öffentlichkeit, die von Schicksal für gewöhnlich nichts wissen will, die mit dem Unausweichlichen so ungern hantiert, weil es kein Besserwissen ermöglicht, sondern zur Demut zwingt. In diesem Fall geht es jedoch noch um mehr: Nur wenn dies keine Krise der Republik ist, sondern vor allem IHRE Krise, nur wenn es an IHREN Fehlern liegt und nicht an einer historischen Lage, in der das Richtige kaum mehr auszumachen und noch schwerer durchzusetzen ist, nur wenn man sich vorstellen darf, dass jemand anderes mit weniger oder zumindest anderen Fehlern es deutlich besser machen würde – nur dann kann Deutschland endlich wieder ruhig schlafen.

... kalt ist der Abendhauch ...

Ebendarum muss die Frau an der Macht irgendetwas Entscheidendes falsch gemacht haben. Nur, was könnte das sein?

Hätte sie vielleicht nicht wieder antreten sollen, wie nun viele sagen? Ende 2016, als Merkel sich gegen mächtige innere Widerstände dazu entschloss, sah die Welt so aus: Trump im Anmarsch, Marine Le Pen auf dem Vormarsch, die Briten auf dem Abmarsch. In einer solchen Lage hätte man es der mächtigsten Frau des Westens

garantiert als Flucht ausgelegt, alle Macht von sich zu schleudern – nur für den eigenen politischen Biorhythmus gewissermaßen. Außerdem hatte Angela Merkel mit dem unangekündigten Offenlassen der deutschen Grenzen im September 2015 eine demokratische Hypothek auf sich geladen, die nach einer nachträglichen Begleichung durch eine Bundestagswahl geradezu schrie. Das kann der Fehler also nicht gewesen sein.

Und die Entscheidung vom 4. September 2015 selbst? War das nicht der große, schicksalhafte Fehler der Angela Merkel?

Das mag einem heute so vorkommen, weil alles, was seither schief lief, jedem ins Auge sticht, während die möglichen Folgen der gegenteiligen Entscheidung in den Nebeln des Hypothetischen verschwinden. Wie lange hätte man die Grenze wohl geschlossen halten können? Hätte es Jagdszenen in Niederbayern gegeben? Hätten in Europa alle mit dem Finger auf die hartherzigen, wohlstandsgeizigen Deutschen gezeigt? Und wenn damals nicht die Fähigkeit der Deutschen zur Empathie überfordert, sondern ihre Bereitschaft zur Härte voll ausgereizt worden wäre, wo stünde dieses Land dann heute?

Hätte, wäre, wenn – wir wissen es nicht, wir spüren es nicht, wir schmecken es nicht. Und darum sieht Merkels Entscheidung heute aus wie ein glasklarer Fehler. Doch womöglich wäre alles andere noch viel falscher gewesen.

... und in der Dämmerung Hülle ...

Ja, die Amtszeit von Angela Merkel geht in diesen Wochen zu Ende, metaphysisch, emotional und über kurz oder lang auch operativ. Doch wer diesen Vorgang wirklich verstehen will, der sollte bei ihren Stärken ansetzen, bei der Faszination Merkel und bei der Frage: Wie konnte es eine politikferne Physikerin aus der abgeschotteten DDR innerhalb weniger Jahre zur gesamtdeutschen Spitzenpolitikerin und in drei langen, drangvollen Jahrzehnten zu einer der großen Kanzlerschaften Nachkriegsdeutschlands bringen (durchaus in einer Reihe mit Helmut Kohl, der sie erst förderte und dann verachtete)?

... der weiße Nebel wunderbar ...

Als ich Angela Merkel vor mehr als zwanzig Jahren kennenlernte, fielen mir zunächst zwei Dinge ins Auge: ihr schneller und neugieriger Verstand sowie ihre allgegenwärtige Scherzbereitschaft. Etwas Drittes bemerkte ich zunächst nicht – das Fehlen von Präntion, einfach weil Merkel zu dem Zeitpunkt noch eine eher unwichtige Ministerin für Umwelt war, also keinen Grund hatte, abgehoben oder selbstverliebt zu sein. Doch – und hier beginnt das Wundersame – auch in ihrer Zeit als Kanzlerin verlor sich Merkels abnorme Begabung, normal zu sein, nicht wirklich. Sie hielt und hält sich recht wenig mit sich selber auf, alle Energien sind frei für das, was eben ansteht.

Darin liegt womöglich das tiefste Geheimnis ihres verblüffend raschen Aufstiegs wie ihres noch überraschenderen Durchhaltens: Energie sparen. Merkel demütigt nicht, sie lässt sich nicht demütigen, gegen das Schleichgift der Rache ist sie immun; sie muss nicht täglich oder stündlich ihr Ego begießen, wie es bei ihren Vorgängern der Fall war; diese Frau sitzt nicht ständig auf einem Thron des Rechthabens, von dem sie nur unter großer Anstrengung Dritter heruntergeholt werden könnte. Auch in ihrem engsten Umfeld wird mit wenig Angst und wenig Gockelei zur Sache gesprochen. Das, was ich davon erleben konnte, hatte ich zuvor und woanders noch nicht gesehen, Merkel verbrauchte ihre Mitarbeiter nicht, sie ließ sie leben. Auch ihr Verhältnis zu Journalisten wurde meines Wissens nie so eng, dass es anstrengend hätte werden können. Leider aber sparte sie stets auch an der Energie, ihre Politik dem Volk zu erklären.

Was mir ebenfalls spät auffiel: Es handelt sich bei der Methode Merkel um eine Weltneuheit in der Politik. Frauen an der Macht hatte es schon zuvor gegeben. Aber keine genuin weibliche Politik.

Politik wird gewöhnlich mit Eitelkeit und brutalem Machtstreben, mit Besiegenwollen assoziiert. Bei Merkel konnte man lernen: Es geht auch (fast) ohne. Was bleibt ist – reine Politik.

Merkel war über ein Vierteljahrhundert lang ein Wunder an politischer Effizienz. Einen Steinbrück beispielsweise hätte es schon wegen seines enormen Eitelkeitsabriebs viel früher dahingerafft, auch einen Gabriel, der täglich mit sich ringt und nicht immer gewinnt. Vielleicht hat noch nie zuvor ein mächtiger Mensch über

einen so langen Zeitraum so viel schiere Politik gemacht, eine vergleichbare Menge an Problemen in Lösungen verwandelt, mehr Macht aus seiner Macht generiert.

... wie ist die Welt so stille ...

Man muss sich all dies vor Augen führen, um zu verstehen, warum das System Merkel nun kollabiert. Im Nachhinein, und da befinden wir uns wohl schon, ist klar, dass die Kanzlerin ihren Landsleuten mit dieser Hyperpolitik die Wirkungen des Epochenbruchs lange erspart, sie zumindest abgemildert hat. Denn das ist natürlich die Geschichte hinter ihrer Geschichte: In diesen dreizehn Jahren ihrer Macht beginnen der Abstieg und die Auflösung des Westens, in dieser Phase stößt die Menschheit mehr und mehr an ihre ökologischen Grenzen.

Angela Merkel vermochte diese historischen Bewegungen immer wieder in kleinteilige Prozesse zu überführen. Putins Offensive an der Ostgrenze der Nato, eine katalysierende Antwort auf den westlichen Machtverlust – wurde in einer endlosen Minsker Verhandlungsrunde von Angela Merkel gewissermaßen durch Sitzenbleiben gestoppt, Stoizismus gegen Panzer.

Der Grundwiderspruch zwischen der absurden deutschen Mobilitätskultur und den Erfordernissen des Klimaschutzes – wurde von Merkel in Brüssel wegverhandelt (gut, es brauchte dann noch betrügerische Software); der Zusammenbruch des irren Börsenkapitalismus – wurde von Merkel (und Steinbrück) durch ein Versprechen gestoppt, die Folgen für den Euro ließen sich später, im Sommer 2015, wiederum in nächtlicher Sitzung begrenzen, sogar die Griechen durften bleiben.

... und unsern kranken Nachbarn auch ...

Angela Merkel hat den Deutschen unglaublich viel Geschichte erspart – und sie dabei geschichtsunwillig und geschichtsunfähig werden lassen. Insofern nimmt es nicht Wunder, dass der Aufstand gegen sie nun aus dem Geist des Provinzialismus kommt, aus dem tief empfundenen Wunsch, Österreich zu sein, Ungarn oder Bayern, sich mithin so klein zu machen, dass alle große Politik bitte schön woanders stattfinden möge. Eine kindliche Idee für einen Exportweltmeister und Hauptprofiteur der vormaligen westlichen Dominanz.

Schließlich geschah dann doch mehr große Geschichte, als selbst eine Angela Merkel klein arbeiten konnte. Der Auto-Klima-Bluff flog zu beiden Seiten hin auf – als Krise der Autoindustrie wie auch als Verfehlen der Klimaziele; die russische Destabilisierung der europäischen Außengrenzen im Osten und im Süden lässt sich nicht allein in Nachtsitzungen stoppen, ohne richtig teure Aufrüstung geht es nicht.

Und schließlich das von Wolfgang Schäuble so titulierte »Rendezvous mit der Globalisierung«: die Flüchtlingskrise. Da ließ die Frau, die uns die Welt vom Halse gehalten hatte, mit einem Schlag und ohne Ankündigung so viel Welt ins Land, dass es den Deutschen zuerst die Sprache verschlug und dann wie ein bitterer Verrat vorkam. Dass daraufhin die AfD ins deutsche Parlament einzog, ist freilich mehr als nur ein dunkler Rand dieser Kanzlerschaft, es ist ein tiefgreifender Wandel der Republik.

Angela Merkel hat den Deutschen nie einen Rosengarten versprochen. Aber sie hat ihnen einen gepflanzt.

Damit wurde auch ein tiefer Grundwiderspruch der Merkelschen Politik wie der deutschen Mentalität unerträglich. Stets hatte sie in Wahlkämpfen und in Koalitionsverträgen nur gradualistische Politik angekündigt, um dann mit der Kraft der unausweichlichen Krisen grundlegende Veränderungen durchzuführen. So war es bei der Energiewende, bei der Euro-Rettung und eben als die Flüchtlinge kamen, die gerade die von ihr geführte Bundesregierung so ausdauernd ignoriert hatte. Mit dieser Aktion war dieser Teil der Merkelschen Methode überdehnt, übernutzt, einfach vorbei.

Sie selbst wusste das und hoffte auf einen Anstoß von außen, um sich selbst ändern zu können, denn aus sich heraus vermochte sie es eben nicht mehr. Dreimal hat sie darauf gesetzt, dreimal wurde sie enttäuscht. Zu Beginn des Bundestagswahlkampfes 2017 sagte Merkel halb bang, halb vorfreudig, dass dieser Wahlkampf anders werden würde als alle vorherigen. Und tatsächlich zeigte der Schulz-Hype, dass da auch im Volk das Bedürfnis nach etwas ganz anderem loderte. Doch die Angstpartei SPD hat es vergeigt und ihren eigenen Wahlkampf rasch zum Einsturz gebracht. Merkel konnte, ja musste sein wie immer.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Die nächste Chance ergab sich durch Jamaika. In einer ganz neuen Koalition hätte Merkel auch noch einmal eine andere werden, hätte womöglich den Graben zwischen großer Geschichte und kleinteiliger Politik schließen können. Christian Lindner hat es verhindert; ob er dabei an den Epochenbruch dachte? – Man weiß es nicht.

Die dritte und letzte Chance ergab sich durch einen möglichen euphorischen Außenminister namens Martin Schulz. Der Ausgang ist bekannt.

Statt eines anders gearteten Gegenübers bekam Merkel ein Double, Olaf Scholz heißt es, ähnlich wortkarg wie sie, mindestens so kleinteilig, zudem noch mit dem festen Glauben, dass Hamburgpolitik ein gutes Modell sein könnte für Deutschlandpolitik und für Weltpolitik natürlich ebenfalls. Damit war und ist Angela Merkel eingeschlossen in eine überlebte Koalition und in eine überstrapazierte Methode.

Zeit zu gehen? Selbstverständlich. Aber doch nicht so. Nicht als Ergebnis dieses neoburschikosen Aufstands der Söders, Seehofers und Dobrindts mit ihrem unbeholfenen Machismo.

... wo ihr des Tages Jammer vergessen und verschlafen sollt ...

Härte zeigen, zurückweisen, abschotten, Ultimaten stellen, jaja – *in your dreams!* Absurd, zu denken, dass die hocheffiziente Methode Merkel ersetzt werden könnte durch die Renaissance eines mit Demütigung und Großsprecherei, mit Dezisionismus und hohlen Gesten arbeitenden, eben eines energieverwuchernden Politikstils. Auf Obama folgt Trump, auf Merkel folgt Söder, auf die Tragödie folgt die Farce? Wenn sich die CSU und ihre Sympathisanten in der CDU und in den Medien so richtig ausgetobt haben, dann werden sie merken, dass man Worte nicht essen, Grenzen nicht vollständig verrammeln und als Merkel-Meuchler keine Mehrheiten gewinnen kann.

... der Wald steht schwarz und schweiget ...

Nein, das Problem der Nach-Merkel-Republik liegt nicht rechts von ihr, sondern auf der anderen Seite des politischen Spektrums: Es gibt keine liberale Alternative zur Methode Merkel.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Das beginnt schon beim liberalen Teil der CDU. Annegret Kramp-Karrenbauer scheint Merkel inhaltlich, aber eben auch im Wie zu ähnlich zu sein, von Ursula von der Leyen zu schweigen. Die SPD ist vor Angst gelähmt, sie hat die Ära Merkel fast nur damit verbracht, die Ära Schröder aufzuarbeiten, und dabei jeden Ansatz einer alternativen Politik aufgegeben. Sigmar Gabriels verzweifelte Versuche, auf andere Art Politik zu machen, gehen als bloß persönliche Schrulle in die Erzählung der Partei ein. Die FDP mäandert unter ihrem sichtlich überforderten Chef, und die Grünen wagen den angekündigten Sprung zur führenden Partei im linken Spektrum bisher nicht.

Alle Berliner Spitzenpolitiker, mit denen man in diesem unheimlichen Sommer sprechen konnte, verfügten über ausgefeilte Dreijahrespläne, zielend auf eine reguläre Bundestagswahl im Jahr 2021. Dreijahrespläne allerdings setzen eine derartige Regelmäßigkeit und Beschaulichkeit voraus, dass es schon fast an Wirklichkeitsverweigerung grenzt. Nun geht ihnen alles zu schnell.

Wenn Merkel demnächst geht, steht nichts mehr zwischen den Deutschen und der Wirklichkeit. Und darauf sind sie nicht vorbereitet.

Die Kanzlerin wird gewiss eine neue Aufgabe finden, wie man hört, hat sie schon ziemlich genaue Vorstellungen. Das Land ohne Merkel aber noch nicht.

(Die kursiven Zitate stammen aus dem »Abendlied« von Matthias Claudius)

„Geil“

Robert Habeck will die Grünen zur Volkspartei machen. Dafür mutet er ihnen Debatten über Gentechnik und Patriotismus zu. Wie weit kann er gehen?

Von Christoph Hickmann, Der SPIEGEL 11.08.2018

An einem Montag im Juli zeigt sich, dass für Robert Habeck eigene Gesetze gelten. Habeck sitzt in seinem Büro in der Berliner Grünenzentrale, vor sich ein paar Hauptstadtjournalisten, neben sich die grüne Europapolitikerin Ska Keller. Es soll um Keller und ihre Kandidatur bei der Europawahl im nächsten Jahr gehen, doch Habeck hat zu einem längeren Monolog angesetzt. Als er fertig ist, sagt er: »So, ich muss jetzt los, die Ska macht noch 'n bisschen weiter.«

SHAPE * MERGEFORMAT Er dreht sich zu Keller. Sie trägt ein rotes Kleid, das ihre Oberarme freilässt, auf den linken Oberarm ist ein Drache tätowiert. Habeck streckt die Hand aus und fährt mit seinem Daumen über den Drachen auf Kellers Haut, einmal von oben nach unten. »Ich wollt schon immer mal den Drachen anfassen«, sagt er.

Kurzer Blick in den Raum: kein Zeichen der Irritation, nicht bei den Journalisten, nicht bei der Pressesprecherin, nicht bei Keller. Die lächelt nur und sagt: »Beißt auch nicht.« Da ist Habeck schon an der Tür. »Tschüs, schöne Sommerferien!«

#MeToo? War da was?

Man stelle sich kurz vor, Christian Lindner oder Horst Seehofer hätten solch einen schlüpfrigen Auftritt hingelegt. Man hätte danach viel Empörtes über mittelalte weiße Männer lesen können, die sich nicht im Griff haben. Doch in den Zeitungen findet sich am nächsten Tag nichts, auf Twitter auch nicht, keine Empörung, nirgends.

Anruf bei Ska Keller: War das nicht eine seltsame Szene?

Ach so, sagt Keller, nee. Also, sie könne schon verstehen, warum das für Außenstehende seltsam ausgesehen haben könnte, aber man habe vor dem Termin intern über ihre Tattoos gesprochen und gewitzelt, dass sie sich ja eigentlich eine Europafahne tätowieren lassen müsste, und deswegen sei das gar nicht seltsam gewesen, alles in Ordnung mit dem Robert und ihr.

Der Robert halt. Der darf das.

Robert Habeck, Vorsitzender der Grünen, darf in seiner Partei gerade so ziemlich alles. Er darf in dieser Partei, die immer auf der Trennung von Regierungs- und Parteiamt bestanden hat, noch ein halbes Jahr lang Landesminister in Schleswig-Holstein bleiben, obwohl er schon Ende Januar zum Grünevorsitzenden gewählt wurde. Er darf in einer Partei, die seit Jahrzehnten den Flügelkampf zwischen Realos und Fundis zelebriert, ungestraft verkünden, dass die Parteiflügel keinerlei Rolle mehr spielen. Und er darf, in Anwesenheit von Journalisten, den Drachen anfassen.

Es war schon immer so, dass Habeck gern Dinge getan hat, die man in der Politik im Allgemeinen und bei den Grünen im Besonderen eher nicht tut. Dass er Wert darauf legte, ein bisschen anders zu sein, anders aufzutreten, anders zu sprechen. Er darf das auch jetzt noch, als Bundesvorsitzender, weil er ein Projekt hat: die Grünen zur Volkspartei zu machen.

Es hat in den vergangenen Jahren immer mal wieder so ausgesehen, als könne den Grünen dieser Sprung gelingen, doch nie seit der Reaktorkatastrophe von Fukushima 2011 war die Gelegenheit günstiger als jetzt. Das Parteiensystem ist im Umbruch, zementierte Rangfolgen bröseln, alles fließt. Die SPD regiert mal wieder um ihr Leben, aber manches spricht dafür, dass sie als mittig-linke Volkspartei dauerhaft ausfallen könnte. Habeck hat die Chance erkannt. »Wenn die SPD eine Lücke klaffen lässt, dann müssen andere sie schließen«, hat er im Mai der »Zeit« gesagt: »Wir.« Das sage er »in aller Demut«.

Aber demütig war daran nichts. Es war eine Kampfansage. Habeck will die SPD ablösen als stärkste Partei der linken Mitte. Gelänge ihm das, wäre er ein ebenso legitimer Kanzlerkandidat wie, mal ins Unreine gesprochen, Olaf Scholz.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Die Sozialdemokraten haben die Gefahr erkannt, ihre Spitze registriert genau, was Habeck sagt und tut. Zum Beispiel, dass er viel über Gerechtigkeit redet. Das hat Jürgen Trittin zwar auch getan, doch der gehörte zum linken Flügel der Grünen. Habeck zählt zu den Realos. Außerdem redet Habeck gern über Zahlen, was Politiker öffentlich eigentlich nie tun. Einmal, an einem Sommerabend, spricht er bei einem Auftritt über Umfragen und das Potenzial der Grünen, er sagt: »12 Prozent oder 14 Prozent oder wo auch immer das für uns Grüne noch hingehen kann.«

Ein anderes Mal weist er wie beiläufig darauf hin, dass die Grünen in Schleswig-Holstein »von der 6- zur 16-Prozent-Partei« geworden seien. Sie regieren dort mit CDU und FDP, also in jenem Jamaikabündnis, das im Bund nie zustande gekommen ist. Einige Zeit später stehen die Grünen dann in einer Umfrage bundesweit bei 15 Prozent. Fast auf Augenhöhe mit der SPD.

Robert Habeck, Norddeutscher, Doktor der Philosophie, verheiratet, Vater von vier Söhnen, ist ein 48 Jahre alter Mann, der immer gerade so nachlässig angezogen, frisiert und rasiert ist, wie man das nur mit einem gewissen Aufwand hinkommt. Er trägt gern Armbänder, die er, so erzählt er es, unterwegs finde, das derzeit aktuelle habe er in München auf dem Boden gefunden, als er zur S-Bahn ging. Im Netz veröffentlicht er gern Fotos von sich, auf denen er in die Ferne schaut und sehr nachdenklich aussieht, im Hintergrund sieht man immer mal wieder das Meer.

Habeck hat längere Zeit als Schriftsteller gearbeitet, auch als Politiker schreibt er immer noch viel. »Kant hat mir die Kritik beigebracht und Camus den Zweifel«, dieser Satz stammt von Habeck und nicht von Richard David Precht.

Wenn Habeck Parteifreunde begrüßt, die er noch nie gesehen hat, sagt er mit seiner überraschend hellen Stimme: »Hallo, schön, dass du da bist.« Weibliche Grüne lächeln dann besonders breit. Einmal, nach einem Auftritt in Bielefeld, seufzt eine gepflegte ältere Dame im Publikum, er sei »ein neuer Stern am Himmel«.

Habeck hat vieles, was man derzeit braucht, um weit zu kommen in der Politik. Dazu gehört auch, nicht schon immer Politiker gewesen zu sein. Donald Trump hat daraus genauso Kapital geschlagen wie Emmanuel Macron. Und obwohl man Habeck seit fast einem Jahrzehnt als Berufspolitiker bezeichnen kann, geht er in der

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

öffentlichen Zuschreibung noch immer als Schriftsteller durch. Er selbst kultiviert diesen Eindruck, wo er kann. Einmal, bei einer Podiumsdiskussion, kritisiert er die Rituale von Parteitag, bei denen man sich hinstellen und sagen müsse: »Wir, die Grünen, wir sind die allergeilsten Elche auf der ganzen Welt, die anderen haben alle keine Ahnung«, und dann wird man gewählt.«

Wie viel Distanz von der Politik geht in der Politik? Das ist die eine Frage, die sich bei Habeck stellt. Die andere Frage betrifft sein großes Ziel, das Projekt Volkspartei. Kann ihm gelingen, woran die FDP einst mit ihrem »Projekt 18« gescheitert ist: der Sprung aus der Nische?

Zum Ende dieses Monats wird er das Amt des Umwelt- und Landwirtschaftsministers in Schleswig-Holstein abgeben, dann ist er nur noch Parteichef. Dann ist die Handbremse weg, das Pendeln zwischen Kiel und Berlin. Dann geht es richtig los.

»Aaaaah, nee!« Habeck schreit auf, er hat die Nase des Hubschraubers mit einem Ruck nach oben gezogen, vor der Frontscheibe ist jetzt nur noch Himmel zu sehen. Das ist glücklicherweise ungefährlich, weil Habeck nicht in einem echten EC 135 sitzt, sondern nur im Simulator, doch die Bilder, die vor ihm im Cockpit eingespielt werden, wirken ziemlich realistisch. »Uaaaah! Boah, is das krass, ey!« Er bringt die Maschine in die Ausgangslage, vor ihm ist wieder Landschaft zu sehen, Felder, Bäume.

Habeck ist an diesem heißen Tag im Juli zu Besuch bei der Hubschrauberausbildung der Bundeswehr in Bückeburg. Er hat mit Soldaten gesprochen, der kleine Simulatorflug ist der letzte Programmpunkt. »Könnten Sie auch Mali einspielen?«, fragt er den Major neben ihm.

»Ja«, sagt der Major.

»Auch Kampfereignisse, also auch 'nen Schuss, dem man ausweichen muss?«

»Ja.«

Man überlegt kurz, ob Habeck den Major als Nächstes bitten wird, ein kleines Schlachtszenario einzuspielen, ein bisschen Ballerei, als sich von hinten die örtliche

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Grünenvorsitzende ins Cockpit schiebt. Sie will Habeck zum nächsten Termin lotsen, aber der will noch ein bisschen fliegen. Nur noch ganz kurz.

Es ist ein großer Spaß, aber natürlich ist es mehr als das. Der Besuch ist ein kleiner Teil von Habecks großem Plan.

Ein Grüner bei der Bundeswehr, das ist auch zwei Jahrzehnte nach dem Kosovokrieg und Joschka Fischer noch immer ein bisschen so, als besuchte Andrea Nahles eine Investmentbank. Es ist ein Auftritt, wie Habeck ihn liebt: anders sein, neue Wege gehen. Raus aus dem Milieu.

Weil Habeck aber Habeck ist, reicht das noch nicht. Es muss, klar, eine Überhöhung her, eine Metaebene, sie lautet »Des Glückes Unterpfand« und stammt aus der deutschen Nationalhymne. Habeck und seine Co-Vorsitzende Annalena Baerbock haben sie als Titel für ihre diesjährige Sommertour ausgewählt. Einfach so eine Sommerreise, mit Betriebsbesuchen und Grillfesten? Nicht mit Doktor Habeck.

Stattdessen geht es um die ganz großen Fragen, um den Nationalstaat, um Mythen und Symbole und die Frage, ob sich diese Mythen auch von links vereinnahmen lassen statt nur von rechts. Es gibt Grüne, die das mindestens seltsam finden. Aber Habeck setzt sich ins Gras vor dem Hermannsdenkmal im Teutoburger Wald, besucht die Wartburg und lässt sich in der Frankfurter Paulskirche erklären, warum die erste demokratische deutsche Verfassung am Ende scheiterte. Drei Tage später besucht er das Hambacher Schloss, wo es einst um Freiheit und nationale Einheit ging.

Die Frage ist, ob all das funktioniert. Ob irgendwann Menschen die Grünen wählen, die sie bisher nicht gewählt haben. Zumindest hat man, wenn man mit Habeck im Land unterwegs ist, ein paar Begegnungen, die man mit Jürgen Trittin oder Renate Künast eher nicht gehabt hätte.

In Frankfurt am Main, wo Habeck nach der Paulskirche einen Drogenkonsumraum besucht, nimmt ihn am Ende, als keiner mehrinhört, der Polizeipräsident beiseite: »Schön, Sie mal kennenzulernen.«

In Bückeburg, wo Habeck die Soldaten besucht, kommt gleich am Kasernentor ein Hauptmann auf ihn zu. Er habe verfolgt, was Habeck so mache, sagt er, »drei

Talkshow-Auftritte in der letzten Woche!« Und, also, er müsse schon sagen, er finde das gut, wenn einer mal Klartext rede.

Und einmal, in Bielefeld, kommen abends derart viele Menschen zu einem Habeck-Auftritt, dass die Sache nach draußen verlegt werden muss, ins Open-Air-Kino nebenan. Um die 400 Leute sind es, an einem schönen Sommerabend.

Habeck erweckt bei solchen Gelegenheiten gern den Eindruck, der Auftrieb sei ihm unangenehm, peinlich. Einmal, als er sich in einer Fußgängerzone einem kleinen Auflauf von Menschen nähert, die alle auf ihn warten, sagt er: »Oh nee, schon wieder so viele Leute.« Als später ein junger Mann erklärt, er finde die Art, wie Habeck Politik mache, sehr »erfrischend«, wehrt Habeck ab: »Sagt mir das nicht«, sagt er. »Da wird man nur kirre im Kopf.«

Vielleicht ist das Koketterie. Vielleicht aber auch die Angst vor einem Hype. Habeck weiß, wie schnell es abwärtsgehen kann, er hat sich den Fall von Martin Schulz genau angesehen. Und Habeck sieht, dass bereits jetzt erstaunlich viele Leute für Habeck brennen.

Aber wofür brennt eigentlich Habeck?

»'n Kühlschrank, geil! Fährst du damit auch in Urlaub?« Es ist Anfang Mai, Kommunalwahlkampf in Schleswig-Holstein, Habeck sitzt hinten auf der Rückbank und inspiziert das Innere des Kleinbusses, mit dem ihn ein Parteifreund zur nächsten Veranstaltung fährt. Im Kühlschrank liegt Bier, aber jetzt macht sich Habeck erst mal über den Käse und das Brot her. Mit einem Messer schneidet er Scheiben vom Käse ab und schiebt sie sich in den Mund. »Geil!«

Habeck findet ziemlich viele Dinge »geil«. Für den Wahlkampf wünscht er sich »einen supergeilen Endspurt«, beim Gespräch in seinem Büro lobt er die »geilen Pflanzen«, und sein Ministerjob, klar, der ist sowieso ziemlich »geil«.

Robert Habeck hat die meiste Zeit seines Lebens getan, wozu er Lust hatte. Hat sich, als Jugendlicher, viel am Strand rumgetrieben, ist durch Europa gereist, hat studiert, früh Kinder gezeugt, ist aufs Land gezogen, in eine Art Bullerbü-Welt, und hat mit seiner Frau Bücher geschrieben. Es war ein Leben, wie es sich

Philosophiestudenten erträumen, aber selten zu leben wagen. Der Apothekersohn Habeck wagte es: das Maximum an Selbstverwirklichung.

Und die Politik? »Ich spürte eine Unzufriedenheit, einen Zweifel, ob ich es mir nicht in einer Nische des Selbstgesprächs zu bequem gemacht hatte«, schreibt Habeck über seinen Grundimpuls. Damals war er mit seiner Familie an der Grenze zu Dänemark sesshaft geworden.

Auf die Frage nach seinen Triebfedern kann er lange vom Kampf gegen den Klimawandel reden, über die Vermüllung der Weltmeere, und man darf ihm das abnehmen. Sein aktuelles großes Thema ist der Kampf um die liberale Demokratie. Habeck hat echte Anliegen, aber letztlich ist auch die Politik für ihn mindestens ebenso sehr: ein großer Spaß.

»Sicherlich ist Selbstdarstellungslust, vielleicht auch Eitelkeit oder gar Ruhmsucht, ein Motiv. Politik löst Leidenschaft aus, ist faszinierend«, schreibt Habeck in einem seiner Bücher. Das ist nicht neu, natürlich hat die Politik immer Menschen angezogen, die Freude daran haben, auf der Bühne zu stehen. Neu ist, wie offen Habeck diese Freude zur Schau stellt. Er muss sie nicht verbrämen, er zelebriert sie.

Habeck ist der idealtypische politische Vertreter einer Generation, die sich erstmals ganz der Selbstverwirklichung widmen konnte und zugleich die Selbstpräsentation zu einem natürlichen Teil ihres Alltags gemacht hat. Und jetzt, wo seine Söhne alt genug sind und ihr eigenes Ding machen, steht das nächste Kapitel an: Bundespolitik, Volkspartei, das große Rad. Und wieder: ein großer Spaß.

Man darf nur nicht den Fehler machen, den Spaß und die Lust mit Zufall zu verwechseln, mit Planlosigkeit. Im Frühjahr 2002 fährt Habeck, damals noch nicht einmal in der Partei, zu einer Kreismitgliederversammlung der Grünen in einem norddeutschen Landgasthof und kehrt als Kreisvorsitzender zurück: Kein anderer wollte es machen, also trugen sie ihm den Posten an. Ähnlich läuft es 2004 eine Ebene höher, Habeck wird Landesvorsitzender der schleswig-holsteinischen Grünen. 2009: Fraktionschef im Landtag, 2012: Minister und stellvertretender Regierungschef. 2018: Grünen-Bundesvorsitzender.

Habeck stellt es gern so dar, als habe sich das halt irgendwie ergeben, doch ohne einen überdurchschnittlich ausgeprägten Willen zur Macht legt niemand eine solche Karriere hin. Es ist wie mit den verwuschelten Haaren und den auf halb acht hängenden Hosen: Es soll mit Absicht unabsichtlich aussehen. Irgendwie cool.

Was den Machtwillen angeht, wäre Habeck genauso wie einst Gerhard Schröder imstande, an den Gitterstäben des Kanzleramts zu rütteln. Er würde nur nicht sagen: Ich will da rein! Habeck würde sagen: Is doch geil, lass mal gucken, ob die halten, die Stäbe! Notfalls könnte man dann ja hinterher erklären, das sei nur ironisch gewesen.

Einmal soll er in Kiel eine Wahlkampfveranstaltung einläuten, und zwar im Wortsinn, man hält ihm eine Glocke hin. Da sagt Habeck: »Ich wollte schon immer mal mit dem Kopf gegen 'ne Glocke hauen.« Er holt mit dem Oberkörper aus und verpasst der Glocke einen wuchtigen Kopfstoß. »Orrrrrr«, macht er und kneift kurz die Augen zusammen, danach verzieht er keine Miene mehr. Erst später im Auto sagt er, das sei eine »Scheißidee« gewesen mit der Glocke. Er habe Kopfschmerzen.

In solchen Momenten wirkt es, als fremdelte Habeck mit Habeck, als wäre Robert, der coole Typ vom Strand, gerade von seinen Strandkumpels beim Lernen mit den Klassenstrebern erwischt worden. Das wirkt seltsam unerwachsen, einerseits. Andererseits macht diese innere Distanz zur Politik, zu ihren Ritualen und Abläufen, einen Teil seiner Anziehungskraft aus. Und Habeck ist klug genug, das zu erkennen, weshalb man manchmal danebensteht und nicht so genau weiß, was jetzt eigentlich spontan ist und was kalkuliert.

Habeck hat nicht allein das Sagen bei den Grünen, als Bundesvorsitzender ist er Teil einer Doppelspitze, also letztlich ein halber Chef. Habecks Co-Vorsitzende heißt Annalena Baerbock, sie ist eine kluge, kundige Bundestagsabgeordnete, aber sie ist eben kein Popstar. Eine gewisse Dysbalance ist da angelegt, aber Habeck hat verstanden, was das heißt: bloß nicht den Macker raushängen lassen. Er schiebt Baerbock nach vorn, wo es nur geht, er betont, wie gut er mit der Annalena zusammenarbeite. Die beiden haben sogar ein gemeinsames Büro.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

»Joschka Fischer, der letzte Inbegriff des politischen Alphaniers, würde heute nicht mehr zu uns passen«, sagt Habeck. »Das nehme ich mal als Argument für mich, dass es nicht mehr drauf ankommt, wie viel Testosteron raustropft.«

Von Joschka Fischer ist allerdings nicht bekannt, dass er mal im Parlament einem Kontrahenten den Mittelfinger gezeigt hätte. Habeck hat das gemacht, im Kieler Landtag, die Geste galt der SPD. Hinterher behauptete er, er habe sich lediglich mit dem Mittelfinger auf den Bizeps geklopft. Ein anderes Mal lieferte er sich eine Pöbelei mit protestierenden Studenten. Hinterher erklärte er, er habe sich »in einer Art Großer-Bruder-Reflex« vor die kritisierte Bildungsministerin stellen wollen.

Aber meistens schafft es Habeck, verwuschelt-nachdenklich auszusehen. Er weiß, was in diesen Zeiten gefragt ist.

Fischer und Trittin haben den Zeitgeist geprägt, geformt, mühsam, in zähem Kampf, immer im Avantgarde-Modus. Habeck ist der Zeitgeist. Er verkörpert ihn, zumindest seinen mittig-linken Teil.

Trittin wollte fünf Mark für den Liter Benzin und brachte die Republik der Autofahrer gegen sich auf. Habeck dokumentiert auf Instagram, wie er versucht, auf Plastik zu verzichten. Dagegen können höchstens Leute etwas haben, die auch Jagd auf Eisbärenbabys machen würden.

Trittin war zufrieden, wenn er die richtigen Feinde gegen sich aufgebracht hatte, die Energiebranche, die Arbeitgeberlobby. Für ihn war es ein Kompliment, wenn die andere Seite ihn Kotzbrocken nannte.

Habeck hat sich zwar auch auf Bauertagen anbrüllen lassen, er hat sich in Schleswig-Holstein mit den Fischern angelegt, mit den Jägern. Aber es ging nie um den Kampf an sich, sondern darum, am Ende eine Lösung zu finden. Für Habeck ist es ein Kompliment, wenn die Schweinebauern sagen, dass der Habeck zwar leider die falsche Politik mache, man mit dem aber immerhin reden könne.

Habeck hat begriffen, dass man mit Avantgarde keine Volkspartei wird, weil eine Volkspartei nie überfordern darf.

Trittin war politisch immer ein bisschen so, wie die Sex Pistols Musik gemacht haben: rotzig, aggressiv, laut.

Habeck ist eher wie die Popband Coldplay: Man kann gut zuhören, ohne sich schämen zu müssen, weil die Grenze zum Kitsch zwar gestreift, aber selten überschritten wird. Aber irgendwann wird einem ein bisschen schwummrig, weil alles etwas bombastisch ist, mit sehr viel Hall.

Einmal, auf einer Autofahrt, sagt Habeck: »Kant gelesen habend, würde ich sagen: Die Befreiung des Menschen aus der selbst verschuldeten Unmündigkeit ist Rationalität.«

Während einer anderen Fahrt, nach Rostock, bereitet er sich auf seine Rede vor, als ihm ein Satz einfällt: »Wir haben nichts zu verlieren außer unserer Angst. Was für ein Zitat! Woher ist das? Rio Reiser?«

Der Pressesprecher, der am Steuer sitzt, sagt: »Ton Steine Scherben.«

Habeck googelt auf seinem Telefon. »Hab ich doch gesagt, Rio Reiser. Es ist aus ›Der Traum ist aus‹. Ganz wichtig, immer für die Indianer sein, nie für die Cowboys.«

Was auch immer das genau heißt. Manchmal liegt bei Habeck ein Hauch von Karl-Theodor zu Guttenberg in der Luft. Dessen Sätze klangen auch oft gut, aber hinterher fragte man sich manchmal, was genau er eigentlich gesagt hatte.

Am nächsten Morgen, einem Samstag, hat Habeck keine Lust. Abends vorher ist er spät aus Rostock zurückgekommen, jetzt geht es schon wieder mit dem Wagen los, nächster Parteitermin, diesmal wartet Neuruppin auf den Auftritt des Vorsitzenden. Habeck ist spät dran, er und der Pressesprecher sind später losgefahren, absichtlich. Jede Viertelstunde Privatheit zählt.

In Neuruppin legt Habeck dann einen soliden Auftritt hin. Nach einer Stunde und 25 Minuten sagt er: »Ich muss euch jetzt alleine lassen.« Dabei muss er nicht wirklich. Er könnte noch bleiben. Aber er will noch etwas vom Samstag haben. Auf der Rückfahrt wirkt er erleichtert.

Bei Parteiveranstaltungen wirkt es häufiger so, als wollte Habeck möglichst rasch weg. Zu den internen Treffen des Realo-Flügels ist er höchstens gegangen, wenn es sich wirklich nicht vermeiden ließ. Seit ein paar Jahren ist er Vegetarier, spöttelt aber gern über das vegane Essen auf Grünenveranstaltungen. Manchmal wirkt es, als

hätte Habeck die Grünen stets als imaginären Sidekick dabei, dem er bei Bedarf einen kleinen Nackenschlag verpassen kann. Ein paar Lacher gibt das immer.

Zwischen Distanz zur eigenen Partei und deren Verachtung liegt ein schmaler Grat. Macron hat ihn beschritten und wurde damit Präsident, aber er hat auch ein verwüstetes Parteiensystem zurückgelassen. Habeck hat aus der Distanzierung von der eigenen Partei eine regelrechte Masche gemacht, als er sich, damals noch nicht Vorsitzender, bei den Grünen um die Spitzenkandidatur für die Wahl 2017 bewarb.

Wie weit darf man also gehen?

»Macron bewegt sich da an der Grenze. Annalena und ich werden die Grenze nicht überschreiten«, sagt Habeck.

Aber ausreizen, so weit es geht.

Die Grünen wollen sich ein neues Grundsatzprogramm geben, im April legten Habeck und Baerbock ein erstes Papier vor, in dem sie ein paar Provokationen versteckt hatten – etwa die Frage, ob neue Technologien nicht helfen könnten, die Menschheit mit Nahrung zu versorgen. Gemeint war eine neue gentechnische Methode. Es war ungefähr so, als hätte Christian Lindner der FDP vorgeschlagen, Schlüsselindustrien zu verstaatlichen.

Seither passiert genau das, was Habeck sich gewünscht hat: Er wird auf beinahe jeder Parteiveranstaltung darauf angesprochen und manchmal beschimpft. Er sagt, die Grünen müssten sich mit technischen Entwicklungen auseinandersetzen. »Sonst werden wir irrelevant.«

Die Frage ist nur, ob die Grünen das auch so sehen. Sie sind eine sperrige, unbequeme Partei, die mal als Bewegung angefangen und nie so richtig aus dem Kampfmodus herausgefunden hat. Es ist nicht so, dass Winfried Kretschmann, der erste grüne Ministerpräsident, bei ihnen ein Held wäre. Er wird geduldet. Habeck weiß das. Er weiß, dass er Erfolg haben muss. Die Landtagswahl in Bayern ist der erste Test, bislang sieht es ziemlich gut aus.

Aber sind die Grünen hinterher eigentlich noch die Grünen? Was bleibt von ihnen und ihrem Kern übrig, wenn sie die Nische verlassen? Kann eine Partei über Patriotismus reden, deren Nachwuchsorganisation hinter jeder Ecke den Faschismus

hocken sieht? Und gehört nicht die strikte Ablehnung jeder Form von Gentechnik zum Genom dieser Partei?

Wer die Nische verlassen will, zahlt einen Preis. Wie hoch er ausfallen könnte, weiß niemand. Sicher ist nur, dass niemand besser geeignet wäre als Habeck, die Grünen aus der Nische zu führen.

Um im Bund mit der SPD zu regieren, brauchte die Partei den Machtmenschen und Pragmatiker Fischer. Um im konservativen Baden-Württemberg den Regierungschef zu stellen, brauchte sie den bis zur Verschrobenheit konservativen Kretschmann. Um so etwas wie eine Volkspartei zu werden, brauchen die Grünen wohl einen Mann Ende vierzig, der sich selbst ziemlich gut findet, so aussieht, als wäre er aus einem Jack-Wolfskin-Katalog gefallen, und es hinbekommt, Chef einer Partei zu sein, dabei aber zugleich immer ein Stück neben dieser Partei zu stehen.

Hambacher Schloss, ein Nachmittag im Juli, Habeck läuft über den Vorplatz zum Restaurant. Draußen sitzt unter einem Sonnenschirm ein altes Paar.

»Der sah so aus wie der eine von den Grünen da in Schleswig-Holstein«, sagt die Frau, als Habeck vorbeigelaufen ist.

»Günther?«, fragt der Mann. So heißt der Ministerpräsident von der CDU.

»Nee, der von den Grünen.«

»Jaja«, sagt da der Mann. »Ich komm jetzt nicht auf den Namen.« Aber das sei einer von den bekannteren Grünen. »Weil der eine fast liberale Meinung hat.«

Was machen die hier?

Seit sechs Monaten ist die AfD im Bundestag. Populisten, Nationalkonservative und Rechtsradikale verändern das Parlament – und umgekehrt.

Von Sabine am Orde und Christina Schmidt, taz, die tageszeitung, 02.05.2018

Am 23. März, kurz vor Ostern, geht es im Bundestag turbulent zu. Eigentlich sollte jetzt der neue Innenminister Horst Seehofer am Redepult stehen und seine Vorhaben vorstellen. Doch die AfD hat kurzfristig einen Antrag zur Geschäftsordnung eingebracht. Sie will, dass der Bundestag über eine EU-Verordnung abstimmt, die Emissionsnormen für Autos festlegt. Die Einspruchsfrist läuft in wenigen Tagen aus.

„Ich halte es für wichtig, dass wir diese EU-Verordnung diskutieren“, ruft ein AfD-Abgeordneter vom Redepult in den Saal. „Ich denke, das sind wir den Menschen im Land schuldig.“

Die AfD hat aber keine Debatte im Plenum beantragt, nur eine Abstimmung. Sie hat den Vertragsentwurf auch nicht im Umweltausschuss thematisiert. Sie hat nicht darauf gedrängt, überhaupt irgendwo darüber zu verhandeln. Seit Monaten nicht.

„Ihr seid unfähig!“, ruft ein Unionsabgeordneter. „Sie wollen den Verbrennungsmotor abschaffen!“, brüllt jemand aus der AfD zurück: „Schämen Sie sich!“ Wolfgang Schäuble, der Bundestagspräsident, mahnt mit seiner Glocke zur Ruhe. Der Antrag wird abgelehnt.

Die AfD-Abgeordnete Beatrix von Storch greift zum Handy und tippt. „#BT will sich NICHT wehren gegen EU-Verordnung zur faktischen Abschaffung der deutschen Automobilindustrie“, twittert sie. „NUR #AfDimBundestag steht.“

Diese Version der Geschichte wird bei vielen AfD-Anhänger ankommen. Dass die AfD es verweigert hat, eine inhaltliche Auseinandersetzung im Plenum zu erzwingen, erfahren sie nicht. Allein von Storch hat über 36.000 Follower auf Twitter, ihre

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Facebook-Seite haben fast 100.000 Menschen abonniert. Wer dagegen schaut sich schon Parlamentsdebatten auf Phoenix an?

Vor einem halben Jahr nahmen 92 Abgeordnete einer neuen Partei im Bundestag Platz. Sie eint der unbedingte Wille, die Republik zu verändern. Etwas Ähnliches passierte zuletzt mit den Grünen, 1983. Die Grünen haben das Land verändert. Sie haben es offener und liberaler gemacht.

Auch die AfD will das Land verändern. In die entgegengesetzte Richtung. Die AfD-Kandidaten wurden im Wahlkampf nicht müde zu zeigen, dass es ihnen um nichts Geringeres als eine andere Gesellschaft geht. Und der Weg zu dieser führt für sie auch über das Parlament. Aber folgt nach der Kritik am System nun konkrete Sachpolitik? Geht es den Neuen überhaupt darum?

Auf der Suche nach einer Antwort haben wir vier AfD-Abgeordnete begleitet, sechs Monate lang. Wir haben Politiker getroffen, deren Partei auf kritische Berichte schnell mit den Begriffen Lügenpresse und Zensur antwortet. Trotzdem ließen die vier sich beobachten, von der taz befragen, in ihre Wahlkreise begleiten. Immer wieder kreisten wir dabei um die Frage: Wer verändert wen mehr – die AfD den Bundestag oder der Bundestag die AfD?

Am 24. Oktober versammeln die Abgeordneten des 19. Bundestags sich das erste Mal. Die Zusammensetzung des Parlaments ist unübersichtlicher geworden. Da ist die FDP, die wieder eingezogen ist. Da sind Frauke Petry und Mario Mieruch, nach ihrem Austritt aus der AfD nun fraktionslos. Und da ist jetzt die AfD, im Halbkreis des Plenarsaals ganz rechts außen, gleich neben der Regierungsbank.

In der dritten Reihe sitzt Beatrix von Storch, geborene Herzogin von Oldenburg, 46, Netzwerkerin und Politikaktivistin seit mehr als zwei Jahrzehnten, vor allem für eine reaktionäre Familienpolitik. Sie ist Vizechefin der Fraktion. Als sie im Plenarsaal ankommt, macht sie ein Selfie.

Stephan Brandner, 51, ist aus dem Thüringer Landtag für seine Ordnungsrufe bekannt. Er ist besorgt, dass ihn im Bundestag niemand hören wird. Er ist der Justiziar der Fraktion, in ein paar Wochen wird die AfD ihn als Vorsitzenden des Rechtsausschusses nominieren. Stephan Brandner sitzt weit hinten.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Leif-Erik Holm, 47 Jahre alt, ehemals AfD-Chef im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, hat als Fraktionsvize eigentlich einen Platz vorn in der vierten Reihe. Da hat sich aber ein anderer Abgeordneter hingesetzt. Deshalb sitzt Holm in diesem historischen Moment ganz hinten.

In der zehnten Reihe sitzt Jan Nolte, damals 28 Jahre alt, Oberbootsmann bei der Bundeswehr, Vorsitzender der Jungen Alternative in Hessen. Er wird meistens hier hinten sitzen, allein, dicht bei der FDP-Fraktion.

Die erste Sitzung der Legislaturperiode leitet der FDP-Politiker Hermann Otto Solms als Alterspräsident. Solms hat diese Aufgabe einem Beschluss des alten Bundestags zu verdanken: Alterspräsident ist jetzt nicht mehr der älteste Parlamentarier, sondern der mit den meisten Dienstjahren im Parlament. Sonst würde hier jemand von der AfD sitzen.

Für die AfD ist das eine Steilvorlage für die erste Rede. Das Wort hat Bernd Baumann, Parlamentarischer Geschäftsführer: „In 150 Jahren Parlamentsgeschichte blieb die Regel des Alterspräsidenten unangetastet“, sagt er. Und fährt fort: „Unangetastet? Es gab eine Ausnahme: 1933 hat Hermann Göring die Regel gebrochen, weil er politische Gegner ausgrenzen wollte, damals Clara Zetkin.“ Baumann setzt die AfD mit den Opfern des NS-Regimes gleich.

Wumms, das ist billig, aber sitzt. Die 92 Abgeordneten der AfD klatschen. Ihre Fraktionsvorsitzenden, Alice Weidel und Alexander Gauland, lächeln zufrieden.

Was Baumann sagt, stimmt aber nicht. 1933 saß Clara Zetkin gar nicht mehr im Reichstag. Das hätte man ihm entgegenen können. Hat aber keiner schnell genug bemerkt.

Ende November steht Jan Nolte, der Berufssoldat, im Plenarsaal und hält sich am Redepult fest, er lässt nur selten los. Seine Rede liest er ab.

Es sind die Wochen mit einer geschäftsführenden Regierung, ohne Ausschüsse, das Plenum verwaltet nur das Nötigste, gerade geht es um die Bundeswehreinsätze, die verlängert werden müssen.

Nolte spricht über die Operation „Sea Guardian“, den Einsatz auf dem Mittelmeer. Davon, dass Schleusernetzwerke bekämpft gehören. Dass aufgelesene Flüchtlingsboote

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

zurück nach Afrika gebracht werden müssen. Dann kommt der Satz, auf den es ihm ankommt. Es sei ein Skandal, „dass die Einsatzrealität unsere Bundeswehr zum Schlepper macht“.

Eine Provokation, die so geschickt formuliert ist, dass sie auch Zustimmung bei jenen finden kann, die nicht das Kernklientel der AfD sind. Die nachfolgenden Redner kommen jedenfalls nicht daran vorbei.

Zum ersten Treffen mit der taz in einem Café im Regierungsviertel kommt Nolte im cremefarbenen Strickpulli. Nolte ist Konvertit, russisch-orthodox, seiner Frau zuliebe. Über die Abgeordneten der anderen Parteien sagt er: „Ich glaube, wirklich viele bei der CDU und bei der SPD sagen etwas, weil es deren Job ist.“ Und er fügt hinzu: „Wir sagen das, wovon wir wirklich überzeugt sind.“

Die Abgeordneten der anderen Fraktionen seien verlogen, abgehoben, faul. Dieses Bild zeichnen AfD-Politiker immer wieder. Ihr Beweis: die Präsenz im Plenum. Deshalb treten sie anfangs dort fast immer vollständig an.

Die Hauptarbeit des Bundestags findet aber in den Fraktionen und in den Ausschüssen statt, die oft parallel zum Plenum tagen. Nach und nach wird das auch den AfDlern klar. Ihre Präsenz im Plenum bröckelt.

In den ersten Wochen im Bundestag kann man Beatrix von Storch oft dabei beobachten, wie sie auf andere einredet. Auf die Parlamentarischen Geschäftsführer, die Fraktionschefs und anderen Vizes. Da spricht eine, die seit mehr als 20 Jahren Politik macht. Die in Brüssel und Straßburg parlamentarische Erfahrung gesammelt hat.

Beatrix von Storch bittet gern früh zum Gespräch. Es ist 8.30 Uhr, sie sitzt hinter ihrem Schreibtisch. Über das Sofa in ihrem Bundestagsbüro hat sie eine rotgemusterten Decke aus Südamerika gelegt, auf dem Schreibtisch stehen Fotos aus Chile. Ihr Mann sei dort aufgewachsen, erzählt sie. Persönlicher wird es in den sechs Monaten nicht.

Manchmal merkt man von Storch an, wie schwer sie es ertragen kann, dass viele AfD-Abgeordnete weniger professionell und weniger effizient sind als sie. Dass der Aufbau der Fraktion nur langsam vonstatten geht. Und dann sind da die vielen Pannen. Als der Parlamentarische Geschäftsführer versehentlich für den Familiennachzug stimmt. Oder

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

die Pressestelle zwei Erklärungen zum Soli verschickt – einmal dafür und einmal dagegen.

Spricht man von Storch auf die vielen parlamentarischen Anfänger an, blockt sie ab. „Klar, hätten Sie gerne, dass wir uns zerlegen, aber das machen wir nicht“, antwortet sie dann. Von Storch ist jetzt da, wo sie immer hin wollte: im Bundestag, dem Zentrum der parlamentarischen Demokratie. Sie sagt: „Und das machen wir hier gut.“

In der letzten Sitzungswoche vor Weihnachten ist es Zeit für einen typischen AfD-Gag. Leif-Erik Holm postet ein Bild auf Twitter, darauf ein Weihnachtsmann, der zwei Kinder fragt, was sie sich denn wünschen. „Na, unser Land zurück!“

Als Holm in den Bundestag einzog, gehörte er zu den bekannteren Gesichtern. Früher war er Radiomoderator, später von Storchs Büroleiter. Schließlich wurde er Oppositionsführer im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Aber wie fällt man jetzt unter 92 Leuten auf, wenn die Brandreden, die für Furore sorgen, andere halten?

Holm schreibt im Bundestag Anfrage um Anfrage an die Bundesregierung. Er lässt sich in den Wirtschafts- und Verkehrsausschuss wählen. Fragt man andere nach einem Attribut für ihn, sagen viele AfDler, aber auch Einzelne aus anderen Fraktionen: „nett“.

Doch der nette Herr Holm hat Hilfe. Sein Büroleiter war früher einmal Redakteur der neurechten Wochenzeitung *Junge Freiheit* und hat schon in Mecklenburg die Pressearbeit der Landtagsfraktion gemacht. Seine Aufgabe ist es, Leif-Erik Holm zu inszenieren. In den ersten Wochen passiert das vor allem auf Twitter. Leif-Erik Holm twittert zum Beispiel: „Überstunden-Alarm bei der Bundespolizei in Mecklenburg-Vorpommern! Artikel über meine Anfrage an die Bundesregierung. Kaum ist die #AfD im Bundestag, schon decken wir erste Skandale auf.“

Was er nicht schreibt: Die Überbelastung der Bundespolizei ist seit Jahren Thema der großen Parteien, die Anfrage liefert neue Zahlen, deckt aber nichts auf.

Die Social-Media-Strategie der Fraktion hat einen interessanten Effekt. Twittert die AfD-Fraktion einen Link zu einem öffentlich zugänglichen Plenarprotokoll, bedanken sich ihre Anhänger für die „neue Transparenz“. Berichtet ein Abgeordneter auf Facebook von einer Ausschussreise, antworten manche: „Hochachtung!“ Als sei so eine Reise nicht uralte Parlamentspraxis, sondern ein AfD-Verdienst.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Nach einigen Monaten der Beobachtung fragt man sich: Ist dies das eigentliche Ziel der AfD im Bundestag – Stoff für die sozialen Netzwerke zu generieren? Dazu passt im Februar die Ankündigung der AfD-Fraktion, dass sie eine Pressestelle mit 20 Beschäftigten aufbauen will, deren erklärtes Ziel es ist, eine Gegenöffentlichkeit herzustellen. Und die sie „Newsroom“ nennt.

Mitte Februar, Raum A1 im Bundestag. Stephan Brandner sitzt vor einer orangefarbenen Wand auf einem Tisch, vor ihm Zuhörer in drei langen Stuhlreihen: eine Besuchergruppe aus Erfurt, Brandners Wahlkreis. Kurz zuvor haben sie von der Besuchertribüne die Debatte im Plenum verfolgt. „Das erinnert mich an durchgestyltes Theater“, fasst einer jetzt seine Eindrücke zusammen. „Die verarschen uns doch“, sagt ein anderer.

Brandner erzählt der Besuchergruppe nun von der Debatte am Vorabend, die AfD hatte gefordert, die Bundesregierung solle zwei satirische Texte des deutsch-türkischen Journalisten Deniz Yücel missbilligen. Yücel war kurz zuvor aus der Haft in der Türkei entlassen worden. „Da flogen die Fetzen, das war eine Sternstunde des Parlaments“, sagt Brandner. Geschlossen hatten die anderen Fraktionen den AfD-Antrag in scharfen Reden als das kritisiert, was er war: ein Angriff auf die Pressefreiheit.

Und Brandners Beitrag zu dieser Sternstunde des Parlaments? Zwischenrufe.

„Ihre Rede ist erbärmlich, Herr Kubicki! Intellektuell erbärmlich!“

„Das ist Unsinn!“

Insgesamt 23 Stück.

Bei seiner Besuchergruppe kokettiert er mit seiner Pöbelei: „Da hat der Kollege einen Ordnungsruf kassiert, aber der erste sollte doch an mich gehen.“

Brandner wollte eigentlich nicht nach Berlin. In Erfurt war er wer. Der Landtag dort ist klein, Brandner war Vizechef der Fraktion und Vorsitzender des Ausschusses für Migration und Justiz. Einen Namen hat er sich durch lautstarke Äußerungen gemacht. Dafür hat er 32 Ordnungsrufe kassiert, so viele wie kein anderer. Aber nachdem der Thüringer Fraktionschef Björn Höcke entschieden hatte, in Erfurt zu bleiben, fiel die Wahl auf Brandner. Einer musste ja gehen.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

„Anfangs habe ich gedacht: 92 Abgeordnete, wenn du da was bewegen willst, musst du in die Top Ten“, sagt er. Also kandidierte er für den Fraktionsvorstand, zweimal. Und scheiterte zweimal.

Die Zeit der Besuchergruppe ist fast um, da fragt einer, wie es denn mit der „Merkel muss weg“-Sache aussehe. Er meint den Merkel-Untersuchungsausschuss, dessen Einsetzung die AfD-Spitze im Wahlkampf versprochen hatte. „Das ist aufwendiger, als ich dachte“, sagt Brandner. „Wir sind noch in der Vorbereitung.“ Und die 25 Prozent der Stimmen, die für die Einsetzung eines Untersuchungsausschuss nötig sind, bekomme die AfD ohnehin nicht.

Eigentlich war das also ein leeres Versprechen. Die Besucher stört das nicht.

Anfang Februar findet in einer Brauerei in Bad Homburg der Neujahrsempfang der Jungen Alternative statt, der Jugendorganisation der AfD. Jugend heißt: 20 grauhaarige Männer, 14 jüngere Männer und Frauen. Einige fehlen, es gab zuvor Streit um Posten.

Jan Nolte hält eine Rede über ein Deutschland, das sich langsam verflüchtige. Er streckt sein Kreuz durch und sagt: „Wenn alle von der Fahne gehen, dann lasst uns die Letzten sein.“

Nolte, der im Bundestag zunächst pointiert redete, aber vergleichsweise gemäßigt, klingt inzwischen schärfer. Auf Facebook verteidigt er auch schon mal Pegida, Monate später wird er von einer „verweichlichten Bundeswehr“ sprechen.

Er träumt von einer patriotischen Renaissance. „Man fühlt sich ja schon halb kriminell, wenn man die Deutschlandfahne aufhängt. Ich möchte ganz natürlich, selbstbewusst zu Deutschland stehen.“ Tiefer gehen die Gedanken, die er in den Gesprächen mit der taz teilt, selten. Vielleicht, weil für ihn sein Ziel so einfach scheint. Vielleicht aber auch, weil eine Rebellion, die nur zurück will, tatsächlich einfach ist: Gewagte Gedanken braucht man dafür nicht.

Worüber Nolte selten spricht: über seine Verbindungen zu einschlägigen Burschenschaften, über neurechte Publizisten in seinem Umfeld – und über seine Frau. Sie arbeitet für das neurechte Magazin *Compact*. Und neuerdings auch als Mitarbeiterin im Bundestag, bei einem anderen AfD-Abgeordneten. Ist das nicht problematisch, die eigene Frau, versorgt mit einem Job in der Fraktion? Sie habe es schwer, andere Sachen

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

zu finden, sagt Nolte. Und außerdem verdiene sie ja im Bundestag nicht so viel. Nolte, der gern vom mangelnden Anstand der anderen Parteien spricht, sieht darin keine Vetternwirtschaft.

Am Ende des Abends in Bad Homburg posieren alle Anwesenden für ein Gruppenfoto. Kurz bevor die Fotografin abdrückt, ruft sie: „Und jetzt alle: Höckeeee!“

Stephan Brandner sagt von sich selbst, zwischen ihm und Björn Höcke passe kein Blatt Papier. Brandner baut sich gern breitbeinig auf, wie ein Türsteher. Am 31. Januar hat er aber Zweifel. Seine Fraktion hat ihn für den Vorsitz des Rechtsausschusses vorgeschlagen, die anderen Ausschussmitglieder müssen nun darüber abstimmen.

Dass der AfD mit ihren 92 Abgeordneten drei Ausschussvorsitzende zustehen, stellt niemand infrage. Aber diese drei?

Peter Boehringer, der Verschwörungstheorien anhängt und die Kanzlerin in einer Mail „Merkelnutte“ genannt haben soll, wäre dann Vorsitzender des Finanzausschusses.

Sebastian Münzenmaier ist erstinstanzlich wegen Beihilfe zur schweren Körperverletzung verurteilt, er würde gern den Tourismusausschuss übernehmen.

Und den Rechtsausschuss will Stefan Brandner leiten, der Mann mit der Rekordzahl an Ordnungsrufen.

Viele von der Linkspartei bis zur CSU würden dies lieber vermeiden. Aber was dann? Die AfD könnte sich schon wieder zum Opfer stilisieren – und schlimmstenfalls vor das Bundesverfassungsgericht ziehen und dort Recht bekommen.

Brandner wird mit 19 Ja-Stimmen, bei 12 Nein-Stimmen und 12 Enthaltungen gewählt. Auch Münzenmaier und Boehringer kriegen die nötigen Stimmen. Von Mitgliedern des Rechtsausschusses hört man später, dass Brandner die ersten nichtöffentlichen Sitzungen ganz unauffällig leitet. Die Pöbeleien hebt er sich offenbar für die große Bühne auf.

Am 1. März 2018 setzt der neue Bundestag seinen ersten Untersuchungsausschuss ein, er soll den Anschlag am Breitscheidplatz untersuchen. Dem „Amri-Untersuchungsausschuss“, wie er nach dem Täter genannt wird, wird für die AfD Beatrix von Storch angehören.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Fragt man sie, wie sie sich ihre Arbeit im Untersuchungsausschuss vorstelle, sagt sie: „Man sollte sich nicht nur darauf fokussieren, welche Fehler im Klein-Klein gemacht worden sind. Die Aufgabe der Opposition ist es zu klären: Wer trägt eigentlich die Verantwortung?“

Doch Arbeit im Untersuchungsausschuss ist genau das: Klein-Klein. Genaues Studieren von Akten, akribische Recherche, detaillierte Vor- und Nachbereitung von Befragungen. Aus den Mosaiksteinen ergibt sich dann ein Bild: von Fehlern, politischer Verantwortung und möglichen Konsequenzen.

Für die AfD steht aber ohnehin fest, wer letztlich die politische Verantwortung trägt: die Kanzlerin, die im Sommer 2015 die Grenzen nicht schloss. So will die AfD den „Untersuchungsausschuss Merkel“, den sie im Wahlkampf versprochen hatte, durch die Hintertür umsetzen.

Wird sich die AfD auf den Untersuchungsausschuss einlassen? Die Fraktion hat bislang noch nicht einmal einen Mitarbeiter dafür eingestellt, aus dem Büro von Storch ist einer dabei. Zum Vergleich: Bei Martina Renner, die als Obfrau der Linkspartei im Amri-Untersuchungsausschuss sitzt, sind vier erfahrene MitarbeiterInnen an der Vorbereitung beteiligt.

In SMS schreibt Stephan Brandner gern „iO“, in Ordnung – „okay“ mag er nicht. Den „Newsroom“ der Fraktion würde er auch lieber Nachrichtenzentrale nennen. Und er will Deutsch als Landessprache im Grundgesetz verankern.

Ein Freitagmorgen Anfang März, Brandner steht am Redepult des Bundestags und zitiert Norbert Lammert von der CDU: „Die Landessprache ist Deutsch, Punkt.“ Brandner genießt den Moment, „Meine Damen und Herren, dem ist aus meiner Sicht nichts hinzuzufügen.“

Er fügt natürlich trotzdem etwas hinzu, schließlich hat er seine Herzensangelegenheit nun in einen Antrag gegossen. Brandner erinnert daran, dass die CDU schon 2008 auf ihrem Bundesparteitag beschlossen habe, genau das umzusetzen.

Aus Sicht der AfD hat der Antrag einen schönen Effekt: Er bringt die CDU in die Bredouille. Landesprache, Doppelpass, Christenverfolgung: Immer wieder setzt die AfD CDU-Themen auf die Tagesordnung und beobachtet dann, welche Kapriolen diese

schlägt, um eine Nichtzustimmung zu begründen. Bislang ist die Union da klar: Sie stimmt AfD-Anträgen nicht zu. In manchen Landtagen lässt sich aber beobachten, dass die klare Linie bröckelt.

Die Frage, wie man im konkreten Fall abstimmt, ist aber auch nur die eine. Die andere ist: Wie verhalten sich die anderen Parteien inhaltlich zu den Forderungen der AfD? Brandner ist sich in seiner Prognose sicher: „In Thüringen übernimmt die CDU oft das, was die AfD verlangt hat. Und genauso wird das im Bund auch funktionieren.“

Mitte März im Büro von Leif-Erik Holm. Über dem Schreibtisch seiner Sekretärin hängt ein Zitat, ausgedruckt in Schwarz-Weiß, DIN-A4-groß. Es handelt von Würde und Widerstand, es ist von Sophie Scholl.

Holms Büroleiter ermuntert die Sekretärin, ihre Geschichte zu erzählen. Sie geht so: Eine Frau aus Ostdeutschland arbeitet jahrzehntelang für verschiedene Abgeordnete der CDU. Dann kommen der Sommer 2015 und die vielen Flüchtlinge. Sie weiß noch genau, wie sie bei einer CDU-Mitarbeiterfeier den Spaß der anderen nicht verstand und stattdessen zu einer AfD-Versammlung ging. Dort traf sie Beatrix von Storch, Leif-Erik Holm – und fand ihre neue politische Heimat.

Die Erfahrung solcher Mitarbeiter ist ein Geschenk für Holm. Während andere Abgeordnete im Oktober bei null beginnen, meldet sein Team ihn bei Patenschaftsprojekten an und lädt Schulklassen in den Bundestag ein. Holm möchte, dass seine Wähler wissen: Er ist ihr Mann in Berlin.

Er kümmert sich um Themen mit lokalem Bezug, scannt die Nachrichten und schickt seine Statements dazu so pünktlich an die Regionalzeitungen, dass er ständig zitiert wird. Er darf den Koalitionsvertrag kommentieren, Lokalpolitik und Wirtschaftsfragen.

14. März, die Regierung steht. Es ist wieder eine Große Koalition, wieder Angela Merkel, zum vierten Mal wird sie zur Kanzlerin gewählt. Den Eid nimmt ihr der Mann ab, der seit 45 Jahren im Bundestag sitzt, Wolfgang Schäuble.

Beatrix von Storch twittert nur ein Wort: „#Meineid“. Ein anderer AfD-Abgeordneter postet ein Foto seines Stimmzettels, dabei ist die Wahl geheim. Auf der Zuschauertribüne des Plenarsaals hält ein AfD-Referent ein Transparent hoch, darauf steht: „Merkel muss weg“.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Wenn man sich fragt: Wer hat sich mehr verändert, die AfD oder der Bundestag? – dann lässt sich die Antwort vielleicht ganz gut mit diesem Termin, der Wahl der Bundeskanzlerin, beschreiben. Wolfgang Schäuble beschäftigt sich nun mit dem Stimmzettel, der Ältestenrat des Bundestags mit dem Transparent. Eigentlich soll der Ältestenrat den reibungslosen Ablauf im Bundestag organisieren. Nun kommt er immer häufiger zusammen, um Streit zu schlichten. Mitglieder berichten, es vergehe kaum eine Sitzung, wo nicht ein Eklat mit der AfD zur Sprache käme.

Und dann gibt es noch einen Tweet von diesem Tag. Stephan Brandner postet den Stimmzettel. Neben der Toilette. Wie respektvoll kann der Vorsitzende des Rechtsausschusses mit den demokratischen Institutionen umgehen, wenn ihm zu der Regierungschefin nur ein Klo-Witz einfällt?

Ein zähes halbes Jahr geht zu Ende. Die Regierungsbildung ist gerade erst abgeschlossen, und auch die AfD hat noch keinen funktionierenden Apparat. Vielen ihrer Abgeordneten fehlen Referenten, auf einen Pressesprecher konnten sie sich erst vor wenigen Wochen einigen, der Fraktionsgeschäftsführer musste schon wieder gehen. In der Fraktion machen viele noch immer, was sie wollen.

Nach außen aber demonstriert die AfD maximale Geschlossenheit. Im Plenum lacht nicht einer, sondern viele. Es klatscht nicht einer, sondern viele. Es herrscht Wagenburgmentalität.

Sieben Gesetzesvorhaben hat die AfD bislang in den Bundestag eingebracht, 18 Anträge gestellt, 168 Kleine Anfragen formuliert, 277 Einzelanfragen gestellt. Die Fraktion, die die anderen gern als faul beschimpft, ist damit Mittelmaß. Die Linkspartei hat deutlich mehr Kleine Anfragen, die Grünen mehr Einzelfragen gestellt, bei den Anträgen liegen beide vor der AfD. Diese bemüht sich, inhaltliche Breite zu demonstrieren, landet aber häufig wieder bei ihren Lieblingsthemen: den Geflüchteten und dem Islam.

Im Bundestag hat sich der Ton verschärft, er ist rüder geworden, respektloser. Worte wie „Schuldskult“ und „entartet“ fallen hier jetzt. Auch der Umgang der Abgeordneten miteinander hat sich verändert. Die Grundübereinkunft, inhaltlich zwar hart zu streiten,

persönlich aber respektvoll miteinander umzugehen, scheint in Gefahr. Die AfD stellt die Spielregeln grundsätzlich infrage.

Die anderen Fraktionen suchen noch immer nach dem richtigen Umgang mit den Neuen. Sie quälen sich – und sie lernen, auch aus den eigenen Fehlern.

Aber, auch das lässt sich beobachten, die AfD hat die Debatte belebt. Die anderen Fraktionen sind gezwungen, sich anzustrengen. Ihre Argumente zu schärfen, Unterschiede klarer herauszuarbeiten. In den vergangenen sechs Monaten wurden großartige Reden gehalten. Klug, engagiert, mitunter scharf. Allerdings, das war ebenfalls zu beobachten, auch die AfD hat gute Redner in ihren Reihen – auch wenn das, was sie sagen, mitunter furchtbar ist.

Und wie verändert das Parlament die AfD? Sie hat gemerkt, dass die Arbeit im Bundestag es in sich hat. Dass man nicht gleichzeitig im Parlament und im Ausschuss sein kann. Dass ausufernde Fraktionssitzungen nur begrenzt zu etwas führen. Der Wunsch nach Professionalisierung wird größer. Manche in der Fraktion wollen vor allem provozieren, tricksen, vorführen. Andere würden lieber ankommen, mitmischen, auch von anderen Fraktionen Anerkennung bekommen. Manche wollen beides. Stets verhasster Außenseiter zu sein, ist auf Dauer eben auch nicht schön.

Gegen Ende dieser Recherche steht Jan Nolte an einem Apriltag im Plenum und muss zuhören, wie eine Linkspolitikerin seinen Mitarbeiter als Teil eines „rechtsextremen, rassistischen Netzwerkes“ benennt. Nolte greift zum Mikrofon, doch das ist nicht an, er ist nicht dran.

Es geht um Maximilian T. Gegen den ermittelt die Bundesanwaltschaft wegen Terrorverdachts. T. soll der Komplize von Franco A. sein, jenem Bundeswehroffizier, der sich als syrischer Flüchtling ausgegeben hatte und unter dieser Tarnung womöglich Anschläge verüben wollte. T. soll eine Liste mit Zielen erstellt haben, darauf auch Claudia Roth und Heiko Maas. Nolte hat T. trotzdem eingestellt.

Der Verteidigungsausschuss ist ein besonderer. Teile des Verteidigungshaushalts sind streng geheim, es geht um Staatsgeheimnisse. Maximilian T. hat nach einer Sicherheitsüberprüfung nicht einmal einen Hausausweis bekommen. Er darf den Bundestag nicht allein betreten.

Als Nolte im Plenum endlich dran ist, hält er sich am Mikrofon fest. „Ich habe den Sachverhalt eingehend prüfen können.“ Er sei zu dem Schluss gekommen, „dass es ziemlich stark danach aussieht, als sei hier aus politischen Gründen Recht gebeugt worden“.

Wenige Tage zuvor hatte Nolte noch in seinem Büro gesagt: Er Sorge sich, dass sich in Deutschland die Mehrheiten so verschieben, dass neue Gruppen gefährliche Ideen ganz demokratisch durchsetzen könnten. Er meinte das nicht als Witz.